



JAHRESBERICHT 2008/2009



BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION

B · I · C · C

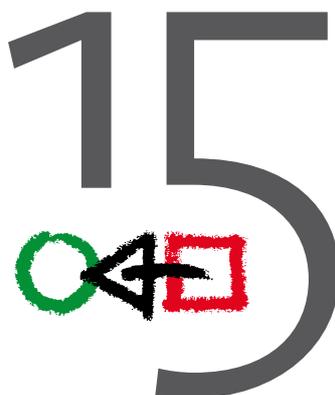


Mitarbeit am Jahresbericht 2008/2009

Projektleitung:	Susanne Heinke
Autoren:	Dr. Michael Ashkenazi, Marc von Boemcken, Peter J. Croll, Dr. Jayantha Dhanapala, Michael Dedek, Clara Fischer, Lena Guesnet, Dr. Andreas Heinemann-Grüder, Susanne Heinke, Elvan Isikozlu, Felix Koltermann, Dr. Ananda S. Millard, Wolf-Christian Paes, Ruth Vollmer, Andrea Warnecke
Redaktion:	Susanne Heinke
Übersetzungen:	Lynn Benstead (englisch), Brigitte Steinmetz (deutsch), Heike Webb (deutsch/englisch)
Layout:	Katharina Moraht
Sonstige Mitarbeit:	Kerstin Botsch, Liane Heinz

Inhalt

Geleitwort	4
Vorwort	5
Nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung: Chancen für einen neuen Konsens?	6
Globale Trends bei Verteidigungsausgaben und bewaffneter Gewalt	12
Der Globale Militarisierungsindex (GMI) des BICC	18
Projektberichte	
Reintegration von Guerillas und Paramilitärs in Kolumbien: Überwachung und Evaluierung des Fortschritts	26
Kriegsvergewaltigung und Nachkonfliktforschung in El Salvador und Bosnien-Herzegowina	28
Kleinwaffenkontrolle im Gebiet der Großen Seen	30
Ein Handbuch für Praxis und Ausbildung zur Kleinwaffenkontrolle	32
Neue Chancen für einen Kompromiss im Atomstreit mit dem Iran?	34
Söldneridentitäten: Zum Selbstverständnis von Angestellten militärischer Sicherheitsfirmen im Irak	36
Freiwillige und unfreiwillige Migration in Afrika südlich der Sahara	38
www.here-there.org: Online-Kommunikation von und mit Diasporaorganisationen	40
Eine Fotoausstellung klärt auf: Rohstoffe für eine gerechte Welt	42
Elfenbeinküste: Kakao, Erdöl und Diamanten zwischen Krieg und Frieden	44
Nach Frieden schürfen: Private Unternehmen in Konfliktregionen	46
Messlatten für Konfliktmanagement in multiethnischen Föderationen	48
Geschäftsbericht	50
Publikationsliste (Januar 2008 bis April 2009)	55



Geleitwort



Das Internationale Konversionszentrum Bonn (BICC) feiert in diesem Jahr sein 15-jähriges Bestehen. Das ist für mich ein schöner Anlass, der Geschäftsführung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meinen herzlichen Dank für die erfolgreiche Arbeit und die aktive Förderung von Entwicklung und Frieden auszusprechen. Es ist aber auch eine gute Gelegenheit, Bilanz zu ziehen.

Das BICC wurde ins Leben gerufen, als der Kalte Krieg zu Ende ging. Die internationale Staatengemeinschaft befand sich in einem Wandlungsprozess: Große Veränderungen standen an, sowohl in den Strukturen als auch in den Köpfen – und die Situation musste wissenschaftlich aufgearbeitet werden. Die nordrhein-westfälische Landesregierung nutzte ihre Chance und gründete das BICC. Nicht von ungefähr fiel die Wahl auf den Standort Bonn. Mit seiner Positionierung an der Schnittstelle zwischen Nord-Süd-Aufgaben, seiner Verbindung zu internationalen Organisationen, Wissenschaft und Forschung verkörpert das BICC exemplarisch das neue Profil Bonns.

Innerhalb kurzer Zeit hat sich das BICC zu einem der führenden deutschen und international anerkannten Friedens- und Konfliktforschungsinstitute entwickelt. Sein Erfolg ist nicht zuletzt seinen intensiven Kontakten zu nationalen und internationalen Partnern zu verdanken. Wie wichtig solche strategischen Partnerschaften in einer schnelllebigen Zeit mit komplexen Fragestellungen sind, verdeutlicht die Ende letzten Jahres mit der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn abgeschlossene Kooperation. Man führt gemeinsam Forschungsprojekte durch, tauscht wissenschaftliche Expertise aus und nutzt gegenseitig die Infrastruktur. Im engen Dialog transferieren die Partner Forschungsergebnisse in die Lehre und unterstützen die Studierenden bei Bachelor-, Master- und Promotionsarbeiten auf gemeinsamen Forschungsgebieten. Das Ziel ist, das wissenschaftliche Profil beider Institutionen weiter zu schärfen.

Die wissenschaftliche Aufarbeitung des Ost-West-Konflikts ist mittlerweile sehr weit gediehen. Ist das BICC damit möglicherweise überflüssig geworden? Keinesfalls, das Institut hat sich vielmehr auch für die Zukunft richtig aufgestellt. Denn leider hat sich die Hoffnung auf eine friedlichere Welt nicht erfüllt. Das Ringen

um Frieden ist zu einer Daueraufgabe unserer Zeit geworden. Wir leben in einer globalisierten Welt, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts vielerorts durch neue Risiken und Gefahren, Waffen und Kriege, Gewalt und Terrorismus, Ungerechtigkeiten und Missstände gekennzeichnet ist. Neue Fragen präventiv aufzugreifen ist nicht nur eine politische Notwendigkeit, sondern auch eine immense Herausforderung, der sich das BICC mit großem Engagement stellt. So hat das BICC inzwischen in dem relativ neuen Themenfeld der Migrationsforschung eine herausragende Stellung gewonnen. Gerade die Diskussion um das internationale Migrationsgeschehen wird oftmals noch von diffusen Ängsten und Katastrophenszenarien überlagert, was eine sachliche Auseinandersetzung mit diesem globalen Thema erschwert. Das Konversionszentrum sieht seine Rolle in diesem Zusammenhang als Impulsgeber, dessen Erkenntnisse in einen ausgewogenen und gleichberechtigten Dialog zwischen den Akteuren einfließen sollen.

Einen weiteren Schwerpunkt der Arbeiten bildet das Thema „Ressourcen und Konflikte“, bei dem es um eine vertiefende Analyse der Probleme geht, die aus der Knappheit von Ressourcen wie Nahrungsmitteln oder Energie erwachsen. Das BICC gewinnt hier nicht nur neue Erkenntnisse, sondern entwickelt auch für die Politik relevante Handlungsempfehlungen für eine praxisorientierte Umsetzung. Das ist sein Markenzeichen. Nein, das BICC ist nicht vergleichbar mit anderen universitären Forschungseinrichtungen, ministeriumsnahen Forschungszentren oder privaten Beratungsgesellschaften. Es hat eine einzigartige Stellung in der internationalen Friedens- und Konfliktforschung. Und wir können stolz sein, dass eine solche Forschungseinrichtung in Nordrhein-Westfalen beheimatet ist.

Ich wünsche dem BICC an dieser Stelle weiterhin viel Erfolg und den Leserinnen und Lesern einen guten Einblick in die praktische Arbeit dieser Einrichtung.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart

Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorwort



2009 wird das BICC (Bonn International Center for Conversion – Internationales Konversionszentrum Bonn) 15 Jahre alt. 1994 wurde es auf Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen gegründet.

Mit dem vorliegenden Jahresbericht 2008/2009 wollen wir Sie aktuell informieren, wie sich das BICC an der Schnittstelle zwischen Frieden und Entwicklung weltweit in anwendungsorientierter Forschung, Beratung und Training engagiert.

Viele der Hoffnungen, die vor 15 Jahren an den Begriff „Konversion“ gerichtet waren, haben sich nicht erfüllt. Davon zeugt auch der Datenteil des Jahresberichts, der weltweite Trends bei Verteidigungsausgaben, bewaffneter Gewalt und Militarisierung darlegt. Wir stellen dabei fest, dass Größe und Zusammensetzung des Militärapparats beträchtliche Auswirkungen auf die menschliche und wirtschaftliche Entwicklung eines Staates haben kann, wie auch auf interne wie externe gewaltförmige Konflikte. Der Globale Militarisierungsindex (GMI), der hier zum ersten Mal vorgestellt wird, soll all jenen eine Hilfe sein, die diese Zusammenhänge näher untersuchen wollen.

Am 5. April 2009 verkündete US-Präsident Barack Obama in Prag, „dass die Vereinigten Staaten entschlossen sind, sich für den Frieden und die Sicherheit einer Welt ohne Atomwaffen einzusetzen.“ Wie mit der Obama-Administration eine neue Ära der Abrüstung eintreten kann, hinterfragt in seinem Editorial Dr. Jayantha Dhanapala, ehemaliger stellvertretender UN-Generalsekretär und Mitglied des Internationalen Beirats des BICC.

„Wenn alte Konzepte nicht mehr greifen, dann wird es umso wichtiger, neue Ideen zu entwickeln“, gab uns zum zehnjährigen Jubiläum der damalige Bundespräsident Johannes Rau mit auf den Weg. Dass wir diesen Rat berücksichtigt haben, spiegelt sich in den Projekten wider, die dieser Jahresbericht exemplarisch vorstellt.

Dem Thema Migration und Diaspora – Neuland für das BICC – sind die EU-geförderten Projekte DIASPEACE und INFOCON gewidmet. Eine internationale Konferenz fand zur Süd-Süd Migration in Afrika südlich der Sahara mit dem Schwerpunkt Migration und Sicherheit statt.

Die internationale Konferenz „Digging for Peace“ von BICC und der Kampagne *Fatal Transactions* (FT), eine

FT-Studie zur Situation in der Elfenbeinküste und die Ausstellung „Rohstoffe für eine gerechte Welt“ stellen Zusammenhänge zwischen Rohstoffgewinnung und bewaffneten Konflikten her und fragten nach Lösungsmöglichkeiten.

Ein wissenschaftliches Projekt zum ethnischen Föderalismus untersuchte institutionelle Voraussetzungen für Stabilität und Konfliktregelung. Wie die gesellschaftliche und demokratische Kontrolle von Privatsoldaten im Kriegsgebiet funktionieren kann, analysiert ein anderes Forschungsvorhaben.

Aber auch die „klassischen“ Konversionsthemen wie Demobilisierung und Reintegration, Kleinwaffenkontrolle sowie nukleare Abrüstung sind nach wie vor hochaktuell und mit „neuen Ideen“ verbunden. So forscht ein Projekt zu Kriegsvergewaltigung und den Auswirkungen in der Nachkonfliktzeit. Ein anderes hat sich zur Aufgabe gestellt zu helfen, die Reintegration tausender demobilisierter kolumbianischer Exkombattanten zu überwachen und zu evaluieren.

Vorgestellt werden BICC-Projekte zur Kleinwaffenkontrolle in Ghana, in der Demokratischen Republik Kongo und in Zusammenarbeit mit der Ostafrikanischen Gemeinschaft (*East African Community – EAC*). Eine internationale Konferenz diskutierte neue Chancen für einen Kompromiss im Atomstreit mit dem Iran nach den US-Wahlen.

Nach wie vor gilt – Abrüstung setzt Mittel frei, die zur Bekämpfung der Armut genutzt werden können. Konversion sorgt dafür, dass diese Ressourcen zielgerichtet umgewidmet und bestmöglich genutzt werden können. Sollte nicht in einer solchen Zeit, da das Wort „Change“ einen neuen Klang bekommen hat, auch der Begriff „Konversion“ umso mutiger aufgegriffen werden? Denn nach wie vor gilt – ohne die Konversion der Politik, die Konversion des Denkens und Handelns lassen sich die Probleme von Frieden und Entwicklung nicht lösen.

Mit unserem Jahresbericht 2008/2009 möchten wir Ihnen unsere Aktivitäten und neuen Ideen vorstellen und Sie zur Diskussion einladen.

Peter J. Croll
Direktor des BICC

Nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung: Chancen für einen neuen Konsens?

Es war ein „Winter der Unzufriedenheit“ für die Verfechter der Abrüstung. Aber folgt nicht auf jeden Winter auch wieder ein Frühling?

Die Bush-Cheney-Administration der vergangenen acht Jahre gilt weithin als die unpopulärste US-Regierung seit langer Zeit. Folgenschwere für die Welt war jedoch die Tatsache, dass ihre beiden Amtszeiten eine Phase herber Rückschläge für die atomare Abrüstung und Nichtverbreitung waren. So lehnte diese Regierung das Konzept ausgehandelter und verifizierbarer Vereinbarungen zur nuklearen Abrüstung ab, kündigte den Vertrag zur Begrenzung der Raketabwehrsysteme (ABM) einseitig auf, verweigerte die Wiedervorlage des Umfassenden Atomteststoppvertrags (CTBT) zur Ratifizierung durch den Senat, hob Clintons Politik des konstruktiven Dialogs mit der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK) und Iran auf, verfocht in aggressiver Weise den Raketabwehrschirm (BMD) und provozierte damit die Russische Föderation, ließ 2005 die Überprüfungskonferenz zum Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) scheitern und sorgte auch dafür, dass keine vereinbarte Formulierung zu nuklearen Fragen in das Abschlussdokument des UN-Gipfels 2005 aufgenommen werden konnte.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Kernwaffen nach dem Kalten Krieg in den Sicherheitsdoktrinen der Großmächte zunächst eine deutlich geringere Rolle spielten, jetzt aber erneut an Bedeutung gewinnen. Das zeigte sich z.B. 2002 in der Überprüfung der US-Nuklearwaffendoktrin und in den Bestrebungen der Bush-Cheney-Administration, eine „bunkerbrechende“ Kernwaffe (*Robust Nuclear Earth Penetrator* – RNEP) und einen zuverlässigen atomaren Austauschsprengkopf (*Reliable Replacement Warhead* – RRW) zu entwickeln, was der US-Kongress jedoch beides ablehnte. China, Frankreich, Russland und Großbritannien modernisieren ihre Kernwaffenarsenale, während sie gleichzeitig Lippenbekenntnisse zur nuklearen Abrüstung ablegen. Israel, Indien und Pakistan setzen ebenfalls die Entwicklung ihrer Kernwaffen fort.

Auch auf dem Gebiet der Nichtverbreitung gab es seit Mitte der 1990er Jahre einige Rückschläge, aber auch Fortschritte. So wurde die Rahmenvereinbarung (*Agreed Framework*) von 1994, mit der das nordkoreanische Kernwaffenprogramm eingefroren werden

sollte, nur unvollständig umgesetzt. Und als die Bush-Cheney-Administration gegenüber Pjöngjang einen schärferen Ton anschlug, kündigte Nordkorea den NVV auf und führte einen Atomwaffentest durch. Erst viel später, im Laufe der Präsidentschaft George W. Bushs, gelang es, die DVRK mit diplomatischen Mitteln zur Wiedereinstellung ihres Kernwaffenprogramms zu bewegen. Zurzeit ist sie dabei, ihre Produktionsanlagen in verifizierbarer Weise unbrauchbar zu machen.

Die Verstöße Irans gegen seine Verpflichtungen aus dem Sicherheitsabkommen mit der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) und seine – unter Missachtung der Resolutionen des UN-Sicherheitsrates – weiter vorangetriebene Entwicklung einer Anreicherungsanlage haben den Verdacht aufkommen lassen, die iranischen Pläne für eine friedliche Nutzung der Kernenergie könnten letztlich doch auf ein Waffenprogramm hinauslaufen. Es steht außer Zweifel, dass dieses Problem nicht unilateral lösbar ist, sondern einen politisch-diplomatischen Prozess erfordert, an dem sich alle Seiten kooperativ und kompromissbereit beteiligen müssen. Die Haltung der Bush-Cheney-Administration gegenüber Iran war hier allerdings kaum hilfreich.

Es waren jedoch auch positive Entwicklungen zu verzeichnen. So gab Libyen z.B. die Einstellung seines Programms für Massenvernichtungswaffen bekannt. Die steten Fortschritte im Rahmen des Kooperationsprogramms zur Minderung der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen (*Cooperative Threat Reduction*), die Initiative zur Verhinderung der Lieferung und Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen (*Proliferation Security Initiative*) und das IAEO-Zusatzprotokoll tragen ebenfalls zu mehr Sicherheit im Nuklearbereich bei. Aber alle diese Initiativen können weder einzeln noch in ihrer Gesamtheit die Proliferationswelle aufhalten, die daraus zu resultieren droht, wenn Kernwaffen wieder ein höherer politischer und militärischer Stellenwert beigemessen wird.

Die Zeit ist reif für neue Bemühungen um nukleare Abrüstung

Die Zeit ist reif für erneute Bemühungen um die nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung. Heute ist klarer denn je, dass Kernwaffen unmenschliche Waffen des

„Für Waffen von solcher Zerstörungskraft gibt es einfach keine guten Hände.“



Schreckens sind, die in erster Linie zur Einschüchterung aller dienen, die keine besitzen. Sollten sie tatsächlich zum Einsatz kommen – wie es in den Nukleardoktrinen der USA und der NATO vorgesehen ist – hätte das eine nie gekannte Vernichtung von Menschenleben und ein ungeahntes Maß an ökologischer Zerstörung zur Folge, bis hin zur Schädigung des Erbguts.

Amerika hat die Obama-Administration auf einer Plattform der Veränderung mit deutlicher Mehrheit ins Amt gewählt. Das ist überall begrüßt worden. Nun müssen die nötigen Veränderungen aber auch den sicherheitstechnisch so wichtigen Bereich der Kernwaffen erfassen. Diese Waffen müssen als ultimative Währung der Macht entwertet werden. Und das kann nur gelingen, indem man sie vernichtet. Für Waffen von solcher Zerstörungskraft gibt es einfach keine guten Hände.

Um auf diesen Weg zurückzukehren, muss die internationale Gemeinschaft zu einem Konsens über ein ausgewogenes, aber ehrgeiziges Aktionsprogramm zur Nichtverbreitung und Abrüstung zurückfinden und den nötigen politischen Willen für die Umsetzung aufbringen.

Angesichts der Herausforderungen, mit denen das Nichtverbreitungs- und Abrüstungssystem konfrontiert war, griff die schwedische Regierung 2003 einen Vorschlag auf, den ich in meinem letzten Amtsjahr als stellvertretender UN-Generalsekretär für Abrüstungsangelegenheiten erarbeitet hatte. Sie richtete eine 14-köpfige Kommission zu Massenvernichtungswaffen (WMD-Kommission) ein, deren Vorsitz Dr. Hans Blix führte. Schon 1996 hatte die Canberra-Kommission, für die ich damals tätig war, erklärt:

„Eine Handvoll Staaten besitzt Kernwaffen und beharrt darauf, dass diese einen einzigartigen Sicherheitszugewinn bringen, während sie sich gleichzeitig das alleinige Recht auf den Besitz solcher Waffen vorbehält. Diese Situation ist in höchstem Maße diskriminierend und somit instabil – sie ist nicht aufrechtzuerhalten. Solange irgendein Staat Kernwaffen besitzt, ist das ein ständiger Anreiz für andere Staaten, ebenfalls danach zu streben.“¹

¹ Verfügbar unter <<http://www.ccnr.org/canberra.html>> "The Canberra Commission of the Elimination of nuclear weapons". Letzter Zugriff am 05.03.09.

Die WMD-Kommission schloss sich dieser Einschätzung an und fügte hinzu: „Solange solche Waffen im Arsenal irgendeines Staates vorgehalten werden, ist die Gefahr groß, dass sie eines Tages absichtlich oder versehentlich verwendet werden. Jeglicher Einsatz wäre katastrophal.“²

Im Juni 2006 legte die WMD-Kommission Generalsekretär Kofi Annan – und im Laufe desselben Jahres auch dem Ersten Ausschuss der UN, der zuständig ist für Abrüstung und internationale Sicherheit – ihren Abschlussbericht mit 60 konkreten Empfehlungen vor.

So utopisch und unerreichbar fern ein globaler Konsens über Abrüstung und Nichtverbreitung manchmal erscheinen mag – er ist in der Vergangenheit schon einmal zustande gekommen und ist auch heute wieder möglich. Allerdings ist klar, dass dies eine Annäherung des politischen Willens seitens der mächtigsten Staaten voraussetzt. Es gibt aber Anzeichen dafür, dass wichtige politische Führungskräfte angesichts des Ernstes der Herausforderungen ihre Verantwortung und ihre Möglichkeiten erkennen, Maßnahmen in Gang zu setzen, um wieder Konsens über eine Stärkung des NVV herzustellen.

Chancen für einen neuen Konsens über den NVV

Der Führungswechsel in den USA mit Präsident Obama, die neue russische Führung und die Entwicklungen in einigen anderen Ländern stellen eine einzigartige Gelegenheit dar, den brüchigen Konsens bezüglich des Nichtverbreitungsvertrags zu retten.

Am 24. Oktober 2008 hielt UN-Generalsekretär Ban Ki Moon in New York eine viel beachtete Rede über „Die Vereinten Nationen und die Sicherheit in einer kernwaffenfreien Welt“. Darin brachte er unmissverständlich zum Ausdruck, dass eine Welt ohne Nuklearwaffen „ein globales öffentliches Gut höchsten Ranges“³ sei, und stellte einen Fünf-Punkte-Vorschlag zur nuklearen Abrüstung vor.

² Verfügbar unter <http://www.wmdcommission.org/files/Weapons_of_Terror.pdf>. Letzter Zugriff am 05.03.09.

³ Verfügbar unter <<http://www.un.org/News/Press/docs/2008/sgsm11881.doc.htm>>. Letzter Zugriff am 05.03.09.

„Zum jetzigen Zeitpunkt ist der Nichtverbreitungsvertrag nur noch durch eine erneute Zusammenführung der Abrüstungs- mit der Nichtverbreitungskomponente zu retten.“

Die öffentliche Meinung steht weiter fest hinter globalen verifizierbaren Maßnahmen zur Eindämmung der Gefahr durch Kernwaffen. Zivilgesellschaftliche Organisationen und einflussreiche Gesetzgeber können und müssen die Gelegenheit nutzen und sich im Vorfeld der entscheidenden nächsten NVV-Überprüfungskonferenz 2010 beharrlich dafür einsetzen, dass die richtigen Entscheidungen getroffen werden, um das Abrüstungs- und Nichtverbreitungsregime zu stärken und abzusichern – für die heutige ebenso wie für künftige Generationen.

Der einzige Vertrag, der Abrüstung und Rüstungskontrolle miteinander verbindet, ist der NVV, der weltweit die größte Zahl von Unterzeichnerstaaten hat. Darin werden ganz offen zwei Kategorien von Vertragsstaaten ausgewiesen – die Nuklearwaffenstaaten und die Nichtnuklearwaffenstaaten. Während die erste Gruppe nur angehalten ist, Verhandlungen über die Reduzierung und Eliminierung ihrer Waffen zu führen, ist es den Nichtnuklearwaffenstaaten absolut verboten, Kernwaffen in ihren Besitz zu bringen. Und wenn sie Kernenergie für friedliche Zwecke nutzen, ist die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) befugt, mit ihnen Verifizierungsvereinbarungen zu treffen, um zu gewährleisten, dass kein Nuklearmaterial für nicht friedliche Zwecke abgezweigt wird.

Dieser diskriminierende Ansatz des NVV, der die Welt in Apartheid-Manier in Atomwaffenstaaten und nukleare Habenichtse unterteilt, hat zu Spannungen geführt, die sich im Laufe der mehr als 40-jährigen Vertragsgeschichte immer weiter zugespitzt haben. Zum jetzigen Zeitpunkt ist der NVV nur noch durch eine erneute Zusammenführung der Abrüstungs- mit der Nichtverbreitungskomponente zu retten. Und das ist umso wichtiger, als der drohende Klimawandel viele Länder in einer Art „nuklearer Renaissance“ nach Kernenergie greifen lässt. Es ist allerdings heute nicht mehr möglich, die Technologie der friedlichen Nutzung vollständig von der nicht friedlichen zu trennen. Von besonderer Bedeutung ist hier, dass Präsident Obama sich in seinem Wahlkampf zur nuklearen Abrüstung bekannt hat. Die Umsetzung dieses Wahlkampfversprechens in tatsächliche Politik wird die Welt auf den einzig gangbaren normativen Pfad für Massenvernichtungswaffen zurückführen – nämlich den ihrer vollständigen und universalen Abschaffung unter strikter Verifikation.

Die Rolle von Atomwaffen in der Weltpolitik

Beinahe zwei Jahrzehnte nach dem Ende des Kalten Krieges spielen Kernwaffen heute erneut eine ähnlich zentrale weltpolitische Rolle wie damals. Es lassen sich vier Faktoren ausmachen, die diese Situation herbeigeführt haben.

Erstens hat die neue globale Problematik des internationalen Terrorismus (im Unterschied zu nationalen terroristischen Bewegungen), die am 11. September 2001 zutage getreten ist, mit ihrer minutiösen kontinentübergreifenden Planung die Gefahr des nuklearen Terrorismus deutlich realer werden lassen. Die Anhaltspunkte dafür, dass terroristische Gruppierungen wie die Al Kaida versuchen, sich spaltbares Material zu verschaffen, und die schockierenden Enthüllungen über das Netzwerk des Dr. A. Q. Khan und seine heimlichen Aktivitäten zur Vermarktung von Nukleartechnologie und -material belegen die Glaubwürdigkeit dieser Gefahr.

Zweitens findet nach den unstrittigen wissenschaftlichen Beweisen für den Zusammenhang zwischen Klimawandel und unkontrollierter Nutzung fossiler Brennstoffe, die der Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimawandel (IPCC) in seinen Berichten vorgelegt hat, eine „nukleare Renaissance“ statt, d.h. das Interesse an der zivilen Nutzung von Kernenergie nimmt wieder zu. Nach Artikel VI des NVV gehört die friedliche Nutzung von Kernenergie zu den „unveräußerlichen Rechten“ aller Staaten, aber da es keine glaubwürdige „Firewall“ gibt, die friedliche und nicht friedliche Nutzungsmöglichkeiten klar voneinander trennt, werden jetzt die Alarmglocken geläutet. Eine Vielzahl von Vorschlägen zu proliferationsresistenten Technologien wurde unterbreitet, ebenso wie zu einer Internationalisierung des Brennstoffkreislaufs, mit dem die Länder von der Schaffung eigener Anlagen zur Urananreicherung oder zur Wiederaufarbeitung von Plutonium abgehalten werden sollen.

Drittens hat es im Kreis der NVV-Vertragsstaaten erwiesenermaßen einige Fälle von Kernwaffenweiterverbreitung gegeben, angefangen beim heimlichen MVW-Programm des Irak, das die IAEO und die UN-Sonderkommission UNSCOM nach dem ersten Golfkrieg zunichte gemacht haben. Bei den Nichtunter-



„Nach mehr als fünfzig Jahren
Gesprächen ist es an
der Zeit, dass Atomtests endlich
verboten werden.“

Eine atomwaffenfreie Welt

(Ich) bekunde (...) heute klar und mit Überzeugung, dass die Vereinigten Staaten entschlossen sind, sich für den Frieden und die Sicherheit einer Welt ohne Atomwaffen einzusetzen. Dieses Ziel wird nicht schnell erreicht werden – möglicherweise nicht zu meinen Lebzeiten. Es wird Geduld und Beharrlichkeit erfordern. Aber jetzt müssen auch wir die Stimmen ignorieren, die uns sagen, dass die Welt sich nicht ändern kann.

Zunächst werden die Vereinigten Staaten konkrete Schritte in Richtung einer Welt ohne Atomwaffen unternehmen.

Um die Denkmuster des Kalten Kriegs zu überwinden, werden wir die Rolle von Atomwaffen in unserer nationalen Sicherheitsstrategie reduzieren und andere anhalten, dasselbe zu tun. Täuschen Sie sich nicht: Solange es diese Waffen gibt, werden wir ein sicheres und wirksames Arsenal zur Abschreckung potenzieller Feinde aufrechterhalten und die Verteidigung unserer Verbündeten garantieren – einschließlich der Tschechischen Republik. Aber wir werden damit beginnen, unser Arsenal zu verringern.

Um unsere Sprengköpfe und Vorräte zu reduzieren werden wir noch dieses Jahr einen neuen strategischen Abrüstungsvertrag mit Russland abschließen. Präsident Medwedew und ich haben diesen Prozess in London eingeleitet, und wir werden bis Ende dieses Jahres ein neues Abkommen anstreben, das rechtlich verbindlich und ausreichend kühn ist. Das wird den Boden für weitere Verringerungen bereiten, und wir haben vor, alle Atommächte in diese Bestrebungen einzubeziehen.

Um ein globales Verbot für Atomtests durchzusetzen, wird meine Regierung sofort und offensiv die Ratifizierung des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen seitens der Vereinigten Staaten verfolgen. Nach mehr als fünfzig Jahren Gesprächen ist es an der Zeit, dass Atomtests endlich verboten werden.

Um den Zugang zu den Bausteinen für eine Bombe zu unterbinden, werden die Vereinigten Staaten

auf einen neuen Vertrag hinarbeiten, der die Herstellung von spaltbarem Material, das man für die Herstellung von Atomwaffen benötigt, nachprüfbar beendet. Wenn es uns ernst damit ist, die Verbreitung dieser Waffen zu unterbinden, sollten wir die Herstellung von waffenfähigem Material zu ihrem Bau einstellen.

Zweitens werden wir gemeinsam den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen als Grundlage unserer Zusammenarbeit stärken.

Die grundlegende Abmachung steht: Länder mit Atomwaffen leiten ihre Abrüstung ein, Länder ohne Atomwaffen erwerben keine, und alle Länder haben Zugang zu friedlicher Atomenergie. Zur Stärkung des Vertrags sollten wir uns auf einige Prinzipien einigen: Wir benötigen mehr Ressourcen und Befugnisse, um die internationalen Kontrollen zu stärken. Wir brauchen reale und unmittelbare Konsequenzen für Länder, die die Regeln brechen oder versuchen, den Vertrag grundlos aufzukündigen.

Wir sollten einen Rahmen für zivile nukleare Zusammenarbeit schaffen, der auch eine internationale Brennstoffbank vorsieht, so dass alle Länder Zugang zu friedlicher Atomkraft haben, ohne das Risiko der Weiterverbreitung zu erhöhen. Das muss das Recht jeder Nation sein, die Atomwaffen abschwört, insbesondere von Entwicklungsländern, die friedliche Programme aufnehmen. Kein Ansatz wird erfolgreich sein, wenn er den Ländern Rechte verwehrt, die sich an die Regeln halten. Wir müssen das Potenzial von Atomenergie auch im Namen unserer Bestrebungen nutzen, gegen den Klimawandel vorzugehen und Chancen für alle Menschen zu schaffen.

Aus der Rede von US-Präsident Barack Obama in Prag vom 5. April 2009

Originaltext: <http://prague.usembassy.gov/obama.html>

Übersetzung: Amerika Dienst

Herausgeber: US-Botschaft Berlin, Abteilung für öffentliche Angelegenheiten

Verfügbar unter <http://amerikadienst.usembassy.de/>.
Letzter Zugriff am 06.04.2009

„Um dieser Bedrohung für den internationalen Frieden, die weltweite Sicherheit und das schiere Überleben der Menschheit zu begegnen, müssen wir in kooperativer Weise multilateral handeln.“

zeichnen sind Indien und Pakistan in der Lage, Kernwaffen herzustellen, und die Vermutung, dass Israel schon seit einiger Zeit Kernwaffen besitzt, ist glaubhaft.

Und schließlich weisen die Nukleardoktrinen einiger Atomkräfte den Kernwaffen nicht mehr nur die politische Funktion einer Waffe mit Abschreckungswert zu, sondern sehen ihren tatsächlichen und präemptiven Einsatz selbst gegen Nichtnuklearwaffenstaaten vor. Zu dieser Verschiebung kam es während der Bush-Cheney-Administration, und es folgten Vorschläge für die Entwicklung von Kernwaffen, die wirklich für den Einsatz konzipiert sind. Da die Kernwaffenstaaten keine transparenten Erklärungen hierzu abgeben, wird heute davon ausgegangen, dass es weltweit schätzungsweise mehr als 25.000 Kernwaffen gibt, von denen 10.183 als dislozierte Gefechtsköpfe einsatzbereit sind. Da der CTBT nicht in Kraft gesetzt wurde, verhindert nur ein zerbrechliches freiwilliges Moratorium weitere Tests und Fortentwicklungen der Nuklearwaffentechnologie. Die globalen Vorräte an hoch angereichertem Uran werden auf 1.370 Tonnen geschätzt (ohne die 346 Tonnen, die für die Rückmischung zu niedrig angereichertem Material vorgemerkt sind). Außerdem sind auch etwa 500 Tonnen separiertes Plutonium vorhanden. Das sind zwei wesentliche Bestandteile, die für die Kernwaffenproduktion benötigt werden und deren Herstellung der NVV nicht verboten, obwohl ihre sichere Aufbewahrung nicht immer gewährleistet ist. Aus diesen Vorräten könnten in über 40 Ländern mehr als 250.000 Atombomben gebaut werden.

Aus dem bisher Gesagten wird deutlich, dass wir es mit einer hochgradig gefährlichen Lage zu tun haben. Um dieser Bedrohung für den internationalen Frieden, die weltweite Sicherheit und das schiere Überleben der Menschheit zu begegnen, müssen wir in kooperativer Weise multilateral handeln. Das ist der einzige wirksame und dauerhafte Weg heraus aus dieser Krise.

Auf Vorschlag Costa Ricas und Malaysias wird sich die UN-Vollversammlung mit einem Entwurf für eine Nuklearwaffenkonvention befassen. Die Verhandlungen hierüber werden einige Zeit in Anspruch nehmen, weil gewährleistet sein muss, dass die Sicherheit aller – der Nuklearwaffenstaaten ebenso wie der Nichtnukle-

arwaffenstaaten – garantiert ist, und angemessene Verifizierungsverfahren geschaffen werden müssen. Der Pfad zu einer atomwaffenfreien Welt muss mit der rechtsverbindlichen Abschaffung aller Kernwaffen beginnen – so wie dies auch bei den biologischen und chemischen Waffen geschehen ist.

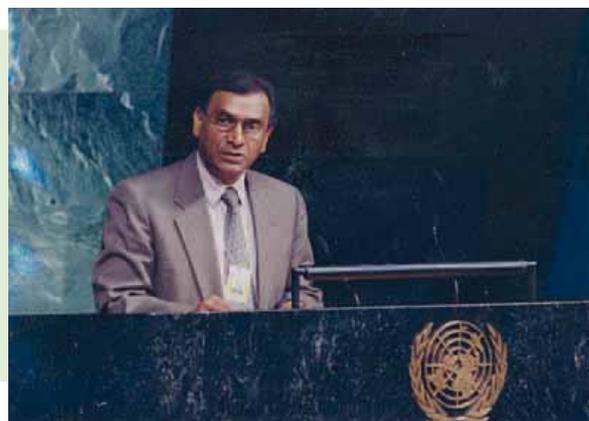
Erwartungen an die Obama-Administration

Mit dem Amtsantritt der Obama-Administration werden hohe Erwartungen verknüpft. Dass diese Erwartungen durchaus begründet waren, zeigte sich in der Anhörung Hillary Clintons für das Amt der Außenministerin. Sie sagte darin zu, den Teststoppvertrag CTBT im Senat erneut zur Abstimmung zu bringen und mit Russland in einen Dialog zu treten, um über neue Verträge zur nuklearen Abrüstung zu verhandeln. Die frühere Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA) des amerikanischen Außenministeriums, die die Clinton-Administration in einem „Teufelspakt“ mit den Republikanern aufgelöst hatte, ist zwar nicht wieder eingesetzt worden, aber die Regierung hat ein paar hervorragende Experten ernannt, die über großes Fachwissen in Sachen nuklearer Abrüstung verfügen.

Allerdings war auch die Nuklearwaffenlobby nicht untätig. Es wurden Artikel publiziert, die argumentieren, das amerikanische Nuklearwaffenarsenal komme allmählich in die Jahre und bedürfe der Modernisierung, die Experten mit dem Fachwissen zur Kernwaffenherstellung gingen in den Ruhestand und müssten durch neue Kräfte ersetzt werden, und die Sicherheit der USA sei nur mit einer glaubwürdigen atomaren Abschreckung zu gewährleisten.

Die „Global Zero“-Kampagne für eine atomwaffenfreie Welt, die im Dezember 2008 in Paris mit zahlreichen namhaften Unterstützern aus der Taufe gehoben wurde, trat mit einer *Road Map* an, die die vollständige Abschaffung von Kernwaffen über eine Reihe kleiner Schritte für 2035 anvisiert. Inzwischen ist von einer Reduzierung der Arsenale auf 1.000 atomare Sprengköpfe, von bescheidenen Schritten wie der Ratifizierung des CTBT, einem neuen Vertrag, der START I ersetzen soll, aber auch einer Modernisierung der atomaren Arsenale der USA die Rede.

Vor dem Hintergrund der internationalen Finanzkrise „machen die Argumente für tiefe Einschnitte bei den Waffen auch wirtschaftlich Sinn.“



Zugegeben, die durch die mangelnde finanzpolitische Disziplin der USA und die Gier der Wall Street ausgelöste internationale Finanzkrise verlangt derzeit Obamas volle Aufmerksamkeit. Aber da der Nuklearwaffenkomplex mit geschätzten Kosten von 52 Milliarden US-Dollar pro Jahr zu Buche schlägt (mehr als die USA für internationale Diplomatie und Entwicklungshilfe ausgeben), machen die Argumente für tiefe Einschnitte bei den Waffen auch wirtschaftlich Sinn.

In ihrem Artikel „Anti-Nuclear Nuclearism“ schrieben Darwin BondGraham und Will Parrish Anfang 2009 in *Foreign Policy in Focus*: „Wahrscheinlich wird die Obama-Administration an einer Politik festhalten, die wir als ‚antinuklearen Nuklearismus‘ bezeichnen. Darunter ist eine Außen- und Militärpolitik zu verstehen, die sich auf eine überlegene US-Militärmacht stützt, zu der auch das nukleare Arsenal gehört, gleichzeitig aber rhetorische und sogar substanzielle Abrüstungszusagen macht, wie vage diese auch definiert sein mögen. Der antinukleare Nuklearismus wird als Lehrmeinung in mehreren Denkfabriken gepflegt, die in Sachen globale nukleare Kräfte schon seit langem Einfluss auf die außenpolitischen Entscheidungen nehmen. Selbst die nationalen Entwicklungslabors für Atomwaffen in Neu-Mexiko und Kalifornien haben sich als eifrige Unterstützer und Gestalter betätigt.“⁴

Gefahrenpotenzial durch Nuklearunfälle

William Walker diskutiert in einem Papier für das *Institut Français des Relations Internationales* (IFRI – Französisches Institut für internationale Beziehungen) Gründe für das Wiederaufflammen der Kernwaffendebatte und Hindernisse für die Eliminierung der Kernwaffen. Er schließt mit bescheidenen Erwartungen, was „die Stabilisierung der internationalen nuklearen Ordnung und die Vermeidung unliebsamer Überraschungen“⁵ angeht. Konkret stellt Walker die Prognose, dass es bis zum Ende der ersten Amtszeit Obamas „nirgends einen militärischen Kernwaffeneinsatz, keine Überschreitung der nuklearen Schwelle durch Iran, keine Entdeckung weiterer heimlicher Waffenprogramme,

keine Wiederaufnahme eines ernstesten Rüstungswettlaufs zwischen den großen Mächten (auch nicht im Weltraum) und eine Zusammenarbeit mit Russland, China, Frankreich, Indien und Großbritannien bei der Begrenzung der nuklearen Arsenale auf eine niedrige Zahl von Waffen, (...) eine einigermaßen erfolgreiche NVV-Überprüfungskonferenz 2010, (...) Fortschritte bei der Inkraftsetzung des CTBT und der Aushandlung des *Cut-Off*-Vertrags [für ein weltweites Verbot der Herstellung neuen spaltbaren Materials für Atomwaffen] (FMCT), (...) ein stärkeres Exportkontrollsystem und ein verbessertes System von IAEA-Sicherungsabkommen“⁶ geben wird. Das also soll alles sein, was die geballten Anstrengungen der Kampagne für eine nuklearwaffenfreie Welt bis zum Ende der nächsten vier Jahre erreichen werden?

Vorerst jedenfalls führt uns der Zusammenstoß der beiden atomar bewaffneten U-Boote Großbritanniens und Frankreichs im Atlantik im Februar dieses Jahres eindrucksvoll vor Augen, welch beängstigendes Gefahrenpotenzial durch nukleare Unfälle gegeben ist. Die globale Gemeinschaft der Abrüstungsaktivisten, insbesondere in der Zivilgesellschaft, muss wachsam sein gegenüber einem rückwärts gerichteten Trend, der „die Kühnheit der Hoffnung“, mit der die Obama-Administration ins Amt gekommen ist, zu verraten droht. Mit Sicherheit trüge eine solche Entwicklung nicht dazu bei, die NVV-Überprüfungskonferenz 2010 zum Erfolg zu führen, geschweige denn, die gefürchtete Kaskade der Proliferation, insbesondere an terroristische Gruppen, zu verhindern.

Dr. Jayantha Dhanapala

Dr. Jayantha Dhanapala ist ehemaliger stellvertretender UN-Generalsekretär und Mitglied des Internationalen Kuratoriums des BICC.

⁴ Verfügbar unter <<http://www.fpir.org/fpifxt/5782>>. Letzter Zugriff am 05.03.09.

⁵ Verfügbar unter <http://www.ifri.org/files/Securite_defense/Walker_Obama_nuclear_disarmament.pdf>. Letzter Zugriff am 05.03.09.

⁶ ibd.

Globale Trends bei Verteidigungsausgaben und bewaffneter Gewalt

Der Anstieg der globalen Militärausgaben setzte sich auch 2007, dem letzten Jahr, für das umfassende Zahlen vorliegen, weiter fort. Laut dem Stockholmer Institut für internationale Friedensforschung (SIPRI)¹ beliefen sich die Ausgaben auf insgesamt 1,339 Billionen US-Dollar, was real eine Zunahme um sechs Prozent gegenüber 2006 und um 45 Prozent seit 1998 bedeutet.

Fast 70 Prozent der weltweiten Verteidigungsausgaben – nämlich 919,8 Milliarden US-Dollar – entfielen auf die 30 Mitgliedstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Dagegen wendeten diese Staaten 2007 für die staatliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) nur 103,5 Milliarden US-Dollar auf. Folglich lagen ihre Militärausgaben im Durchschnitt neunmal höher als ihre Entwicklungsausgaben (siehe Abbildung 1). Da die ODA-Aufwendungen in den vergangenen Jahren leicht rückläufig waren, während die Militärausgaben

stetig angestiegen sind, hat sich die Kluft zwischen Militär- und Entwicklungsausgaben weiter vergrößert.

Höchste Zuwachsraten bei Schwellenländern

Wie SIPRI feststellt, war Osteuropa in den vergangenen zehn Jahren die Subregion mit der größten Zuwachsrate, was hauptsächlich auf die Aufstockung der Waffenarsenale Russlands und die Modernisierungsprogramme der Streitkräfte in den neuen NATO-Mitgliedstaaten zurückzuführen ist. Im Großen und Ganzen waren die Länder mit der höchsten Zuwachsrate bei den Verteidigungsausgaben gleichzeitig diejenigen mit dem größten Wirtschaftswachstum. Am stärksten fallen dabei die so genannten Schwellenländer im asiatischen Raum, wie etwa Indien, Indonesien, Malaysia und vor allen Dingen China ins Gewicht. Dagegen waren Westeuropa und Mittelamerika in den letzten Jahren die Regionen mit der geringsten Zuwachsrate bei den Militärausgaben.

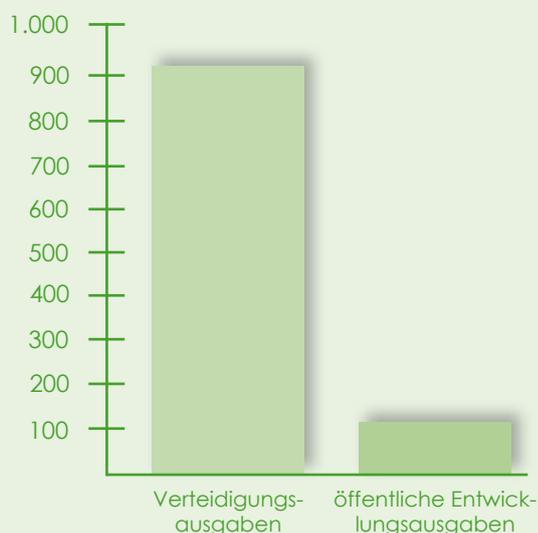
USA an der Spitze

Absolut gesehen und unter Berücksichtigung der Kaufkraftparität waren die Länder mit dem höchsten Ressourceneinsatz für die Streitkräfte die Vereinigten Staaten, China, Russland, Indien und das Vereinigte Königreich (Großbritannien und Nordirland).

Allerdings stellen die Verteidigungsausgaben der USA im internationalen Vergleich eine echte Ausnahme dar. Sie haben sich nicht nur seit 2001 verdoppelt, sondern machten 2007 mit 578,3 Milliarden US-Dollar fast 45 Prozent der gesamten weltweiten Verteidigungsausgaben aus. Und seither sind sie weiter gestiegen. 2008 umfassten die US-Militärausgaben einen Grundetat von 481 Milliarden US-Dollar und zusätzliche Sonderzuweisungen von 189 Milliarden US-Dollar zur Finanzierung des „globalen Krieges gegen den Terrorismus“. Für 2009 beläuft sich der bewilligte Grundetat des Pentagon auf 513 Milliarden US-Dollar. Inflationbereinigt ist das der höchste Wehretat seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Rechnet man die zu erwartenden extrabudgetären Mittel für die Kriege in Irak und Afghanistan hinzu, werden die Militärausgaben 2009 aller Wahrscheinlichkeit nach wiederum höher liegen als im Vorjahr.

¹ Vgl. SIPRI-Jahrbuch 2008.

Abbildung 1: Militär- und Entwicklungsausgaben in OECD-Ländern 2007 in Milliarden US-Dollar





„Der ansteigende Trend des US-Verteidigungsetats wird sich voraussichtlich fortsetzen.“

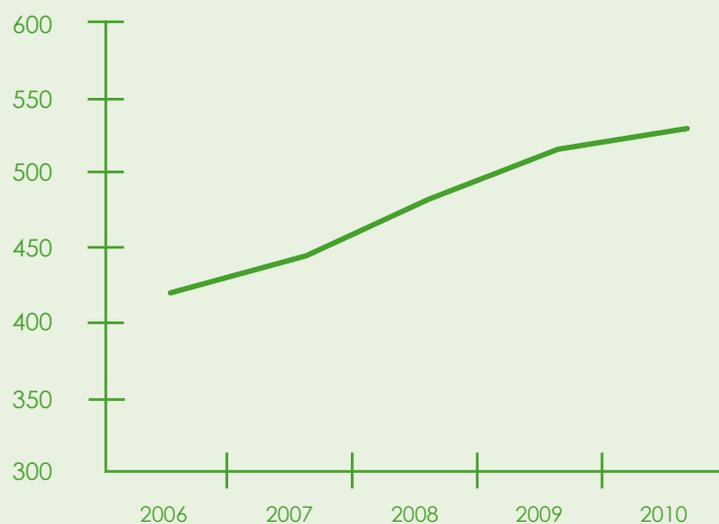
Der ansteigende Trend des US-Verteidigungsetats wird sich voraussichtlich fortsetzen. Daran dürften kurzfristig weder die neu ins Amt gewählte US-Administration unter Präsident Barack Obama, der den Truppenabzug aus Irak zugesichert hat und immer wieder die „Soft Power“ (d.h. die Überzeugungskraft mit nicht militärischen Mitteln) der USA hervorhebt, noch die globale Finanzkrise, die der US-Regierung ein Konjunkturprogramm von annähernd 800 Milliarden US-Dollar abgerungen hat, grundlegend etwas ändern. Barack Obama hat übrigens nie eine Kürzung der Militärausgaben versprochen. Im Gegenteil: sein Haushaltsentwurf für 2010, der am 26. Februar 2009 offiziell vorgestellt wurde, sieht einen Grundetat für das Pentagon von 533,7 Milliarden US-Dollar vor, was einer Steigerung um vier Prozent gegenüber 2008 und entspricht (siehe Abbildung 2).

Rüstungstrends in Deutschland: Ausgaben und Exporte

Der deutsche Verteidigungsetat legt seit 2006 kontinuierlich zu. Nach einer Steigerung um 1,7 Milliarden Euro von 2008 auf 2009 hat er jetzt mit rund 31,2 Milliarden Euro einen neuen Höchststand erreicht. Dieses Niveau soll bis mindestens 2012 aufrechterhalten werden. Damit wird das Bundesministerium der Verteidigung zu dem Ressort mit der zweitgrößten Zuweisung von Bundesmitteln (siehe Abbildung 3). Würden die deutschen Militärausgaben nach NATO-Kriterien ermittelt, bei denen auch bestimmte Mittelzuweisungen an andere Ressorts eingerechnet werden, lägen sie noch höher, nämlich bei effektiv 33,5 Milliarden Euro.

Ein beträchtlicher Teil des Verteidigungsetats, nämlich 5,3 Milliarden Euro, ist für die Beschaffung neuer

Abbildung 2: Grundetat des Pentagon 2006 – 2010 in Milliarden US-Dollar

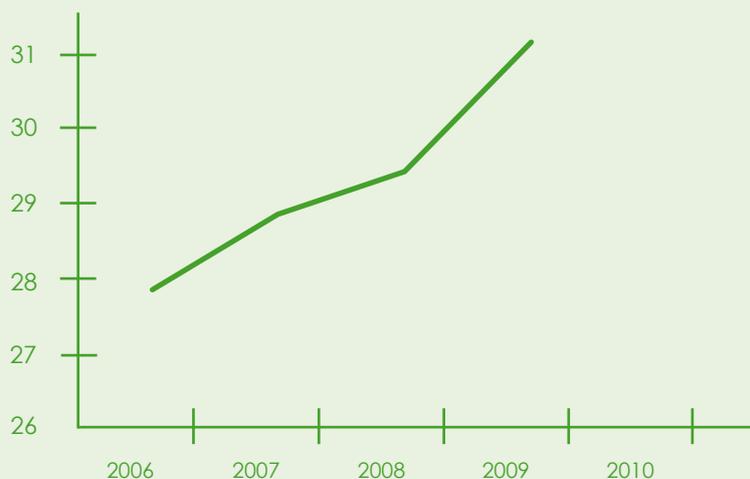


Waffensysteme vorgesehen. De facto haben die Investitionen für den Erwerb neuer Waffen seit 2007 um 25 Prozent zugenommen. Des Weiteren hat sich auch die Auslagerung sekundärer militärischer Funktionen in die Privatwirtschaft verstärkt. Waren 2006 im Wehretat noch 651 Millionen Euro für Verträge mit Unternehmen der freien Wirtschaft ausgewiesen, so machte das Outsourcing 2009 schon 1,5 Milliarden Euro aus. Nach der im Oktober 2008 vom Bundestag beschlossenen Verstärkung der deutschen Truppen in Afghanistan von 3.500 auf 4.500 Mann ist davon auszugehen, dass auch die Ausgaben für Auslandseinsätze der Bundeswehr, die sich 2007 auf 911 Millionen Euro beliefen, in den kommenden Jahren weiter ansteigen werden.

Laut dem letzten Rüstungsexportbericht der Bundesregierung belief sich der Gesamtwert der erteilten Ausführungsgenehmigungen für deutsche Rüstungsgüter 2007 auf 8,7 Milliarden Euro, was einen Anstieg um eine Milliarde Euro gegenüber 2006 bedeutet (siehe Abbildung 4). Dieser Anstieg ist größtenteils auf die zunehmende Kooperation der deutschen Rüstungsindustrie

„Nach einer Steigerung um 1,7 Milliarden Euro von 2008 auf 2009 hat der deutsche Verteidigungshaushalt jetzt mit rund 31,2 Milliarden Euro einen neuen Höchststand erreicht.“

Abbildung 3: Deutsche Militärausgaben 2006 – 2010 in Milliarden Euro



mit anderen europäischen Waffenherstellern zurückzuführen. Deshalb wird in dem Bericht ausdrücklich auf die steigenden Ausfuhren einzelner Systemkomponenten hingewiesen, die dann im Ausland montiert werden. Die Direktexporte militärischer Waffen hatten dagegen einen Wert von 1,03 Milliarden Euro, womit hier ein leichter Rückgang im Vergleich zu früheren Jahren zu beobachten ist.

Marc von Boemcken

Trends bei bewaffneter Gewalt

Bewaffnete Gewalt nicht nur aus der Perspektive kriegerischer Gewalt zu betrachten, lautet das Anliegen des Anfang 2008 veröffentlichten Reports „*Global Burden of Armed Violence*“². Seine Ergebnisse sind erstaunlich, denn es geraten Länder in den Fokus, die bisher abseits der medialen Aufmerksamkeit lagen. So haben einige Staaten im südlichen Afrika und in

² Der Report „*Global Burden of Armed Violence*“ wurde im Mai 2008 von der Geneva Declaration mit Unterstützung durch Autoren des *Small Arms Survey* veröffentlicht. Er ist verfügbar unter <<http://www.genevadeclaration.org/>>

Mittelamerika immens hohe Tötungsraten, ohne dass es dort zurzeit einen kriegerischen Konflikt gäbe. Der Report zeigt auf, wie wichtig es ist, neben den direkt und indirekt durch Konflikte verursachten Todesfällen auch die Konfliktfolgezeiten sowie nicht durch Konflikt verursachte Todesfälle wie Mord und Verschwindenlassen in den Blick zu nehmen. Der Report kommt dabei zu dem Schluss, dass die Zahl der Todesfälle durch Gewalteinwirkung außerhalb von Konfliktregionen um ein vielfaches höher ist, als die in Kriegen und Konflikten, wobei in den meisten Fällen Kleinwaffen das häufigste Tötungsinstrument darstel-

len. Bewaffnete Gewalt ist darüber hinaus für einen großen Verlust von Humankapital und Produktivität verantwortlich.

Konflikte und Kriege

Was die politische Gewalt im Jahr 2008 angeht, zählt das Heidelberger Konfliktbarometer³ des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung (HIK) 144 gewaltförmige Konflikte und damit fünf weniger als im Vorjahr. Damit ist der Trend einer Zunahme gewaltförmiger Konflikte der letzten Jahre leicht rückläufig. Dominiert wird das Bild weiterhin von innerstaatlichen Konflikten. Innerhalb der drei vom HIK als gewaltförmig definierten Konflikttypen („Krise mit dem Ausbruch sporadischer Gewalt“, „Ernstere Krise mit wiederholter und organisierter Gewaltanwendung“ und „Krieg mit regelmäßiger und systematischer Gewaltanwendung mit massiver Zerstörung“) gab es eine Verschiebung weg von Krisen hin zu einem leichten Anstieg der beiden anderen Konflikttypen. Als Kriege wurden vom HIK neun Konflikte identifiziert. Dazu zähl-

³ Das vollständige Barometer des HIK ist unter <<http://www.hiik.de/de/konfliktbarometer/index.html>> einsehbar.



„Im Zentrum internationaler Krisenprävention steht nach wie vor die militärische Lösung von Krisen und Konflikten.“

ten in Europa der Georgisch-Russische Krieg, in Afrika die Bürgerkriege im Tschad, im Sudan (Darfur) und in Somalia, in Asien der Unabhängigkeitskrieg der LTTE (*Liberation Tigers of Tamil Eelam*) in Sri Lanka und der Konflikt zwischen Islamisten und Regierung in Pakistan sowie im Nahen und Mittleren Osten die Kriege in Afghanistan, dem Irak und der Türkei.

Damit sind auch 2008 die Herausforderungen für die internationale Gemeinschaft nicht kleiner geworden. In den meisten der genannten Regionen sind Internationale Missionen aktiv, die von humanitärer Hilfe und *Peacekeeping* bis hin zu umfangreichen Kampfeinsätzen wie im Irak und in Afghanistan reichen. Neben den Vereinten Nationen und einzelnen Staaten wie den USA ist auch die Europäische Union zunehmend mit eigenen Missionen auf den Krisenschauplätzen der Welt präsent. Im Zentrum internationaler Krisenprävention steht jedoch nach wie vor die militärische Lösung von Krisen und Konflikten. Die innergesellschaftliche Bearbeitung gewaltförmiger Konfliktaustragung bleibt dagegen oft außen vor. Durch die Darstellung der Folgen bewaffneter Gewalt in und außerhalb von Kriegen und Konflikten verweist der Report „*Global*

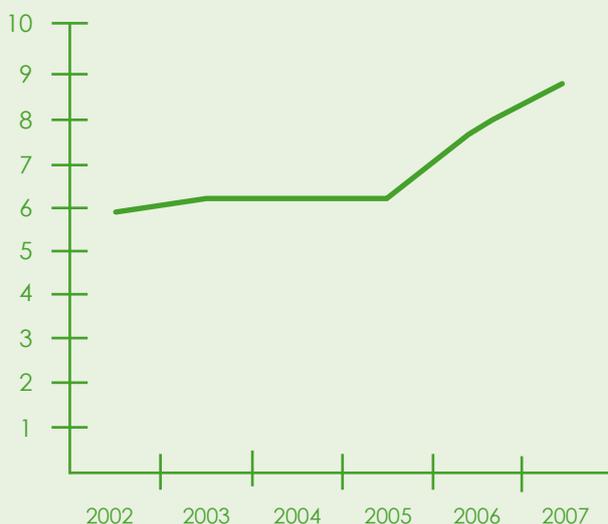
Burden of Armed Violence“ darauf, wie wichtig es ist, diesem Thema mehr Raum zu geben und Initiativen zur zivilen Konfliktbearbeitung zu stärken.

Fallbeispiel 1: Georgien-Russland – Krieg am Rande Europas

Schon lange waren kriegerische Auseinandersetzungen nicht mehr so nah an Mitteleuropa wie im Sommer 2008, als die Scharmützel und gelegentlichen Angriffe zwischen Georgien und Russland zum offenen Krieg eskalieren. Seit dem Frühjahr hatte es zunehmende Spannungen um die nach Unabhängigkeit strebende Provinz Südossetien gegeben. Ausgelöst durch massive Angriffe georgischer Truppen in Südossetien im August, gingen russische Truppen gegen Georgien vor. Innerhalb weniger Tage besetzten sie Südossetien und drangen weit auf georgisches Kerngebiet ein. Darüber hinaus verhängte Russland eine Seeblockade gegenüber Georgien und besetzte die zweite abtrünnige georgische Provinz, Abchasien. Beide Seiten warfen sich dabei den Bruch des Völkerrechts vor. Eine intensive Krisendiplomatie schaffte es nach fünf Tagen, die Konfliktparteien zum Einstellen der Kampfhandlungen zu bewegen. Eine einvernehmliche Lösung der Statusfrage Südossetiens und Abchasiens wurde durch die Anerkennung der Provinzen als eigenständige Staaten durch Russland quasi unmöglich gemacht. Außer von Nicaragua wurde dieser Schritt von keinem anderen Land unterstützt.

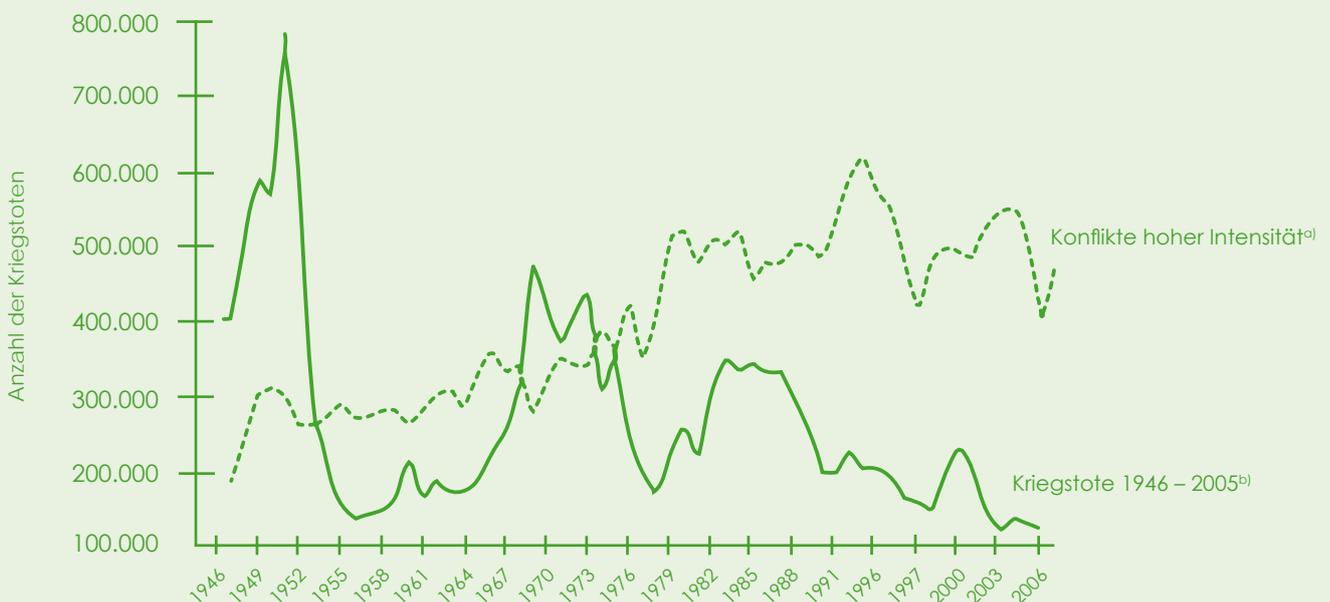
Der Krieg hatte große Brisanz, da noch im Frühjahr 2008 das Thema eines NATO-Beitritts Georgiens auf der Tagesordnung gestanden hatte. Um ein Haar wären Europa und Nordamerika durch den Beistandspakt innerhalb des Bündnisses direkt in einen Krieg mit Russland verstrickt worden. Russland macht seit Jahren klar, dass es einen Beitritt Georgiens zur NATO als Bedrohung seiner Sicherheit auffasst. So erwies es sich im Nachhinein als eine weise Entscheidung der Europäer, zwar grundsätzlich einem NATO-Beitritt Georgiens zuzustimmen, aber einen konkreten Zeitpunkt für die Aufnahme auf die lange Bank zu schieben. Der Krieg traf die Europäer völlig unerwartet

Abbildung 4: Gesamtwert der bewilligten deutschen Rüstungsexporte 2002 – 2007 in Milliarden Euro



„Im fünften Jahr nach der US-geführten Operation zum Sturz des von Saddam Hussein geführten Baath-Regimes im Irak ist die Situation im Land weiterhin dramatisch.“

Abbildung 5: Kriegstote und gewalttätige Konflikte hoher Intensität 1946 – 2006



a) Conflicts of High Intensity: Conflict Barometer 2008, HIIK
<http://www.hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer_2008.pdf>

b) Battle Death: PRIO Battle Deaths Dataset version 2.0
<<http://www.prio.no/CSCW/Datasets/Armed-Conflict/Battle-Deaths/The-Battle-Deaths-Dataset-version-20/>>

und die Krisenprävention vor Ort durch OSZE, EU und UN-Missionen versagte. Dass Russland nicht unvorbereitet in den Krieg geriet, zeigt sich am schnellen und präzisen Gegenangriff, der nur durch eine präventive massive Stationierung eigener Truppen in der Region zu erklären ist. Bis heute stellt es sich als schwierig dar, das Wiederaufflammen von Gewalt in Südossetien zu verhindern. Welche Folgen die Stationierung großer russischer Truppenverbände in den beiden Provinzen für die regionale Sicherheit, wie für das europäische Waffenkontrollregime im Rahmen des KSE und AKSE Vertrags haben wird, ist zurzeit nicht abschätzbar.

Fallbeispiel 2: Irak zwischen Stabilität und Terror

Im fünften Jahr nach der US-geführten Operation zum Sturz des von Saddam Hussein geführten Baath-Regimes im Irak ist die Situation im Land weiterhin dramatisch. Wenn sich auch die Sicherheitslage im Jahr 2008

im Vergleich zu den beiden Vorjahren verbessert hat, so fanden nach Recherchen von „Iraq Body Count“ immer noch fast 9.200 Menschen einen gewaltsamen Tod. Die UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR geht weiterhin von einer ernststen humanitären Krise im Land aus. Die Zahl der Binnenvertriebenen wird immer noch auf ca. 2,8 Millionen Menschen geschätzt. Dazu kommen etwa zwei Millionen Flüchtlinge in den Nachbarländern. Ende 2008 ist das Mandat des Sicherheitsrats für die US-geführte Multinationale Übergangstruppe (MNF-I) abgelaufen und durch einen Stationierungsvertrag ersetzt worden, der den Rückzug ausländischer Truppen bis 2012 vorsieht. Wie sehr die Lage im Irak mit der seiner Nachbarländer verbunden ist, zeigte sich im Frühjahr 2008 bei einer mehrtätigen Offensive türkischer Truppen gegen Stellungen der PKK im Norden des Landes.



„Der Konflikt zwischen den mexikanischen Drogenkartellen und dem Staat Mexiko hat die Form einer schweren Krise angenommen.“

Aus diesem Grund spielt die Situation im Irak eine wichtige Rolle für die Stabilisierung der Region. Die Flüchtlingsströme im und aus dem Irak sind die größten in der Region seit dem ersten israelisch-arabischen Krieg 1948 und haben destabilisierende Auswirkungen auf die Nachbarländer. Die Fortdauer islamistischen Terrorismus im Irak durch Al Kaida und andere lokale sunnitische und schiitische Gruppen birgt nicht nur eine Gefahr für die regionale Stabilität, sondern möglicherweise auch für die Sicherheit Europas. Auch die Lösung anderer drängender Probleme des Nahen Osten, wie der Uran-Anreicherung im Iran und der Besetzung der palästinensischen Gebiete durch Israel, wird durch den Konflikt im Irak nicht einfacher. Umso mehr muss es das Interesse der Europäer sein, gemeinsam mit den USA und der irakischen Regierung eine Lösung zu forcieren, ohne damit die USA von der Verantwortung für die Folgen ihres Anti-Regime-Krieges zu entbinden. Denn ein friedlicher Naher Osten ist auch ein Garant für Frieden und Sicherheit in Europa.

Fallbeispiel 3: Drogenkrieg in Mexiko

Mexiko hat im letzten Jahrhundert eine sehr wechselvolle Geschichte durchlebt und viel Erfahrung mit gewalttätigen Konflikten gemacht. Seit der mexikanischen Revolution in den 1920er Jahren kämpften in verschiedenen Regionen immer wieder Guerillagruppen gegen den Staat und für revolutionäre Veränderungen. Doch niemand hätte wohl damit gerechnet, dass sich der Konflikt mit den Drogenkartellen, die Mexiko als Transitland für den Schmuggel in die USA nutzen, zu einer schweren Krise ausweiten würde. Ende 2007 rief der neu gewählte mexikanische Präsident Felipe Calderon zum Krieg gegen die Drogen-Mafia auf und schickte 45.000 Soldaten und 5.000 Polizisten in den Einsatz. Im Jahr 2008 starben in den Auseinandersetzungen über 5.000 Menschen. Zunehmend sind die Opfer unschuldige Zivilisten, deren Tod von den Milizen der Drogen-Mafia bewusst mit in Kauf genommen wird oder die bei unverhältnismäßigen Militäreinsätzen sterben.

Der Konflikt mit den Drogenkartellen geht mit einer zunehmenden Verschlechterung der öffentlichen Sicherheit einher. Das größte Problem stellen neben bewaffneten Überfällen heute Entführungen dar, die fast alle gesellschaftlichen Schichten betreffen und auch

schon für kleine Summen von 500 US-Dollar durchgeführt werden. Die Zahlen schwanken zwischen 65 und 500 Entführungen im Monat. Die meisten werden der Polizei nicht gemeldet, da die Betroffenen dem Staat die Lösung der Probleme nicht mehr zutrauen. Dies zeigt sich auch an der Straflosigkeit, die bei über 95 Prozent liegt. Ein weiterer Indikator für die schlechte Sicherheitslage ist die hohe Zahl ermordeter Journalisten, die meist wegen Recherchen über Drogenschmuggel und Menschenrechtsverbrechen ihr Leben verloren. Mit zehn ermordeten Journalisten im Jahr 2008 steht Mexiko auf der Negativrangliste auf Platz zwei hinter dem Irak.

Der Konflikt zwischen den mexikanischen Drogenkartellen und dem Staat Mexiko hat die Form einer schweren Krise, wenn nicht sogar eines Krieges angenommen. Dafür sprechen zum einen die hohen Opferzahlen, zum anderen die schweren Waffen, welche die Kartelle benutzen, und die immense Anzahl von Soldaten, die Mexiko in die Schlacht schickt. Einige Probleme wie Straflosigkeit, Korruption im Staatsapparat und ländliche Armut, die den Konflikt befördern, sind hausgemacht. Andere kommen von außen, wie die große Drogennachfrage in den USA oder der Waffennachschub über die mexikanisch-amerikanische Grenze. Wie in Kolumbien und Afghanistan stellt sich für Mexiko die Frage, ob nicht andere Wege im Kampf gegen die Drogenkartelle gefunden werden müssen. Die „*Latin American Commission on Drugs and Democracy*“, die von ehemaligen lateinamerikanischen Staatschefs wie Ernesto Zedillo und Henrique Cardoso getragen wird, erklärte im Februar 2009 den Krieg gegen die Drogen für gescheitert und forderte dazu auf, nach Alternativen zu suchen.

Felix Koltermann

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) des BICC

Seit 15 Jahren beschäftigt sich das BICC schwerpunktmäßig mit angewandter Forschung zu militärischen Kapazitäten, Strukturen und Ressourcen. Generell stellten wir dabei fest, dass Größe und Zusammensetzung des Militärapparats beträchtliche Auswirkungen sowohl auf die menschliche und wirtschaftliche Entwicklung eines Staates als auch auf den Grad von Gewaltanwendung sowie interne wie externe gewaltförmige Konflikte haben kann. Der Globale Militarisierungsindex (GMI), der hier zum ersten Mal vorgestellt wird, soll all jenen eine Hilfe sein, die diese Zusammenhänge näher untersuchen wollen.

Grundsätzlich bildet der GMI das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Militarisierung wird dabei im engeren Sinne als die dem staatlichen Militär zur Verfügung stehenden Ressourcen und Kapazitäten definiert.

Dabei wird das Gewicht des Militärapparats anhand von sechs Indikatoren ermittelt, die in drei übergeordnete Kategorien untergliedert werden: Militärausgaben, Militärpersonal und Militärwaffen (siehe Tabelle 1).

Militärausgaben im Verhältnis zu BIP und medizinischer Versorgung

Von wesentlicher Bedeutung für die Bestimmung von Größe und Kapazität der Streitkräfte eines Landes sind die Gesamtressourcen, die seine Regierung für das Militär- oder Verteidigungsbudget bereitstellt. Der GMI verwendet zwei grundlegende Indikatoren zur Abbildung dieses Faktors als relativen Wert. Der eine sind die öffentlichen Ausgaben für das Militär als Prozentsatz des Bruttoinlandsprodukts (BIP) – eine Beschreibung, die inzwischen bei der Bewertung militärischer Kapazitäten häufiger verwendet wird. Diesem Indikator wird deshalb auch beim GMI eine relativ hohe Gewichtung eingeräumt.

Allerdings spiegelt dieser Indikator allein noch nicht unbedingt den relativen Wert wider, der dem Militäretat im Verhältnis zur Gesamtheit der zugewiesenen öffentlichen Ressourcen beigemessen wird. Um diesen Faktor mit zu berücksichtigen, verwendet der GMI einen zusätzlichen Indikator,

der den Militärhaushalt ins Verhältnis setzt zu den Aufwendungen der Regierung für die medizinische Versorgung.

Alle Daten zu den Militärausgaben wurden anhand des SIPRI-Jahrbuchs 2008 zusammengestellt. Die meisten Zahlen beziehen sich auf 2007. Wo keine aktuellen Informationen vorlagen, wurden die letzten verfügbaren Zahlen verwendet, sofern sie nicht älter waren als von 2002. In diesem Fall steht die entsprechende Jahreszahl im Index in Klammern hinter dem Ländernamen.

Länder, für die SIPRI keine aktuellen Zahlen zu den Militärausgaben vorlegt, wurden nicht in den Index aufgenommen. Das waren zum Beispiel Kuba, Vietnam und Nordkorea. Insgesamt ist es wichtig zu bedenken, dass SIPRI zwar derzeit als zuverlässigste Quelle angesehen werden darf, dass aber Daten zu Militärausgaben grundsätzlich mit größter Vorsicht behandelt werden sollten. Für viele Länder, insbesondere Entwicklungsländer, sind solche Zahlen lediglich grobe Schätzwerte. Wenn wir aufgrund unserer eigenen Forschung den Eindruck hatten, dass die SIPRI-Daten für die Militärausgaben bestimmter Länder nicht zutreffend waren, haben wir diese Länder ebenfalls nicht

Die Methodik des GMI

Um eine höhere Kompatibilität zwischen den verschiedenen Indikatoren zu erzielen und zu verhindern, dass Extremwerte bei der Datennormalisierung zu Verzerrungen führen, wurde im ersten Schritt jeder Indikator zunächst in einem Logarithmus mit dem Faktor 10 dargestellt. Im zweiten Schritt wurden alle Daten mittels der Formel $x = (y - \text{Min}) / (\text{Max} - \text{Min})$ normalisiert, wobei Min und Max den niedrigsten bzw. höchsten Wert des Logarithmus repräsentieren. Im dritten Schritt wurde jeder Indikator entsprechend der relativen Bedeutung, die ihm von den Forschern des BICC beigemessen wurde, mit einem subjektiven Faktor gewichtet (siehe Tabelle 1). Zur Berechnung der endgültigen Punktzahl wurden die gewichteten Indikatorwerte addiert und ein weiteres Mal auf einer Skala von 0 bis 1.000 normalisiert.



in den Index aufgenommen. Das gilt insbesondere für ein paar Staaten in Zentralasien, nämlich Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan.

Die Daten zum Bruttoinlandsprodukt stammen von der Weltbank, Daten zu den Aufwendungen für die medizinische Versorgung von der Weltgesundheitsorganisation (WHO).

Das Verhältnis von (para)militärischem Personal, Reservisten und Ärzten

Neben den Militärausgaben ist das militärische Personal die zweite große Kategorie, die beim GMI berücksichtigt wird. Sie wird von uns in drei separate Indikatoren untergliedert. Der erste und bedeutendste ist die zahlenmäßige Stärke der militärischen und paramilitärischen Kräfte im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung. Weil jedoch in vielen Ländern die regulären Truppen allein die Gesamtstärke der Streitkräfte nicht adäquat widerspiegeln, werden auch paramilitärische Kräfte einbezogen. Hauptkriterium für die Einstufung einer organisatorischen Einheit als militärisch oder paramilitärisch ist, dass die betreffenden Kräfte der direkten Führung durch die Regierung unterstehen und bewaffnet, uniformiert und kaserniert sind.

Da sich der relative Militarisierungsgrad einer Gesellschaft jedoch nicht allein an der Stärke der aktiven Streitkräfte messen lässt, wird als zweiter Indikator der prozentuale Anteil der Reservetruppen an der Gesamtbevölkerung erfasst. Dieser Faktor ist deshalb wichtig, weil einige Länder, wie zum Beispiel die

Schweiz, nur eine vergleichsweise kleine stehende Armee unterhalten und die Zahl der in dieser Gesellschaft verfügbaren Reservekräfte dafür möglicherweise umso größer ist.

Der dritte Indikator stellt die Gesamtzahl militärischer und paramilitärischer Kräfte eines Landes der Zahl seiner Ärzte gegenüber. Dabei betrachtet der GMI nicht nur die Gesamtdichte der Soldaten (oder Reservisten) in der Bevölkerung, sondern untersucht darüber hinaus auch das Verhältnis zwischen militärischen und nicht militärischen Fähigkeiten innerhalb einer Gesellschaft, was hier als Verhältnis zwischen militärischem und (nicht militärischem) medizinischem Expertentum ausgedrückt wird.

Alle Daten zu militärischem und paramilitärischem Personal und Reservisten wurden anhand der Angaben in *Military Balance 2008*, einer Publikation des Internationalen Instituts für Strategische Studien (IISS) in London, zusammengestellt. Die Bevölkerungszahlen wurden dem aktuellen Bericht der Vereinten Natio-

Tabelle 1: GMI-Indikatoren und -Gewichtungsfaktoren

Kategorie	Indikator	GMI-Gewichtungsfaktor
Ausgaben	Militärausgaben als Anteil am BIP	5
	Militärausgaben im Verhältnis zu Ausgaben für den Gesundheitsbereich	3
Personal	Militärisches und paramilitärisches Personal im Verhältnis zur Bevölkerungszahl	4
	Reservisten im Verhältnis zur Bevölkerungszahl	2
	Militärisches und paramilitärisches Personal im Verhältnis zur Zahl der Ärzte	2
Waffen	Schwere Waffen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl	4



nen – dem *Population and Vital Statistics Report* – entnommen, die Daten zur Zahl der Ärzte stammen von der Weltgesundheitsorganisation.

Militärwaffen: Wie viele gepanzerte Fahrzeuge, Artillerie, Kampfflugzeuge und Großkampfschiffe?

Schließlich lässt sich der Grad der Militarisierung auch durch die Menge an schweren Waffen ausdrücken, die den Streitkräften eines Landes zur Verfügung stehen. Einfach gesagt: zum Militärapparat gehören nicht nur Ressourcen und Personal, sondern auch bestimmtes Kriegsgerät. Der GMI berücksichtigt deshalb die Zahl der verfügbaren schweren Waffen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung. Als schwere Waffen werden hier alle militärischen Rüstungsgegenstände bezeichnet, die in eine der folgenden vier Kategorien eingestuft werden können: gepanzerte Fahrzeuge (Mannschaftstransportwagen, leichte Panzer, Kampfpanzer), Artillerie (Mehrfachraketenwerfer, selbst fahrende Geschütze, gezogene Geschütze) mit einem Kaliber von mehr als 100 mm, Kampfflugzeuge (Kampfhubschrauber, Starrflügel-Jagdflugzeuge) sowie Großkampfschiffe (U-Boote, Überwasserkampfschiffe von mehr als Korvettengröße).

Die Daten zu den Waffenbeständen wurden vom BICC aus verschiedenen Quellen zusammengetragen, in erster Linie aus der *Military Balance* des IISS. Länderspezifische Daten zur Zahl der kleinen und leichten Waffen (SALW) sind extrem schwierig zu bekommen und meist wenig verlässlich. Aus diesem Grunde wurden diese Waffen nicht in den Index aufgenommen.

Der GMI als Hilfsmittel für die Erstellung politikrelevanter Länderbewertungen

Es sollte bedacht werden, dass der GMI keine Aussage zu Konflikten in einem Land oder zum allgemeinen Entwicklungsstand macht, wie dies beispielsweise der Globale Friedensindex von *Vision of Humanity* oder der Index menschlicher Entwicklung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) tun. Auch der Gesamtgrad der Militarisierung einer Gesellschaft, für den die relative Verbreitung von kleinen und leichten Waffen in der gesamten Bevölkerung ein wichtiger Indikator sein könnte, wird

nicht berücksichtigt. Doch gerade diese Beschränkung des GMI-Fokus auf die Streitkräfte des Staates trägt zum potenziellen Nutzen bei. Denn dadurch kann der GMI zum Ausloten möglicher Wechselbeziehungen zwischen dem Grad der Militarisierung eines Staates und beispielsweise der Art seines politischen Systems, der Intensität eines gewaltförmigen Konflikts und dem Entwicklungsstand verwendet werden

Im Gegensatz zu vielen anderen Indizes – wie dem Korruptionswahrnehmungsindex von *Transparency International*, dem *Bertelsmann Transformation Index* oder den *Good Governance*-Indikatoren der Weltbank – stellt der GMI kein normatives Länder-Ranking dar. Das bedeutet, dass ein vergleichsweise hoher Militarisierungsgrad nicht zwangsläufig „schlecht“ sein muss. So platziert das GMI-Ranking Israel zwar beispielsweise an dritthöchster Stelle, doch können die relativ umfangreichen finanziellen und personellen Ressourcen, die Israel für seinen Militärsektor einsetzt, angesichts der Bedrohung, mit der sich das Land konfrontiert sieht, durchaus als gerechtfertigt und notwendig angesehen werden.

Umgekehrt könnte ein zu geringer Militarisierungsgrad ebenfalls höchst problematisch sein. Wie der GMI deutlich macht, gehören viele Staaten, die niedrig eingestuft werden, zu den so genannten schwachen oder fragilen Staaten, die nicht willens oder in der Lage sind, das staatliche Gewaltmonopol auf ihrem Hoheitsgebiet durchzusetzen und aufrechtzuerhalten. Ein schwacher öffentlicher Sicherheitssektor kann durchaus dazu führen, dass nichtstaatliche bewaffnete Gruppen ihre wirtschaftlichen Ziele mit Waffengewalt verfolgen oder sogar den Führungsanspruch der Regierung offen in Frage stellen und politische Macht für sich einfordern. Tatsächlich gibt es Anzeichen dafür, dass in etlichen Ländern mit einer niedrigen GMI-Einstufung ein hohes Maß an interner Unruhe und Gewalt herrscht.

Also ist die Militarisierung an und für sich weder „gut“ noch „schlecht“. Dennoch kann eine hohe GMI-Einstufung natürlich auf schwere Unzulänglichkeiten in der Regierungsführung hinweisen. Ein Beispiel dafür ist Eritrea, das nach Maßgabe aller Kriterien das am stärksten militariserte Land der Welt ist und mehr als 20 Prozent seines BIP für die Streitkräfte aufwendet –

„Tatsächlich gibt es Anzeichen dafür, dass in etlichen Ländern mit einer niedrigen GMI-Einstufung ein hohes Maß an interner Unruhe und Gewalt herrscht.“

im Vergleich zu lediglich 3,7 Prozent für die öffentliche Gesundheitsversorgung. Angesichts der extremen Armut Eritreas, die sich im geringen Niveau der menschlichen Entwicklung widerspiegelt, ist dieses Missverhältnis zwischen Militär- und Sozialausgaben als höchst problematisch anzusehen. Mittel, die jetzt dem eritreischen Verteidigungssektor zur Verfügung stehen, müssten dringend in andere Bereiche umgelenkt werden. Das würde nicht nur eine deutliche Verbesserung der allgemeinen Lebensverhältnisse der Bevölkerung bringen, sondern auch zu einer Deeskalation im gefährlichen Wettrüsten zwischen Eritrea und Äthiopien beitragen, das nach wie vor

mitverantwortlich ist für das hohe Maß regionaler Instabilität am Horn von Afrika.

In diesem Sinne wünschen wir uns, dass sich der GMI – in Kombination mit anderen Indizes und länderspezifischen Informationen – als ein wertvolles Hilfsmittel für die Erstellung politikrelevanter Länderbewertungen ebenso wie für die weitere Forschung auf dem Gebiet des Sicherheits-Governance erweisen möge.

Marc von Boemcken

Der Globale Militarisierungsindex (GMI)

Nr.	Land	Index
1	Eritrea (2003)	1000
2	Syrien	877
3	Israel	837
4	Singapur	768
5	Jordanien	705
6	Oman	704
7	Kuwait	664
8	Saudi-Arabien	637
9	Bahrain	623
10	Südkorea	619
11	Brunei	617
12	Libanon	616
13	Russische Föderation	613
14	Taiwan	612
15	Angola	597
16	Bulgarien	591
17	Griechenland	588
18	Belarus	569
19	Dschibuti (2002)	561

Nr.	Land	Index
20	Algerien	558
21	Aserbaidshan	549
22	Burundi	537
23	Ägypten	526
24	Marokko	525
25	Libyen	524
	Zypern (2006)	524
27	Vereinigte Arabische Emirate (2005)	517
28	Mazedonien	507
29	Chile	504
30	Iran	497
31	Guinea-Bissau (2005)	493
32	Mauretanien (2006)	492
33	Georgien	488
34	Ukraine	484
35	Armenien	478
36	Namibia	474
37	Kroatien	471

Nr.	Land	Index
38	USA	468
	Türkei	468
40	Finnland	467
41	Sri Lanka	457
	Jemen	457
	Pakistan	457
44	Ecuador	456
45	Mongolei (2006)	444
46	Montenegro	442
47	Botswana	437
48	Kolumbien	434
49	Laos PR (2001)	429
50	Malaysia	428
51	Rumänien	425
	Portugal	425
53	Kirgisistan	417
54	Dänemark	408
55	Estland	404
56	Fidschi	403
57	Thailand	401
58	Serbien	398
59	Polen	394
60	Slowenien	393
61	Sudan (2005)	392
62	Seychellen	385
63	Peru	382
64	Kambodscha	381
65	Italien	378
	Norwegen	378
	Großbritannien und Nordirland	378
68	Frankreich	375
69	Litauen	370
70	Albanien	367
71	Tonga	362

Nr.	Land	Index
72	Ungarn	357
73	Litauen	348
74	Schweden	347
75	Slowakei	344
76	Kongo (Republik Kongo) (2006)	341
77	Spanien	337
78	Österreich	335
79	Kasachstan	332
80	Schweiz	330
81	Gabun	327
82	China	323
83	Australien	321
84	Indien	315
85	Ruanda	310
	Afghanistan	310
87	Brasilien	309
	Simbabwe (2006)	309
89	Uruguay	305
90	Niederlande	304
91	Bolivien	303
92	Tunesien (2006)	300
93	Tschechische Republik	297
94	Deutschland	292
95	Indonesien	290
96	Sierra Leone	288
97	Lesotho	287
98	Äthiopien	280
99	Bosnien und Herzegowina	271
100	Tschad	270
101	Kanada	269
102	Swaziland (2004)	266
103	Guinea (2004)	259
104	Togo (2005)	256
	Südafrika	256

Nr.	Land	Index
106	Uganda	252
107	Mali	250
108	Belgien	246
109	Paraguay	245
110	Kongo (Demokratische Republik Kongo)	239
111	Nepal	234
112	Bahamas	228
113	Senegal	227
114	Barbados (2006)	224
115	El Salvador	214
116	Tansania	207
	Malta	207
118	Honduras	205
119	Nicaragua	203
120	Moldau (Republik Moldau)	202
	Venezuela	202
122	Luxemburg	200
123	Japan	198
124	Elfenbeinküste	196
125	Kamerun	195
126	Neuseeland	192
127	Guatemala	189
128	Burkina Faso	186
129	Dominikanische Republik	181
130	Bangladesch (2006)	180
131	Sambia	179
132	Zentralafrikanische Republik (2005)	176
133	Philippinen	167
	Benin (2006)	167
135	Kenia	166
136	Panama (2000)	164
137	Argentinien	154
138	Irland	153

Nr.	Land	Index
139	Kap Verde	148
140	Mosambik	146
141	Madagaskar	139
142	Mexiko	106
143	Jamaika	96
144	Niger (2005)	95
145	Nigeria	91
146	Ghana	81
147	Malawi	52
148	Liberia	33
149	Gambia (2005)	16
	Papua-Neuguinea	16
151	Mauritius	0

Der Wert in Klammern bezeichnet das letzte Jahr, für das Angaben für Militärausgaben gemacht werden können. Wo keine Angabe ist, beziehen sich die Ausgaben auf das Jahr 2007.





Projektberichte

Reintegration von Guerillas und Paramilitärs in Kolumbien: Überwachung und Evaluierung des Fortschritts

Die Reintegration von Kämpferinnen und Kämpfern ist selbst unter normalen Umständen keine einfache Aufgabe, während eines anhaltenden Konflikts ist sie jedoch besonders schwierig. Das Büro des Hohen Kommissars für die Reintegration (*Alta Consejería para la Reintegración*, ACR) wurde im Jahr 2006 gegründet, um diesen Prozess in Kolumbien zu überwachen. Derzeit begleitet das ACR ca. 31.200 Exkombattantinnen und Exkombattanten sowie ihre Familienangehörigen beim schwierigen Weg zurück in das Zivilleben. Das BICC berät das ACR im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Gesucht wird ein Weg, den Reintegrationsprozess zu überwachen und zu evaluieren.

Die Reintegration in Kolumbien richtet sich heute hauptsächlich an tausende ehemalige paramilitärische Kämpfer der rechtsgerichteten „Vereinigten Bürgerwehren Kolumbiens“ (*Autodefensas Unidas de Colombia*, AUC), die neben den linksgerichteten Guerillagruppen ein Hauptakteur im kolumbianischen Bürgerkrieg waren. Diese paramilitärischen Gruppen hatten ein sehr kontroverses Verhältnis zur kolumbianischen Regierung. Ursprünglich hatten sie den Sieg über die Guerilla als gemeinsames Ziel vor Augen, weshalb sie vom Sicherheitsapparat der Regierung geduldet wurden. Später wurde diese Beziehung immer problematischer, da die AUC brutal die Bevölkerung terrorisierte, gegen Menschenrechte verstieß, Land beschlagnahmte und Kokainpaste schmuggelte. Dies alles diente der Bereicherung ihrer Anführer und der Finanzierung des bewaffneten Kampfes. Die Regierung kam so in eine widersprüchliche Situation, denn sie konnte nicht einerseits offen die Beteiligung der Paramilitärs am Drogenhandel tolerieren und sich andererseits an die Seite der USA in ihrem Kampf dagegen stellen.

Die Waffenstillstandserklärung durch den Führer der AUC Carlos Castana 2004 war ein wichtiger Erfolg im Kampf gegen die Paramilitärs. Diese Waffenruhe warf jedoch neue Fragen auf: Wie kann man sicherstellen, dass ehemalige Paramilitärs in eine Gesellschaft integriert werden, die sich nicht mehr im Krieg befindet? Diese Herausforderung führte schließlich zur Gründung des Hochkommissariats für Reintegration.

Psychosoziale Entwicklung und berufliche Weiterbildung

Auch wenn der Entwaffnungsprozess keineswegs reibungslos ablief, konnte dennoch ein großer Anteil der Paramilitärs erfolgreich entwaffnet und demobilisiert werden. Dies war jedoch nur der erste Schritt zur Integration ehemaliger Kombattanten als nützliche Mitglieder in die Gesellschaft.

Das ACR hat seit seiner Gründung eine ganze Reihe von Zentren im Land eröffnet, in denen ehemalige Kombattanten sowohl psychosoziale Unterstützung als auch Hilfe bei ihrer beruflichen Reintegration erhalten oder Weiterbildungsmaßnahmen beantragen können. Die Leistungen des ACR sollen dafür sorgen, dass ehemalige Kämpfer in ihrer psychosozialen Entwicklung fortschreiten und schließlich in der Lage sind, ihren eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten. So etwas erfolgreich durchzuführen, ist jedoch weit schwerer als es zu planen.

Im Bereich von Weiterbildung und Training ist z.B. eine große Frage, inwieweit sich Erwartungen mit den realen Möglichkeiten decken. Einzelne Personen investieren viel Zeit und ihre Enttäuschung ist nicht verwunderlich, wenn eine Weiterbildung nicht sofort zu einer verlässlichen Arbeitsstelle führt. Obwohl das ACR ständig versucht, die Chancen einer Einstellung von Exkombattanten zu erhöhen, ziehen Arbeitgeber wie zu erwarten Bewerber vor, die eine rein zivile Laufbahn vorweisen können. Auch die Entscheidung, als Selbständiger zu arbeiten, ist oft nicht so lukrativ wie erwartet. Die Ausgleichszahlung, die Teilnehmer einer Maßnahme erhalten, muss nicht unbedingt bewirken, dass sie diese auch für sich persönlich für sinnvoll und nützlich erachten – vom direkten finanziellen Vorteil einmal abgesehen.

Im Großen und Ganzen sind Reintegrationsmaßnahmen des ACR zweifellos gut gemeint und vielfältig. Dennoch bleibt es unklar, wie die Behörde ihre Unterstützung und ihren Einfluss messen kann. So ist z.B. die Frage, wie viele Partner und Kinder von Exkombattanten mit Bildungsangeboten versorgt werden, nur sehr schwer zu beantworten. Mit den derzeit verfügbaren Daten wäre es jedenfalls unmöglich herauszufinden,



wie Teilnehmer die Unterstützung im Rahmen ihrer Wiedereingliederung oder ihre Reintegration an sich empfinden.

Die Zusammenarbeit mit dem Hochkommissariat

Die Reintegration von Kombattanten und das Messen ihres Erfolgs oder Misserfolgs ist also eine gewaltige Aufgabe. Im Auftrag der deutschen Bundesregierung hat das BICC das Hochkommissariat dahingehend beraten, wie es ein System einrichten kann, mit dessen Hilfe nicht nur der Fortschritt des Einzelnen gemessen werden kann, sondern auch wie die Wahrnehmung des Erfolgs der Dienstleistungen oder Aktivitäten des ACR ist.

Das Vorhaben verfolgt drei Hauptziele. Zum ersten soll ein System zur Datenverwaltung genutzt werden, mit dessen Hilfe man den Fortschritt jedes Einzelnen, der dem Wiedereingliederungsprozess zugeführt wird, überwachen kann. Dies schließt die Erkenntnisse darüber ein, welche Leistungen die Person erhalten und an welchen Aktivitäten sie teilgenommen hat, und wie ihr Fortschritt auf der Grundlage der vom ACR definierten Wiedereingliederungsphasen zu bewerten ist.

Zum zweiten soll die Möglichkeit geschaffen werden zu messen, wie die Teilnehmer, ihre Familien und Gemeinschaften die Maßnahmen wahrnehmen. Um das zu erreichen, müssen eine Reihe von anonymen Umfragen zu deren Wahrnehmung durchgeführt werden. Dabei muss sichergestellt werden, dass alle beteiligten ehemaligen Kämpfer befragt werden und ihre Anonymität gewahrt bleibt, d.h. die Antworten keinem Teilnehmer zuordenbar sind. Nur so können Daten generiert werden, die verlässlich und genau sind, und dann dazu verwendet werden können, den gefühlten Einfluss der Leistungen und Aktivitäten festzustellen.

Zum dritten sollen statistische Daten schnell und verlässlich abruf- und analysierbar gemacht werden. Dies ermöglicht dem Hochkommissariat die Zahl derjenigen zu ermitteln, die irgendwann einmal einen Reintegrationsservice in Anspruch genommen oder an einer Aktivität teilgenommen haben. Mittels dieser Daten kann untersucht werden, welche Aktivitäten

mehr oder weniger erfolgreich für die Unterstützung der Reintegration von ehemaligen Kombattanten sind.

Bis jetzt ist der Fortschritt bei der gemeinsamen Entwicklung des Systems sehr ermutigend. Derzeit liefert das BICC dem Hochkommissariat die nötigen Hilfsmittel und Unterstützung, damit es den neuen Überwachungs- und Bewertungsmechanismus in seinen täglichen Arbeitsablauf integrieren kann. Die Pilotphase des Projekts begann im November 2008, sein Abschluss ist bis Ende 2010 vorgesehen.

Dr. Ananda S. Millard

Projekttitle:	Die Beratung des Hochkommissariats für Wiedereingliederung in Kolumbien
Laufzeit:	Seit Juni 2008
Gefördert durch:	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)
Projektleitung:	Wolf-Christian Paes
Projektkoordination:	Dr. Ananda S. Millard
Projektmitarbeit:	Nathalie Gendre
Publikationen:	s. Publikationsliste

Kriegsvergewaltigung und Nachkonfliktforschung in El Salvador und Bosnien-Herzegowina

Sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten ist weit verbreitet. Beispiele aus den letzten zehn Jahren zeigen, dass sie in Kriegen oft verschwiegen und danach gewissermaßen akzeptiert und nicht verfolgt wird. In anderen Fällen wurde sexuelle Gewalt absichtlich und systematisch als Methode zur Kriegsführung eingesetzt. Von November 2008 bis April 2009 hat das BICC eine Studie über die Folgen von Kriegsvergewaltigung in der Nachkonfliktzeit durchgeführt. Das vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geförderte Projekt untersuchte Fälle in El Salvador und Bosnien-Herzegowina.

Kriegsvergewaltigung ist kein neues Phänomen und hat vielfältige Erscheinungsformen. Manchmal sind Vergewaltigungen bewusster Bestandteil der Kriegsführung, manchmal geschehen sie, wenn sich eine Gelegenheit dazu bietet. Manchmal sind Zivilistinnen und Zivilisten die Opfer, manchmal auch Militärangehörige – sei es der gegnerischen oder auch der eigenen Truppe.

Mit Kriegsvergewaltigungen befassen sich die Statuten von Rom (1998) und die einstimmig verabschiedete UN Resolution 1820 vom Juni 2008, die einen sofortigen Stopp jeglicher sexueller Gewalt gegen Zivilistinnen und Zivilisten in bewaffneten Konflikten fordert. Der Schutz von Frauen in Kampfverbänden wird dort jedoch nicht explizit behandelt.

Wie Vergewaltigungen begangen werden – durch wen, auf welche Weise und wer das Opfer ist – kann keineswegs verallgemeinert werden. Weder verfolgen Kriegsvergewaltigungen immer die gleichen Zwecke noch haben sie die gleichen Auswirkungen auf die Nachkonfliktzeit. Um dieses Phänomen besser zu verstehen, müssen erst die verschiedenen Arten von Kriegsvergewaltigung identifiziert und ihre Folgen untersucht werden.

Wissenschaftliche Untersuchungen zu Vergewaltigungsfolgen in der Nachkriegszeit

Von November 2008 bis April 2009 hat das BICC eine Studie über die Folgen von Kriegsvergewaltigung nach der Beendigung der Kampfhandlungen durchgeführt. Das Forschungsvorhaben wollte eine „Typologie“ von Kriegsvergewaltigung durch bewaffnete

„Seit ich sieben Jahre alt war, war ich immer in der Guerilla-Bewegung aktiv. Mit etwa 14 wurde ich von der Armee gefangen genommen und vergewaltigt. Ich sah nie, wer mich vergewaltigt hat; man hat mir die Augen verbunden und ich musste mich nackt ausziehen – während meiner ganzen Gefangenschaft. So lernte ich, dass man mich sexuell benutzen konnte. Bevor sie mich freiließen musste ich schwören, dass ich keinem etwas über die Vergewaltigung erzähle. Sie drohten, dass sie meine Mutter und meine Schwester töten würden, wenn ich ihre Befehle missachte. (...)“

Als ich dann zu den Guerillas zurückkam, sagte ich nicht, dass ich vergewaltigt worden war, aber sie wussten, was der Gegner mit gefangenen Frauen tat. Sie glaubten mir nicht und hatten Angst, dass ich der Opposition etwas verraten hätte. (...) Dann (...) steckte der Anführer der Guerillas seine Finger in meine Scheide um nachzuprüfen, ob ich die Wahrheit gesagt hatte. Es war wie eine zweite Vergewaltigung (...). Es war eine der Unmenschlichkeiten, die sie damals Frauen antaten.

Nachdem ich zu den Guerillas zurückkam hatte ich einen Freund, (...) so dass die Leute dachten, dass ich meine Jungfräulichkeit an ihn verloren hatte. Er starb bald darauf und, obwohl mich sein Tod traurig machte, war damals ein Teil von mir dankbar, dass er mein Geheimnis mit ins Grab genommen hat. (...)“

Ich hatte gelogen, weil ich Angst hatte und mich (für das was mir angetan worden war) schämte. Von 1987 bis 2005 verbarg ich mein Geheimnis vor allen. Dann, 2005, war ich in einem Raum, der mit Frauen gefüllt war, die ähnliche Geschichten erzählten, und zum ersten Mal habe ich meine erzählt. (...)“

Es fühlte sich an, als ob eine riesige Last von mir abfiel (...). Ich habe die Kontrolle über meine eigene Geschichte übernommen.“

Aus einem Interview mit Cayatana dal Transito Lopez Ascancio von Elvan Isikozlu und Ananda S. Millard, San Salvador, El Salvador, 6. Februar 2009.



Gruppen entwickeln. Berücksichtigt wurden dazu die Charakteristika der Vergewaltigungsoffer und der Täter sowie Tätermotivationen und die Art der Vergewaltigung.

Zum zweiten wurde nach den Folgen jeder Art von Kriegsvergewaltigungen gefragt. Welche Konsequenzen haben sie für die Opfer, für ihre persönliche, politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung nach dem Konflikt sowie für ihre Gemeinschaften?

Zum dritten sollte die Studie Forschungsergebnisse erzielen, die die Entwicklungspolitik in ihrer Anlage und Schwerpunktsetzung unterstützen. Sie soll helfen Programme zu entwickeln, die auf den Nachkriegsbedürfnissen von Frauen und Männern basieren, die während des Krieges Vergewaltigungsoffer wurden.

Fallstudien aus El Salvador und Bosnien-Herzegowina

Das Projekt beschäftigte sich mit Kriegsvergewaltigungen El Salvador und Bosnien-Herzegowina. Diese Länder wurden exemplarisch ausgesucht, weil in beiden Ländern mindestens ein besonderer Typ der Kriegsvergewaltigung durch eine bewaffnete Gruppe begangen worden ist.

Während des Bürgerkriegs in El Salvador wurden Mitglieder einer Partei durch Vertreter der gegnerischen Gruppierung aber auch weibliche Guerillamitglieder durch ihre männlichen Mitkämpfer vergewaltigt. Im Krieg in Bosnien-Herzegowina wiederum vergewaltigten meistens männliche Soldaten Zivilistinnen und Zivilisten einer anderen Ethnie. Art und Motivation für die Vergewaltigungen war in beiden Kriegen unterschiedlich.

Gemeinsam ist, dass in beiden Ländern die Konflikte mehr als zehn Jahre zurück liegen. Dies bietet eine angemessene Zeitspanne für die Untersuchung der langfristigen Folgen und Auswirkungen von Kriegsvergewaltigungen auf die politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung von Vergewaltigungsoffern wie ihren Gemeinschaften.

In Bosnien-Herzegowina wurde Kriegsvergewaltigung besser dokumentiert als in El Salvador. Dort stand das Projekt vor der Aufgabe, verschiedene, teilweise wenig bekannte Typen von Kriegsvergewaltigungen

zu untersuchen. Die Analyse von Primär- und Sekundärquellen sollte helfen, das schreckliche Phänomen Kriegsvergewaltigung besser zu verstehen.

Forschungsfragen zur besseren Unterstützung der Opfer

Jede Vergewaltigung ist eine schwere Verletzung der Menschenrechte und des Völkerrechts. Dennoch sollte man nicht den Fehler begehen, die Auswirkungen undifferenziert zu betrachten. Diese Studie zeigt die Notwendigkeit, die Art der Kriegsvergewaltigung zu untersuchen, um die Vergewaltigungsoffer besser und gezielter unterstützen zu können.

Sie hat auch eine Reihe von neuen Perspektiven eröffnet, die wichtige politische Auswirkungen haben. So ist z.B. mehr Forschungsarbeit nötig, um das Verhältnis zwischen Vergewaltigung im Krieg und im Frieden zu untersuchen. Eine andere Frage ist, wie die Geschlechter (*Gender*) und Sexualität im Krieg betrachtet werden und wie dies die Geschlechterrollen in der Nachkriegsperiode beeinflusst. Auch sollte erforscht werden, wie die Entwicklung der Gemeinschaft dadurch beeinflusst wird, dass Vergewaltigungsoffer angeprangert, schikaniert und isoliert werden.

Das BICC will auch weiterhin an diesen und weiteren Forschungsschwerpunkten im Bereich Kriegsvergewaltigung arbeiten. Nur durch ein besseres Verständnis dieses Phänomens kann man hoffen, seine zerstörerische Hinterlassenschaft in Nachkriegsgesellschaften zu bewältigen und solche Grausamkeiten in Zukunft zu verhindern.

Elvan Isikozlu

Projekttitle:	Vergewaltigung und Krieg
Laufzeit:	Seit November 2008
Gefördert durch:	Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Projektleitung:	Elvan Isikozlu
Projektmitarbeit:	Dr. Ananda S. Millard
Publikationen:	s. Publikationsliste

Kleinwaffenkontrolle im Gebiet der Großen Seen

Die hohe Verbreitung von kleinen und leichten Waffen im Gebiet der afrikanischen Großen Seen führt immer wieder zu gewaltsamen Konflikten. Das BICC wurde in Zusammenarbeit mit dem belgischen Forschungsinstitut GRIP (*Groupe de recherche et d'information sur la paix et la sécurité*) vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (*United Nations Development Programme – UNDP*) mit der Erstellung einer großangelegten Studie zu Besitz und Proliferation von Kleinwaffen im Kongo beauftragt. Im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) unterstützt das BICC darüber hinaus eine Untersuchung des Sekretariats der Ostafrikanische Gemeinschaft (EAC) zur Kleinwaffensituation in den Mitgliedsländern.

Es scheint eine unendliche Geschichte zu sein: Im Oktober 2008 bedrohen die Rebellen des abtrünnigen Tutsi-Generals Laurent Nkunda die Provinzhauptstadt Goma und überziehen den Osten des Kongos erneut mit einer Welle von Plünderung, Vertreibung und Vergewaltigung. Dabei war erst wenige Monate zuvor – im Januar desselben Jahres – ein lokales Friedensabkommen geschlossen worden, das unter anderem die Entwaffnung jener Hutu-Milizen vorsah, welche Nkunda den Vorwand für seinen Marsch auf Goma gaben. Verantwortlich für die immer wieder aufflammenden Gewaltkonflikte im Gebiet der afrikanischen Großen Seen sind dabei neben dem Reichtum an mineralischen und anderen Ressourcen vor allem die ungehinderte Verbreitung von kleinen und leichten Waffen.

Dabei haben sich eine Reihe von ostafrikanischen Staaten, darunter auch die Demokratische Republik Kongo und ihre Nachbarstaaten Burundi, Tansania und Uganda im Rahmen des „Nairobi Protokolls“ bereits im Mai 2006 auf weitreichende Maßnahmen zur Kontrolle von Waffenhandel und -besitz geeinigt. Unter anderem sieht das Vertragswerk ein Verbot des privaten Besitzes von automatischen und halbautomatischen Waffen, die Registrierung aller Waffen in den Händen von Zivilisten sowie gemeinsame Standards für die Produktion, Lagerung und Rückverfolgung von Kleinwaffen vor. Weiterhin existiert bereits seit 2003 ein vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verhängtes Embargo, das den Import von Waffen und Muni-

tion durch nichtstaatliche bewaffnete Gruppen im Kongo unter Strafe stellt.

Trotz dieser Maßnahmen scheint es im Gebiet der Großen Seen nicht an illegalen Waffen – sowohl in der Hand von Milizen als auch von Zivilisten – zu fehlen. Dass dieses Problem auch jenseits des als Unruheherd bekannten Ostkongos existiert, zeigten zuletzt die schweren Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen in Folge der kenianischen Parlamentswahlen im Dezember 2007, die mehr als 1.000 Todesopfer forderten. Neben traditionellen Waffen – wie etwa Speeren – spielten auch in diesem Konflikt moderne Schusswaffen eine wichtige Rolle. Dabei zeigten sich viele Beobachter verwundert darüber, dass politisch-kriminelle Gruppen wie die Kikuyu-Miliz *Mungiki* über ein großes Arsenal an Waffen zu verfügen scheinen. In der kenianischen Presse wurde darüber berichtet, dass Politiker und Sicherheitskräfte diese Milizen ausrüsten und mit Geld versorgen.

Kleinwaffenstudie im Osten des Kongo

Vor dem Hintergrund der erneut aufgeflammt Kämpfe in Teilen des Kongos wurde das BICC von UNDP mit der Erstellung einer großangelegten Studie zu Besitz und Proliferation von Kleinwaffen im Osten des Kongo beauftragt. Im Rahmen dieses Projekts, das in Zusammenarbeit mit dem belgischen Forschungsinstitut GRIP durchgeführt wird, sollen insgesamt 10.000 repräsentativ ausgewählte Kongolesinnen und Kongolesen über ihre Einstellung zu Schusswaffen befragt werden. Weiterhin sollen insgesamt 50 Zielgruppeninterviews z.B. mit Vertretern von Frauen- und Jugendorganisationen durchgeführt werden.

Im Mittelpunkt der Untersuchungen steht die Hypothese, dass eine nachhaltige Entwaffnung der Zivilbevölkerung nur dann möglich ist, wenn staatliche Kräfte die Sicherheit der Bewohner des Ostkongos glaubwürdig schützen können. Weiterhin wird sich die Studie auch mit der Kleinwaffengesetzgebung, grenzüberschreitenden Transfers und den Auswirkungen der Gewalt auf die wirtschaftliche Entwicklung und die menschliche Sicherheit befassen. Der geographische Schwerpunkt der Studie liegt auf Ituri, Nord- und Südkivu, Maniema und Tanganyika, wobei in allen fünf Regionen jeweils ein eigenes Team von kongolesischen



Mitarbeitern für die Durchführung der Forschung verantwortlich ist. Das Projekt beginnt mit einer Schulungsveranstaltung zur Datenerhebung in Bukavu im April 2009. Es ist vorgesehen, dass die Ergebnisse gegen Ende des Jahres vorgestellt werden können.

Zusammenarbeit mit der Ostafrikanischen Gemeinschaft

Neben den Vertragsstaaten des Nairobi Protokolls engagiert sich seit 2007 auch die neugebildete Ostafrikanische Gemeinschaft (*East African Community, EAC*) bei der Harmonisierung der Kleinwaffengesetzgebung und der Bekämpfung von grenzüberschreitenden Transfers. Die Gemeinschaft mit Sitz im tansanischen Arusha besteht aus den Ländern Burundi, Kenia, Ruanda, Uganda und Tansania und versteht sich primär als Wirtschaftsverbund. Alle Mitgliedstaaten sind in unterschiedlichem Maße von der Verbreitung illegaler Kleinwaffen betroffen, wobei einerseits die anhaltenden Konflikte im Kongo, in Somalia und im Sudan wesentlich zur Ausbreitung des Problems beitragen. Andererseits sind die Häfen von Mombasa und Daressalam wichtige Importhäfen für legale und illegale Güter mit Bestimmungsorten im Gebiet der Großen Seen.

Vor diesem Hintergrund unterstützt das BICC im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) eine Untersuchung des EAC-Sekretariats zur Kleinwaffensituation in den Mitgliedsländern. Im Rahmen dieser Studie werden von lokalen Forschungsteams insgesamt fünf Länderberichte anhand von einheitlichen Kriterien zu den Themenfeldern Gesetzgebung, Produktion, Besitz, Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung und menschliche Sicherheit erstellt. Zusammen mit einer Übersicht über die überregionalen Entwicklungen – z.B. dem Schmuggel von Waffen aus den Nachbarstaaten der EAC – sollen diese nationalen Berichte auf einem EAC Gipfel vorgestellt und beraten werden, um die Entwicklung von gemeinsamen Anstrengungen zur Bekämpfung des Kleinwaffenproblems zu ermöglichen.

Wolf-Christian Paes

Projekttitel:	Kleinwaffen-Survey in der Demokratischen Republik Kongo / Beratungsaufträge im Bereich SALW
Laufzeit:	Seit September 2008
Gefördert durch:	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ).
Projektkoordination:	Wolf-Christian Paes
Projektmitarbeit:	Lena Guesnet, Dr. Ananda S. Millard und Elvan Isikozlu
Publikationen:	s. Publikationsliste

Ein Handbuch für Praxis und Ausbildung zur Kleinwaffenkontrolle

Ein Gemeinschaftsprojekt des Kofi-Annan-Ausbildungszentrums für internationale Friedensmissionen (*Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre, KAIPTC*), der ECOWAS-Arbeitsgruppe Kleinwaffen, der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und des BICC hat ein Handbuch zur Kleinwaffenkontrolle erarbeitet. Es bietet praktische Unterstützung für zivilgesellschaftliche Akteure und Organisationen, die in diesem Feld aktiv sind.

Die ECOWAS (*Economic Community of West African States*) ist seit langem mit den katastrophalen Folgen einer unkontrollierten, illegalen Verbreitung von Kleinwaffen in Westafrika konfrontiert. Aus der Erkenntnis heraus, dass zur Eindämmung der Bedrohung durch diese Waffen ein konkreteres Vorgehen erforderlich ist, wurde am 14. Juni 2006 das „ECOWAS-Übereinkommen über Kleinwaffen und leichte Waffen, ihre Munition und ähnliches Material“ geschlossen.

Dieses Übereinkommen ist ein rechtsverbindliches Instrument, das den Rahmen für die wirksame Einschränkung von Kleinwaffen samt Munition und anderem Material in Westafrika absteckt. Nach seiner Unterzeichnung wurde für einen Zeitraum von fünf Jahren das Kleinwaffenprogramm ECOSAP (*ECOWAS – Small Arms Programme*) aufgelegt, um die Kapazität zur umfassenden Umsetzung des Vertragswerks in den Mitgliedstaaten aufzubauen.

Ein Handbuch zur Unterstützung der Kleinwaffenkontrolle

Die Idee des Handbuchs entstand als Ergebnis eines Gemeinschaftsprojekts von KAIPTC, der ECOWAS-Arbeitsgruppe Kleinwaffen, der GTZ und des BICC. Es soll Menschen und Kommunen in Westafrika die nötigen Fähigkeiten vermitteln, um die unkontrollierte Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen (*Small Arms and Light Weapons – SALW*) mit ihren verheerenden Folgen in den Griff zu bekommen. Es ist als grundlegende Einführung in die Thematik für diejenigen gedacht, die noch keine Erfahrung mit der Kleinwaffenbekämpfung haben, und soll bereits versierten Akteuren zum Nachlesen und Auffrischen ihrer Kenntnisse

dienen. Ermöglicht wurde diese Publikation durch die finanzielle Unterstützung aus einem Projekt der GTZ im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Eine wertvolle fachliche Überprüfung erhielt das Handbuch im April 2008 bei einem Expertenworkshop am KAIPTC im ghanaischen Accra, an dem Vertreter von ECOWAS, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Behörden der Staaten Westafrikas und weiterer Länder teilnahmen.

Das Handbuch hat modularen Charakter. Jedes der acht großen Kapitel kann wie bei einem Nachschlagewerk auch für sich allein stehen.

Es bietet zunächst eine Einführung in die Thematik und fragt ganz grundsätzlich: „Was ist Kleinwaffenkontrolle?“ Untermauert wird dies durch einen Überblick über internationale Vereinbarungen zur Kleinwaffenkontrolle wie das UN-Schusswaffenprotokoll, das UN-Aktionsprogramm zum unerlaubten Kleinwaffenhandel und das ECOWAS-Übereinkommen.

Das Kapitel „Kleinwaffen in Westafrika“ beleuchtet Zusammenhänge mit Drogen, Ethnizität und einheimischer handwerklicher Schusswaffenherstellung. Der Abschnitt „Zivilgesellschaft und Kleinwaffen“ hinterfragt die Kooperation mit der Regierung, das Verhältnis zu den Sicherheitskräften sowie die Organisation und das Management der Zivilgesellschaft. Er fordert eine Stärkung des öffentlichen Bewusstseins und bezieht auch die Medien mit ein. Vorgestellt wird die Teilnahme an Aktionen zum Einsammeln von Waffen. Eine wichtige politische Dimension hat auch das Kapitel „Der SALW – DD&R – SSR – CIMIC – Zusammenhang“, in dem es um Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration (DD&R), die Sicherheitssektorreform (SSR) und die Zivil-militärische Zusammenarbeit (CIMIC) geht.

Schließlich befürwortet das Handbuch mehr Forschung zu Kleinwaffen. Jedes der Kapitel hat einen Anhang, in dem weitere nützliche Quellen und eine ausgewählte Bibliografie enthalten sind.



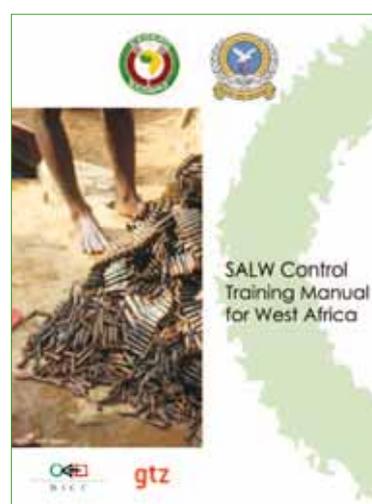
Training und Kapazitätenaufbau

Die primäre Zielgruppe der Publikation sind zivilgesellschaftliche Akteure und Organisationen, die in der Kleinwaffenkontrolle aktiv sind. Bei dem Expertenworkshop stellte sich jedoch heraus, wie wichtig der Kapazitätenaufbau und die Schaffung von Vertrauen und Zuversicht zwischen allen Schlüsselakteuren in diesem Bereich sind. So behandeln manche Kapitel ausdrücklich die Interaktion zwischen Zivilgesellschaft, Angehörigen der Sicherheitskräfte und Behörden bei der Eindämmung von Kleinwaffen und zeigen Ansatz- und Einstiegspunkte für eine bessere Koordination und Kooperation auf.

Das Handbuch soll also nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Werkzeug für den Kapazitätenaufbau im Bereich der Kleinwaffenbekämpfung in Westafrika dienen. Um entsprechende Ausbildungs- und Lernprozesse zu erleichtern und zu fördern, enthält jedes Kapitel einige zusätzliche Hilfsmittel. So bekommt der Leser zum Beispiel Merkhilfen, Hinweise auf weitere Quellen, Tabellen und Checklisten an die Hand, die das Verständnis verbessern und bei der Planung von Aktionen helfen können. Separat werden Fallbeispiele der Kleinwaffenkontrolle aus verschiedenen westafrikanischen Staaten vorgestellt. Und schließlich werden Tipps für Ausbilder gegeben, die bei der thematischen Strukturierung oder Durchführung anstehender Themen bzw. Aufgaben hilfreich sein können.

Das Ergebnis ist ein sehr praxisorientiertes, adaptierbares und flexibles Handbuch zur Kleinwaffenkontrolle für Akteure in Forschung und Praxis ebenso wie die politischen Entscheidungsträger in Westafrika.

Dr. Michael Ashkenazi / Elvan Isikozlu



Projekttitle:	Förderung von Entwicklung und Umsetzung eines zivilen SALW-Trainingsprogramms in Westafrika
Laufzeit:	Bis September 2008
Gefördert durch:	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre (KA IPTC)
Koordination:	Dr. Volker Franke
Projektleitung:	Dr. Michael Ashkenazi
Projektmitarbeit:	Elvan Isikozlu, Helen Radecke
Publikationen:	s. Publikationsliste

Neue Chancen für einen Kompromiss im Atomstreit mit dem Iran?

Am 4. Dezember 2008 luden das BICC und die Deutsche Welle zur halbtägigen Konferenz „Nach den US-Wahlen: Neue Chancen für einen Kompromiss im Atomstreit mit dem Iran?“ ein. Internationale Experten aus den USA, dem Iran, Schweden und Deutschland diskutierten in der Deutschen Welle zur Interdependenz von internationaler Politik und der inneren Entwicklung des Irans.

Die bisherige Politik des Westens gegenüber dem Iran steckte Ende 2008 in der Sackgasse. Eine Lösung des Streits um das iranische Atomprogramm war trotz mehrerer UN- und EU-Sanktionsrunden nicht in Sicht. Wenige Wochen nach den US-Wahlen analysierte eine internationale Konferenz, inwieweit militärische Drohungen, Sanktionen sowie Vorbedingungen für Verhandlungen, wie sie die sechs Staaten (Frankreich, Großbritannien, Deutschland, China, Russland und USA) vom Iran verlangen, eine friedliche Konfliktlösung erleichtern oder erschweren.

Von besonderem Interesse war dabei zum einen die Frage, welche neuen Akzente von Präsident Obama zu erwarten sind. Zum anderen wurden aber auch die oft wenig beachteten Auswirkungen westlicher Politik auf die wirtschaftliche Entwicklung und die politischen Kräfteverhältnisse innerhalb des Irans beleuchtet, wo am 12. Juni 2009 ein neuer Präsident gewählt werden soll.

Internationale Experten diskutierten in Bonn

Das BICC und die Deutsche Welle hatten fünf Podiumsteilnehmer eingeladen, deren Expertise und Hintergrund eine vielfältige Behandlung des Themas versprachen. Dr. Hans Blix, Stockholm, ist der ehemalige Direktor der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien und heute Vorsitzender der *International Commission on Weapons of Mass Destruction*. Dr. Ebrahim Yazdi, Teheran, war 1979 Außenminister des Iran und ist heute Vorsitzender der Oppositionspartei „Freiheitsbewegung des Iran“. Mit Dr. James Walsh, Boston, vom *Security Studies Program des Massachusetts Institute of Technology*, nahm einer der Autoren des viel beachteten Papiers „*A Solution for the US-Iran Nuclear Standoff*“ teil. In diesem Vorschlag sprechen sich US-Diplomaten und Wissenschaftler dafür aus, dem Iran eine Urananreicherungsanlage auf seinem Gebiet zu-

zugestehen, diese allerdings in den Besitz eines internationalen Konsortiums und unter strenger internationaler Kontrolle zu stellen. Die deutsche Friedens- und Konfliktforschung war vertreten durch Dr. Bernd Kubbig, Projektleiter „Raketenabwehrforschung International“ der Hessischen Stiftung für Frieden und Konfliktforschung, und Jerry Sommer, Research Associate des BICC.

In ihrer Begrüßung zur Konferenz ging Sybille Golteschröder, Leiterin Asien-Programme der Deutschen Welle, zunächst auf die gesellschaftspolitische Situation im heutigen Iran ein. Fast zwei Drittel der Bevölkerung des Irans sind bis 30 Jahre alt. Nach den Ergebnissen einer Meinungserhebung im Internet sei die Bevölkerung zwischen 20 und 29 Jahren überwiegend gegen die Politik der Islamischen Republik eingestellt, während nur sechs Prozent der Befragten die Standpunkte der Regierung teilten. Die Mehrheit der jungen Umfrageteilnehmer identifiziere sich stark mit der alten Kultur und Zivilisation des Iran – nicht aber mit religiösen oder ethnischen Themen.

Das Bemühen um eine differenzierte Einschätzung des Irans und eine ebensolche Bedrohungsanalyse in Bezug auf das Atomprogramm prägte auch die weitere Diskussion der Podiumsteilnehmer.

Verhandlungen ohne Vorbedingungen

In seinem Statement vertrat der ehemalige Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde Dr. Hans Blix die Auffassung, dass man am Ziel festhalten solle, jede Urananreicherung im Nahen Osten zu verhindern. Doch gerade vor diesem Hintergrund seien Vorbedingungen für Verhandlungen mit Teheran ein Fehler gewesen. Blix forderte von den USA neue Angebote an den Iran: „Als Gegenleistung zur Aufgabe von sensiblen Nuklearprogrammen durch den Iran könnten die USA – wie sie es im Fall von Nordkorea getan haben – Garantien gegen einen Angriff und einen versuchten Regimewechsel sowie diplomatische Beziehungen anbieten.“

Der Oppositionspolitiker Dr. Ebrahim Yazdi legte in seinem Beitrag dar, warum für die meisten Iraner der Mangel an Demokratie und die Verletzung von Menschenrechten durch die Machthaber als größere Gefahren angesehen werden als das Nuklearprogramm.



Er erläuterte, dass seine Partei Atomenergie für den Iran nicht für ökonomisch sinnvoll hält. Dennoch vertrat er die Auffassung, dass der Iran – im Rahmen des Nichtverbreitungsvertrages – selber über diese Frage zu entscheiden habe. Yazdi forderte einen umfassenden und strategischen Dialog zwischen den USA und dem Iran und warnte vor negativen Folgen von Sanktionen: „Diese Sanktionen sind zum Schaden der einfachen Bürger im Iran. Das Klima der Konfrontation, das die US-Administrationen geschaffen haben, schadet der Sache der Demokratie im Iran, weil es der iranischen Regierung Vorwände zur Unterdrückung politischer Aktivisten gibt.“

US-Wissenschaftler Dr. James Walsh forderte Präsident Obama auf, das unrealistische Ziel seines Vorgängers von Null-Urananreicherung im Iran aufzugeben. Als neues Verhandlungsziel schlug er vor, die Urananreicherung im Iran in den Besitz eines multilateralen Konsortiums zu überführen: „Die Internationalisierung würde die Möglichkeit des Irans, Atomwaffen zu entwickeln, stark einschränken.“ Walsh analysierte die zu erwartende neue US-Politik gegenüber dem Iran und plädierte für einen wirklichen Wechsel, denn „eine Politik des ‚Weiter so‘ könnte uns auf einen Weg führen, der noch in Obamas Amtszeit im militärischen Konflikt endet.“

Der Frankfurter Friedens- und Konfliktforscher Dr. Bernd W. Kubbig untersuchte die Aussagen von Barack Obama zum Iran, bevor er zum Präsidenten gewählt wurde. Er kam dabei zum kritischen Schluss: „Es fällt auf, dass mit Ausnahme der Bereitschaft, die Möglichkeit eines Dialogs mit dem Iran auf hoher Ebene auszuprobieren, die Elemente der Kontinuität überwiegen.“ Gleichzeitig räumte Kubbig ein, dass neue US-Regierungen stets für Überraschungen gut seien – und hoffte, dass es im Falle von Barack Obama eine positive sein könne.

BICC Research Associate Jerry Sommer kritisierte einige von Politikern und Medien oft behauptete, aber zweifelhafte „Gewissheiten“ – wie „Iran will die Bombe“, „Iran will Israel von der Landkarte tilgen“ – als einseitig und voreilig: „Übertriebene apokalyptische Bedrohungsszenarien helfen nicht, vernünftige politische Entscheidungen zu treffen.“ Neue „rote Linien“, die die internationale Kontrolle der iranischen Atomanlagen in den Mittelpunkt stellen, und ein neuer grundsätzli-

cher Ansatz seien nötig: „Eine Politik der Entspannung gegenüber Teheran würde vermutlich viel bessere Resultate erzielen als eine Politik der Konfrontation und Isolierung.“

Auf der Suche nach neuen „roten Linien“

Seit 2006 beteiligt sich das BICC mit Veranstaltungen, Konferenzen und Veröffentlichungen an der Diskussion um das Atomprogramm des Irans. Als Ergebnis der gemeinsamen Konferenz mit der Deutschen Welle, die von der Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse in Bonn gefördert wurde, hat das BICC eine Publikation vorgelegt, in der die Diskussionsbeiträge der Podiumsteilnehmer dokumentiert werden. „Mit Übertreibungen und Dämonisierungen ist keine gute Politik zu entwickeln. Die BICC-Dokumentation mit Artikeln internationaler Experten kann hoffentlich helfen, die Diskussion zu versachlichen und Wege aus der Sackgasse zu weisen“, erklärte Peter J. Croll, Direktor des BICC, anlässlich der Veröffentlichung von „*New Chances for a Compromise in the Nuclear Dispute with Iran?*“ („Neue Chancen für einen Kompromiss im Atomstreit mit dem Iran?“).

Susanne Heinke

Projekttitle:	Nach den US-Wahlen – vor der Präsidentschaftswahl in Iran: Internationale Politik und die innere Entwicklung des Irans – neue Chancen für einen Kompromiss im Atomstreit?
Laufzeit:	Oktober 2008 bis April 2009
Gefördert durch:	Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse in Bonn
Projektleitung:	Susanne Heinke
Projektmitarbeit:	Jerry Sommer
Publikationen:	s. Publikationsliste

Söldneridentitäten: Zum Selbstverständnis von Angestellten militärischer Sicherheitsfirmen im Irak

Der Einsatz von privaten Firmen an westlichen Militäreinsätzen ist umstritten. Wie kann die gesellschaftliche und demokratische Kontrolle von Privatsoldaten im Kriegsgebiet funktionieren? Ein von der Deutschen Stiftung Friedensforschung gefördertes BICC-Projekt setzt bei den Akteuren selbst an und fragt nach deren sozialen Werte- und Normvorstellungen. Hierzu nehmen Angestellte der prominentesten im Irak vertretenen Sicherheitsunternehmen an einer Internet basierten Befragung teil.

Zur Erfüllung der immer komplexer werdenden Aufgaben, die im Rahmen aktueller Militäreinsätze anfallen, verlassen sich NATO-Streitkräfte vermehrt auf die Dienste privater Militär- und Sicherheitsfirmen. Diese umfassen nicht allein logistische oder technische Unterstützungsleistungen, sondern schließen auch bewaffnete Aufgaben im Bereich des Objekt- und Personenschutzes mit ein. Vor allem der Irak erscheint als ein reges Betätigungsfeld für das militärische Sicherheitsgewerbe, welches dort im Auftrag des Pentagon, großer Wirtschaftsunternehmen und Hilfsorganisationen schätzungsweise zwischen 20.000 und 30.000 bewaffnete Mitarbeiter beschäftigt. Zu ihren Aufgaben gehören die Bewachung von Ölpipelines und Militärbasen, mobile Konvoisicherung und der Schutz diplomatischen und humanitären Personals.

Die Beteiligung von privaten Firmen an westlichen Militäreinsätzen hat in den letzten Jahren kontroverse Diskussionen hervorgerufen. Kritiker bemängeln vor allem die unzureichende politische Regulierung durch staatliche und internationale Institutionen sowie rechtliche Grauzonen. Befürworter der Privatisierung von Militärfunktionen wiederum betonen die damit scheinbar einhergehende Erhöhung von Effizienz, Professionalität, Effektivität und Flexibilität der Streitkräfte.

„Es gibt nur ein paar Dinge auf der Welt, die ich wirklich, richtig gut kann. Krieg ist eine davon.“¹

Die Debatte über die Vor- und Nachteile der Verwendung privater Militär- und Sicherheitsfirmen in Kriegeinsätzen dreht sich im Wesentlichen um die Gewaltkontrolle. Dabei hat die Frage der sozialen oder

demokratischen Überwachung bisher nur geringe Beachtung gefunden. Die soziale Kontrolle regulärer Soldaten in westlichen Streitkräften und wie diese in das Werte- und Normsystem der Gesellschaft integriert sind, hat die Militärsoziologie eingehend untersucht. Bei der Bundeswehr spiegelt sich dies z.B. im Prinzip der „Inneren Führung“ oder beim US-Militär im Begriff des *Citizen Soldier* wider. Bezüglich der Werte- und Normvorstellung von Angestellten privater Militärfirmen hingegen herrscht ein eklatanter Mangel an Informationen.

Zwar wurde die Mehrzahl von Privatsoldaten in westlichen Streitkräften sozialisiert. Doch ob individuelle Werte- und Normvorstellungen im Zuge des Wechsels von regulären Streitkräften zu privaten Firmen unverändert bleiben, muss erst noch getestet werden. Die *International Peace Operations Association* (IPOA), ein Dachverband US-amerikanischer Militärfirmen, hat für seine Mitglieder einen Verhaltenskodex erstellt, der an erster Stelle z.B. das Einhalten von Menschenrechtsstandards betont. Dabei bleibt jedoch offen, inwiefern einzelne Mitarbeiter derartige Werte tatsächlich als Baustein ihres beruflichen Selbstverständnisses verinnerlicht haben. Profitmotivation schließt zwar nicht *per se* die Möglichkeit sozialer Kontrolle aus, wie z.B. die Diskussion zum Thema *corporate social responsibility* in anderen Wirtschaftsbranchen zeigt. Da Militärfirmen aber direkt von Krieg und Unsicherheit profitieren, ist es durchaus möglich, dass der Spielraum für die Herausbildung bestimmter Werte- und Normvorstellungen in diesem Fall sehr viel begrenzter ist.

Empirische Befragung von Privatsoldaten im Irak

Ziel des von der DSF geförderten BICC-Projekts ist deshalb, das Selbstverständnis von Privatsoldaten systematisch zu erfassen und auch zu untersuchen, inwiefern diese Gruppe über ein identitätsstiftendes Berufsbild verfügt.

Folgenden Fragestellungen wollen die BICC-Forscher zunächst nachgehen:

- Inwiefern lassen das Verhalten und die Selbsteinschätzungen von Angestellten privater Militär- und Sicherheitsfirmen im Irak auf die Herausbildung berufsspezifischer Identitätsformen schließen?

¹ Aussage eines Mitarbeiters einer privaten Sicherheitsfirma im Irak.



- Gibt es so etwas wie eine „Söldneridentität“? Durch welche Charakteristika zeichnet sich diese Identität aus? Welche Diskurse, Wertvorstellungen, Abgrenzungen und Ressourcen liegen ihr zugrunde? Wie unterscheidet sie sich von der Identität und dem Selbstverständnis von Berufssoldaten?

In einem zweiten Schritt soll es um weiterführende Forschungsarbeiten zum Zusammenhang zwischen der Berufsidentität und der sozialen Kontrolle von Mitarbeitern militärischer Sicherheitsfirmen gehen:

- Inwiefern spiegeln die Berufsidentitäten von Angestellten militärischer Sicherheitsfirmen die Normen einer demokratischen Wertegemeinschaft?
- Wird die soziale Kontrolle von privaten Militärfirmen durch die Herausbildung einer branchenspezifischen Identität somit eher geschwächt oder gestärkt?

Zur Erhebung der Daten und Beantwortung der Forschungsfragen nimmt das BICC eine Internet basierte Befragung von Angestellten der prominentesten im Irak vertretenen Sicherheitsunternehmen vor. Methodisch greifen die BICC-Experten auf eine Reihe etablierter Instrumente und Skalen zurück und ergänzen diese durch Einzelfragen. Hierbei geht es etwa um den spezifischen Kontext der *Operation Iraqi Freedom*.

Um einen ersten Vergleich des Selbstverständnisses von Privatsoldaten zu dem von Berufssoldaten zu ermöglichen, erhebt die Studie Werteeinstellungen, die das militärische Identitätsbild generell entscheidend mitbestimmen. Hierzu gehören Konservatismus, Patriotismus, Kriegsbereitschaft sowie die Unterstützung multilateraler Einsätze, internationaler Institutionen, Frieden schaffender Maßnahmen und zivil-militärischer Kooperation. Zur Auswertung dieser Einstellungen bedient sich das BICC bestimmter Methoden, die bereits im Rahmen zahlreicher empirischer Untersuchungen zur Selbstkonzeption von US-amerikanischen Offizieren getestet wurden.

Marc von Boemcken

Projekttitle:	Söldneridentitäten – Zum Selbstverständnis von Angestellten militärischer Sicherheitsfirmen im Irak
Laufzeit:	Seit September 2008
Gefördert durch:	Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF)
Projektleitung:	Dr. Volker Franke, Marc von Boemcken
Projektmitarbeit:	Jan Grebe
Publikationen:	s. Publikationsliste

Freiwillige und unfreiwillige Migration in Afrika südlich der Sahara

Am 13. und 14. Februar 2009 organisierte das BICC in Bonn die internationale Konferenz „*Migration and Displacement in Sub-Saharan Africa. The Security-Migration Nexus II*“. Die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützte Veranstaltung war der Süd-Süd Migration mit dem Schwerpunkt unfreiwillige Migration gewidmet. Experten stellten den Forschungsstand anhand von Fallstudien dar, fragten nach künftigen Untersuchungsaspekten und diskutierten konkrete politische Handlungsansätze.

Entgegen der öffentlichen Wahrnehmung übersteigt in Afrika südlich der Sahara die Süd-Süd Migration die Süd-Nord Migration bei weitem. Über zwei Drittel der internationalen Migration aus Ländern südlich der Sahara findet innerhalb der Region statt. Unfreiwillige Migration macht dabei einen großen Anteil der Bevölkerungsbewegungen aus. Etwa 20 Prozent aller Flüchtlinge weltweit (ca. 2,3 Millionen)¹ und mit 12,7 Millionen etwa die Hälfte der weltweit 25 Millionen Binnenvertriebenen (*internally displaced persons*, IDPs)² leben in Afrika. Neben Flüchtlingen und Binnenvertriebenen aufgrund von Konflikten gelten zunehmend auch durch Umweltkatastrophen, Umweltzerstörung und Entwicklungsprojekte Vertriebene als unfreiwillige Migrantinnen und Migranten.

Rund 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft waren auf Einladung des BICC nach Bonn gekommen, um Ursachen und Erscheinungsformen unfreiwilliger Migration sowie Strategien des „Migrationsmanagements“ (*migration governance*) und der humanitären Hilfe zu diskutieren. Zu den Referenten zählten prominente Vertreterinnen und Vertreter aus der Forschung, den relevanten Ministerien und afrikanischen Regionalorganisationen sowie lokalen und internationalen humanitären Organisationen.

¹ UNHCR. 2008. 2007 Global Trends: Refugees, Asylum-seekers, returnees, Internally Displaced and Stateless Persons. Verfügbar unter <<http://www.unhcr.org/statistics/STATISTICS/4852366f2.pdf>>

² IDMC. 2008. Internal Displacement. Global Overview of Trends and Developments in 2007. Verfügbar unter <[http://www.internal-displacement.org/8025708F004BE3B1/\(httpInfoFiles\)/BD8316FAB5984142C125742E0033180B/\\$file/IDMC_Internal_Displacement_Global_Overview_2007.pdf](http://www.internal-displacement.org/8025708F004BE3B1/(httpInfoFiles)/BD8316FAB5984142C125742E0033180B/$file/IDMC_Internal_Displacement_Global_Overview_2007.pdf)>.

Ursachen und Auswirkungen unfreiwilliger Migration

Die Abgrenzung von freiwilliger und unfreiwilliger Migration ist vor allem aufgrund der Komplexität von Migrationsursachen schwierig und die Übertragung wissenschaftlicher Konzepte auf die Praxis nicht immer sinnvoll, wie Prof. John Oucho, Universität von Warwick, Coventry, in seinem Impulsreferat betonte.

Nach den Forschungsergebnissen von Dr. Wim Naude (UNU-WIDER, Helsinki) stellen Konflikte den wichtigsten Faktor für die Entstehung von Flüchtlingsströmen dar. Dr. Koko Warner (UNU-EHS, Bonn) hob den komplexen Zusammenhang zwischen Umweltveränderungen und Migration in Westafrika hervor.

Darüber hinaus diskutierte die Konferenz humanitäre, legale und soziale Konsequenzen von unfreiwilliger Migration für die betroffenen Menschen. Ebenfalls thematisiert wurden die Auswirkungen unfreiwilliger Zu- und Abwanderung, Umsiedlung und Rückkehr auf die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bedingungen der Herkunfts-, Transit- und Aufnahmeländer. Joseph Chilengi (*Africa IDP Voice*, Lusaka) ging in seinem Vortrag auf die soziale Vulnerabilität von Flüchtlingen und IDPs ein. Nur Mohamud Sheekh vom *Internal Displacement Monitoring Centre* (IDMC) in Genf konzentrierte sich auf die besondere Situation und die Bedürfnisse von Binnenvertriebenen sowie auf Fortschritte und Hindernisse bei der Implementierung der vor zehn Jahren verabschiedeten „*Guiding Principles on Internal Displacement*“ anhand eines Vergleichs von Somalia und Kenia. Zu Rückkehr, Wiederansiedlung und Reintegration eritreischer Flüchtlinge im Sudan sprach Dr. Sadia Hassanen vom *Centre for Research in International Migration and Ethnic Relations* (CEIFO) in Stockholm.

Die Podiumsdiskussion zum Zusammenhang von Migration und Sicherheit erörterte sowohl den besonderen Aspekt der menschlichen Sicherheit als auch die Rolle und die Grenzen internationaler rechtlicher Standards.



Handlungsansätze und Instrumente des „Migrationsmanagements“

Welche konkreten Handlungsansätze und Instrumente des „Migrationsmanagements“ aber müssen von Politik, Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen entwickelt werden? Vorgestellt wurden unter anderem die in der Republik Südafrika entwickelte Integrationsstrategie für Flüchtlinge und die vor einigen Jahren verabschiedete ugandische Gesetzgebung zu Flüchtlingen und IDPs. Ebenfalls präsentiert wurden Ansätze und Initiativen der *Economic Community Of West African States* (ECOWAS) und der Afrikanischen Union (AU), Flucht und Vertreibung zu begegnen sowie Migration freiwillig und legal zu gestalten.

Dr. Loren B. Landau (Universität von Witwatersrand, Johannesburg) stellte in seinem Impulsreferat die Themen Binnenvertreibung, Klimawandel, Menschenhandel und humanitäre Reform zur Diskussion und hinterfragte kritisch die Rolle internationaler Akteure.

Auch kamen Vertreter des UNHCR, des *International Committee of the Red Cross* (ICRC), des *Norwegian Refugee Council* (NRC), der *International Organization for Migration* (IOM), des *Consortium for Refugees and Migrants in South Africa* (CoRMSA) sowie der KfW Entwicklungsbank zu Wort, die sich für eine angemessene Lastenverteilung zwischen Aufnahmeländern von Flüchtlingen und der internationalen Gemeinschaft aussprachen.

Konferenz empfiehlt engere Vernetzung von Forschung und Politik

Als Fazit der Konferenz forderte Baffour Aboa vom *West African Action Network on Small Arms* (WAANSA), Accra, die Forschung zu Migration in Afrika voranzutreiben und sie enger mit der Politik zu verknüpfen. Dazu müsse auch die Datenerhebung in Afrika verbessert werden.

Rechtliche Grundlagen zur Verhinderung von Verfolgung und Vertreibung existieren in fast allen afrikanischen Staaten. Um eine nachhaltige Strategie zur Vermeidung von Flucht und Vertreibung zu entwickeln, müssten vor allem das bestehende nationale und internationale Recht sowie die lokalen Strukturen gestärkt

werden. Die Konferenz regte ein Umdenken in der Entwicklungszusammenarbeit an – Prävention und die Bearbeitung der Fluchtursachen gehörten deutlicher in den Fokus der internationalen Gemeinschaft.

Die Konferenz soll Ausgangspunkt für die Etablierung eines Netzwerkes von Wissenschaftlern und Praktikern zur Förderung von Austausch und Kooperation im Bereich Migration und Vertreibung sein. Das BICC plant zudem weitere Workshops im Themenfeld Migration und Sicherheit sowie eine Folgekonferenz, die 2010 nach Möglichkeit in Afrika stattfinden soll.

Clara Fischer / Ruth Vollmer

Projekttitle:	Migration and Displacement in Sub-Saharan Africa
Laufzeit:	Bis Mai 2009
Gefördert durch:	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Projektleitung:	Clara Fischer
Projektmitarbeit:	Ruth Vollmer, Andrea Warnecke, Heike Webb, Susanne Zacharias, Susanne Heinke, Robert Willeke
Publikationen:	s. Publikationsliste

www.here-there.org: Online-Kommunikation von und mit Diasporaorganisationen

Die Partnerprojekte DIASPEACE und INFOCON (s. Kästen) haben ein gemeinsames Online-Forum entwickelt, das auf die spezifischen Bedürfnisse transnationaler Gemeinschaften ausgerichtet ist. Ziel ist es, Migrantenorganisationen dabei zu unterstützen, aktiv zu Integration, kulturellem Dialog, Menschenrechtsthemen, Konfliktlösung und Entwicklung beizutragen. Gleichzeitig möchte www.here-there.org eine Plattform für Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Wissenschaftler und Regierungen sein, mit deren Hilfe sie unmittelbar mit Organisationen der transnationalen Gemeinschaften interagieren und kooperieren können.

Migrantennetzwerke bilden einen lebendigen und unverzichtbaren Teil der europäischen Zivilgesellschaft. Viele dieser Organisationen agieren auch auf der transnationalen Ebene und tragen zu Entwicklung und Friedenskonsolidierung in ihren Herkunftsländern sowie zum Wissenstransfer und kulturellen Austausch bei. Ihre Webseiten und Online-Communities bieten Informationen und erleichtern die Kommunikation sowohl zwischen verstreuten transnationalen Gemeinschaften als auch zwischen diesen Gemeinschaften und ihren jeweiligen Herkunftsländern.

So kann das Internet Kontakte zwischen Diasporaorganisationen vermitteln, die Kooperationspartner für Entwicklungs- und Friedensprojekte in ihren Herkunftsländern suchen. Noch wichtiger aber ist, dass es einen kontinuierlichen Ideen- und Informationsaustausch zwischen Diasporagruppen und anderen Akteuren in ihrem Herkunftsland ermöglicht, durch die die Diaspora eng mit den politischen, sozialen und kulturellen Entwicklungen „zu Hause“ verbunden bleiben kann.

Neue Links und Möglichkeiten

Bei den meisten Migranten- und Diasporagruppen, die bislang im Rahmen von DIASPEACE und INFOCON untersucht wurden, handelt es sich um transnationale Gemeinschaften, die über zahlreiche Bezugspunkte in mehreren Ländern verfügen. Viele von ihnen haben ihre Wurzeln in gewaltsamen Konflikten, und für ihre Mitglieder ist es infolge der zumeist unfreiwilligen Migration oft besonders schwierig, sich in ihrer neuen Heimat zu etablieren. Trotz – oder vielleicht wegen – dieser doppelten Herausforderung haben sich die transnationalen Gemeinschaften zu Akteuren entwickelt, die vielerlei Verbindungen zwischen dem „Hier“ und dem „Dort“ errichten bzw. aufrechterhalten.

DIASPEACE

DIASPEACE steht für *“Diasporas for Peace. Patterns, Trends and Potential of Long-distance Diaspora Involvement in Conflict Settings. Case studies from the Horn of Africa”*. Es ist ein unabhängiges, wissenschaftliches Forschungsprojekt, das sich mit den Chancen und Herausforderungen des Engagements transnationaler Diasporanetzwerke in Konflikt- und Friedensprozessen in ihren Herkunftsländern Äthiopien, Eritrea und Somalia befasst.

Die Forscher des DIASPEACE Projekts kommen aus acht verschiedenen Universitäten, unabhängigen Forschungsinstituten und NGOs; der Universität Jyväskylä in Finnland, dem BICC und dem Max-Planck-Institut für Ethnologische Forschung in Deutschland, dem *Peace Research Institute of Oslo* in Norwegen, dem *African Diaspora Policy Centre* in den Niederlanden, dem *Centro Studi Politica Internazionale* in Italien, dem Forum for Social Studies in Äthiopien und der *Academy for Peace and Development* in Somalia.

www.diaspeace.org

Sowohl DIASPEACE als auch INFOCON wollen dazu beitragen, bestehende Lücken zwischen den Aktivitäten und Projekten transnationaler Migrantenorganisationen einerseits sowie europäischen und internationalen Akteuren, wie NGOs, zivilgesellschaftlichen Organisationen und staatlichen Institutionen andererseits zu schließen. Ziel ist es, Migrantenorganisationen bei ihrer Arbeit in den Bereichen Integration, kultureller Dialog, Beachtung der Menschenrechte, Konfliktlösung und Entwicklung zu unterstützen und in direkten Kontakt mit anderen Organisationen zu bringen. Gleichzeitig möchte www.here-there.org eine Plattform für NGOs, Wissenschaftler und Regierungen sein, mit deren Hilfe sie unmittelbar mit Organisationen der transnationalen Gemeinschaft interagieren und ihre jeweilige Expertise wechselseitig nutzbar machen können.



INFOCON

Das Ziel von INFOCON ist es, ein stärkeres Verständnis für die Arbeit von Organisationen der Zivilgesellschaft (CSOs) zu schaffen, die transnationale Gemeinschaften repräsentieren und die versuchen, Konflikte in Europa und weltweit zu vermeiden oder zu lösen. Das Projekt wird, wie DIASPEACE, von der Europäischen Union im Rahmen des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms finanziert und hat im April 2008 seine Arbeit aufgenommen. Es wird von der *Internationalist Foundation* koordiniert und besteht aus mehreren Forschungsinstituten, wie der *Université Catholique de Louvain* (Forschungsleitung), *University of Kent*, *Universität Duisburg-Essen*, *Institut d'Études Politiques de Lille*, *Stichting Katholieke Universiteit*, *Université de Liège*, *Université Laval* (Québec) sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen aus den Niederlanden, dem Kosovo, Belgien, Großbritannien und aus Deutschland.

www.infocon-project.org

Da eine ganze Reihe der untersuchten Gemeinschaften bereits über Online-Portale verfügen, wurde das Konzept von *“HereAndThere”* („HierUndDort“) so angelegt, dass neue Links und Möglichkeiten im Vordergrund stehen anstatt existierende Netzwerke zu duplizieren. Darüber hinaus wird versucht, die Bildung neuer Netzwerk anzuregen, die über den eigenen regionalen, politischen oder anders definierten Kreis hinausreichen. Die Website soll einen Raum bieten, der gleichzeitig exklusiv und inklusiv genutzt werden kann und dem Nutzer sowohl die Teilnahme an öffentlichen Diskussionen als auch die Kontrolle und Gestaltung der eigenen Inhalte ermöglicht.

Das Design der Website ermöglicht den Nutzern deshalb zum einen, Foren nur für registrierte Mitglieder einzurichten. Zum anderen bietet eine benutzerfreundliche und aktuelle Technologie die Möglichkeit, Organisation und Aktivitäten einer größeren Öffentlichkeit zu präsentieren, in verschiedenen Foren zu diskutieren, nach gleich gesinnten Partnerorganisationen zu suchen oder Datenbanken zu nutzen.

Die gesamte Website soll eine umfangreiche Datensammlung beinhalten und als Portal mit verschiedenen Funktionen zur Verfügung stehen. Dazu gehören:

- Eine interaktive Publikationsdatenbank, in der mit Hilfe einer Suchmaschine Beiträge, Artikel und Dokumente abgerufen werden können.
- Ein partizipatives Internetportal, das Nachrichten, Veranstaltungen, Artikel und Medieninhalte sammelt, die von den Nutzern der Webseite veröffentlicht werden. Eine Suchmaschine hilft Informationen gezielt ausfindig zu machen.
- Ein Verzeichnis von Organisationen, das den Nutzern einen leichten Zugang zu und einen Überblick über Organisationen, Gruppen und Netzwerke ermöglicht, von der jede ihren eigenen virtuellen Bereich hat.
- Eine Kooperationsplattform, vermittels derer die verschiedenen Interessengruppen Netzwerke errichten können.

Andrea Warnecke

Projekttitel:	Diasporas for Peace. Patterns, Trends and Potential of Long-distance Diaspora Involvement in Conflict Settings. Case studies from the Horn of Africa
Laufzeit:	Seit März 2008
Gefördert durch:	7. EU-Forschungsrahmenprogramm
Koordination:	Peter J. Croll
Projektleitung:	Andrea Warnecke
Projektmitarbeit:	Bettina Conrad, Clara Fischer
Publikationen:	s. Publikationsliste

Eine Fotoausstellung klärt auf: Rohstoffe für eine gerechte Welt

„Rohstoffe für eine gerechte Welt“ heißt das neue Ausstellungsprojekt des BICC in Zusammenarbeit mit Brot für die Welt, EIRENE, *Fatal Transactions*, FIAN, der Heinrich-Böll-Stiftung, medico international, MISEREOR und Urgewald. Die von InWEnt (Internationale Weiterbildung und Entwicklung) aus Mitteln des BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) unterstützte Fotoschau fragt nach den Folgen der Rohstoffausbeutung für die Förderländer des Südens und danach, was westliche Konsumenten für mehr Gerechtigkeit tun können.

Was hat Kakao mit Krieg und Kinderarbeit zu tun? Wie kann der Diamantring am Finger der Verlobten mit Blutvergießen in Afrika zusammenhängen? Warum ist Agrosprit aus Soja keineswegs ein Segen für das Klima, sondern oft ein Fluch für Regenwald und Kleinbauern?

Aus über 50 Entwicklungsländern werden große Mengen wertvoller Rohstoffe exportiert, auf die die Weltwirtschaft angewiesen ist. Doch in vielen Förderländern des Südens kommt der Rohstoffreichtum nicht der Bevölkerung zugute, sondern wird zum Verhängnis. Oft untergräbt er die reguläre Wirtschaft, führt zu Kriegen und Menschenrechtsverletzungen.

Das rohstoffreichste Land Afrikas, die Demokratische Republik Kongo, „verdankt“ ihren zahlreichen Bodenschätzen wie Gold, Diamanten, Tropenholz und Tantalit (Coltan) jahrzehntelange Kämpfe. Auch in Angola und Sierra Leone finanzierten „Blutdiamanten“ Bürgerkriege. In den Erdölregionen Nigerias, des Tschad und des Sudan lösen sich soziale Strukturen auf. Ganze Regionen sind geprägt von Zerstörung und Hoffnungslosigkeit.

Die Fotoausstellung „Rohstoffe für eine gerechte Welt“ greift die Beispiele Diamanten, Gold, Erdöl, Uran, Tropenholz, Soja oder Kakao auf. Drei Leitfragen strukturieren die Fotoschau. Sie informiert über den jeweiligen Rohstoff und stellt die Probleme, die mit seiner Gewinnung zusammenhängen, dar. Vor allem aber fragt sie nach, was verändert werden kann, wie auch Verbraucherinnen und Verbraucher mit ihren Kaufentscheidungen für einen faireren Markt sorgen können.

Beispiel Kakao

Weltweit werden jährlich drei Millionen Tonnen Kakao produziert. Der größte Kakaoexporteur ist mit einem Anteil von 37 Prozent die westafrikanische Elfenbeinküste.

Seit September 2002 schwelt ein Bürgerkrieg im Norden und Westen des Landes. Mit den Steuereinnahmen aus der Kakaoproduktion bezahlte die Regierung Waffenimporte und den Einsatz ausländischer Söldner. Auch die Rebellenbewegung *Forces Nouvelles* finanzierte ihren Kampf mit geschmuggeltem Kakao.

Trotz seiner Spitzenposition im Weltkakaoexport gehört die Elfenbeinküste zu den 20 ärmsten Ländern der Welt. Nach dem *Human Development Index* (Index für menschliche Entwicklung) der UN liegt sie auf Platz 166 (von 177). Kinderarbeit – vor allem von minderjährigen Migranten aus den Nachbarstaaten – ist im ivoirischen Kakaosektor weit verbreitet.

Was tun? Unternehmen sollen nach dem „Harkin-Engel-Protokoll“ verpflichtet werden, ein unabhängiges und glaubwürdiges Überwachungs- und Kontrollsystem einzuführen, um bei ihren Lieferanten Kinderarbeit zu unterbinden. Zusätzlich wird von den Unternehmen erwartet, dass sie zugunsten der Betroffenen wirksame Programme einführen, um die Rehabilitation und Entschädigung der Kinder zu verwirklichen.

Die USA, Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Russland sind die größten Kakaokonsumenten der Welt. Allein in Deutschland liegt der Pro-Kopf-Verzehr an Schokolade bei neun Kilo pro Jahr. Die Frage „Was tun?“ richtet sich also auch ganz direkt an die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Die Alternative ist gerecht produzierte und gehandelte Schokolade, wie sie mit TransFair-Siegel von der gepa (Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt) angeboten wird. Kakao und Schokolade aus zertifiziertem fairem Handel müssen unter streng überwachten Bedingungen gewonnen und verarbeitet worden sein. Dazu gehören unter anderem umweltfreundliche Produktion und der Verzicht auf Kinderarbeit.



Eine Ausstellung von NGOs für entwicklungspolitische Bildung

Die Ausstellung ist eine weitere, gemeinsame Aktivität des „Aktionsbündnisses Rohstoffe für eine gerechte Welt“, bei dem neben dem BICC Brot für die Welt, EIRENE, *Fatal Transactions*, FIAN, die Heinrich-Böll-Stiftung, medico international, MISEREOR und Urgewald mitmachen.

Diese Organisationen setzen sich dafür ein, dass die Zustände rund um die Rohstoffgewinnung im Süden geändert werden müssen. Sie unterstützen das Engagement und die Handlungsfähigkeit der betroffenen Menschen und ihrer Initiativen in den Förderregionen des Südens. Sie üben Kritik, denn die Rohstoffförderung bringt häufig wenig für die wirtschaftliche Entwicklung im Förderland. Mächtige internationale Firmen, die dem Land ihre Bedingungen diktieren können, haben die Ausbeutung der Rohstoffe oft allein in der Hand. Boden und Wasser werden für die Rohstoffgewinnung in Anspruch genommen – auf Kosten der Bevölkerung. Soziale Konflikte entstehen, denn die direkt Betroffenen können ihre Interessen bei der Planung von Projekten nicht einbringen. Bestechung von Beamten auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene, Korruption und Veruntreuung großer Summen rund um die Gewinnung, Weiterleitung und den Handel von Rohstoffen sind an der Tagesordnung.

Das Aktionsbündnis kam erstmals anlässlich des Evangelischen Kirchentags 2007 in Köln zusammen und organisierte dort einen gemeinsamen Stand. Auch auf dem Kirchentag in Bremen im Mai 2009 wird die Ausstellung nicht fehlen.

Die 25 Fotos der Ausstellung und eine Karte zu Rohstoffvorkommen und Konflikten in Afrika illustrieren die Probleme, klären auf und regen zum Nachdenken an. Nicht zum ersten Mal hat das BICC mit der internationalen Fotoagentur *laif* zusammengearbeitet, deren Bilder für aufklärerischen und engagierten Fotojournalismus stehen.

Das handliche Format der Ausstellung (40 cm mal 60 cm) macht es NGOs, Schulen, Universitäten und anderen Gruppen einfach, sie auszuleihen und vor Ort zu präsentieren. So war sie bisher u.a. am Tag der Offe-

nen Tür bei MISEREOR in Aachen, beim UN-Tag und im Rahmen der internationalen *Fatal Transactions* Konferenz in Bonn, bei einer Rohstofftagung von EIRENE in Neuwied und zu Beginn der MISEREOR-Fastenaktion in Stuttgart zu sehen.

Dank der Initiative einer Gruppe von Studentinnen und Studenten des Studiengangs Online-Journalismus der Hochschule Darmstadt (h_da) bietet der Internetauftritt www.rohstoffgerechtigkeit.de einen Überblick über alles Wissenswerte zur Ausstellung. Ein Video lässt ihre Eröffnung bei der *Fatal Transactions* Konferenz in Bonn miterleben.

Susanne Heinke

Projekttitle:	Rohstoffe für eine gerechte Welt – Fotoausstellung
Laufzeit:	Seit April 2008
Gefördert durch:	InWEnt (Internationale Weiterbildung und Entwicklung) aus Mitteln des BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
Projektleitung:	Susanne Heinke
Publikationen:	s. Publikationsliste www.rohstoffgerechtigkeit.de

Elfenbeinküste: Kakao, Erdöl und Diamanten zwischen Krieg und Frieden

Im Rahmen des europäischen Netzwerkes *Fatal Transactions* hielt sich ein Team des BICC zu einem Feldforschungsaufenthalt in der Elfenbeinküste auf. Im Mittelpunkt der Reise stand die Frage, wie natürliche Ressourcen den Übergang von Krieg zum Frieden beeinflussen. Die BICC-Forscherinnen führten Interviews mit Regierungs- und Unternehmensvertretern, Mitgliedern von zivilgesellschaftlichen und internationalen Organisationen, einer Gruppe von Bauern wie auch Mitgliedern der Rebellenbewegung *Force Nouvelles* und anderen Milizengruppen.

Die Elfenbeinküste ist ein gutes Beispiel dafür, wie natürliche Ressourcen zu gewaltsamen Konflikten beigetragen haben. Gleichzeitig zeigt es, wie Rohstoffreichtum Frieden und Entwicklung fördern kann.

Als Nachbarland Liberias, Guineas, Malis und Burkina Faso war die am Golf von Guinea gelegene Elfenbeinküste über Jahrzehnte als „Schweiz Westafrikas“ bekannt. Unter der autokratischen Regierung von Houphouët-Boigny entwickelte sich das Land während der 1960er und 1970er Jahre zu der führenden Wirtschaftsmacht in der Region. Grundlage dieses relativen Wohlstands waren ertragreiche Kaffee- und Kakaopflanzungen. Bis heute bringt der Handel mit Kakao allein zwei Milliarden US-Dollar im Jahr für die Wirtschaft der Elfenbeinküste.

Mit dem Niedergang der Weltmarktpreise für Rohstoffe in den 1980er Jahren und dem Tod Houphouët-Boignys im Jahr 1993 begann für das Land eine Phase politischer und wirtschaftlicher Unsicherheit, die ihren tragischen Höhepunkt im Bürgerkrieg und der Teilung des Landes im Jahr 2002 fand.

Der gewaltsame Konflikt begann mit einem Putschversuch von Teilen der Armee im September 2002. In Folge des gescheiterten Aufstands in Abidjan zerfiel das Land in zwei Teile – den von den Rebellen geführten Norden und den von der Regierung kontrollierten Süden. Diese trennte ein von internationalen Friedenstruppen gehaltener Korridor, die sogenannte Vertrauenszone (*zone de confiance*). Später gruppieren sich die Rebellen unter dem Namen *Forces Nouvelles* (FN) neu und nahmen für sich in Anspruch, für ein Ende der Diskriminierung der Bewohner des Nordens zu kämpfen.

Präsident Laurent Gbagbo und der Anführer der FN Guillaume Soro schlossen im März 2007 eine Friedensvereinbarung, die als „Vertrag von Ouagadougou“ bekannt wurde. Doch die angestrebte Vereinigung des Landes ist bis heute noch nicht vollzogen. Große Herausforderungen stellen die Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration der Rebellen und regierungstreuen Milizen, die Vorbereitung von Wahlen sowie die Wiedervereinigung von Verwaltung und Wirtschaft dar.

Natürliche Ressourcen als Treibmittel des Konflikts

Die Elfenbeinküste ist der weltgrößte Produzent von Kakao. Sein Exportertrag ist seit langem die wichtigste Einkommensquelle des Landes – was auch für die Finanzierung der Konfliktparteien gilt.

Den Rebellen brachte die Kontrolle der Kakaoexporte von ihrem Territorium aus seit 2004 ein geschätztes Jahreseinkommen von 30 Millionen US-Dollar¹ ein. Der Kakao, der in dem von den FN kontrollierten Gebiet angebaut wurde, wurde hauptsächlich nach Ghana oder Togo geschmuggelt. Auch zur Zeit der Feldforschung, im April 2008, wurde Kakao weiterhin nach Mali, Burkina Faso und Guinea verschoben.

Laut einem Bericht einer UN-Expertengruppe aus dem Jahr 2005² nutzte die Regierung der Elfenbeinküste den Ertrag des Kakao hauptsächlich für ihre Militärausgaben. Allein 2003 betrug die Steuern aus dem Kakaosektor 2,3 Milliarden US-Dollar, die direkt in die steigenden Militärausgaben flossen.

Es wird vermutet, dass die Regierung auch die Erträge des neu entstandenen Erdölsektors genutzt hat „um Militärausgaben abzudecken“³. Dieser Rohstoff war den Rebellen nicht zugänglich, da sich das Ölvorkommen im Süden vor der Küste befindet.

¹ Global Witness. 2007. „Hot Chocolate. How cocoa fuelled the conflict in Côte d'Ivoire.“ Report. June.

² United Nations. United Nations Group of Experts on Côte d'Ivoire. 2005. „Report of the Group of Experts submitted in accordance with paragraph 7 of resolution 1584 (2005). S/2005/699.“

³ United Nations, United Nations Group of Experts on Côte d'Ivoire. 2007. „Report of the Group of Experts submitted in accordance with paragraph 7 (e) of Security Council resolution 1727 (2006).“ S/2007/349. p. 3



Die *Forces Nouvelles* wiederum erzielten Einkünfte aus illegalem Diamantenhandel aus dem Norden. Trotz eines UN-Embargos konnte die FN den illegalen Abbau und Export von Diamanten im Wert zwischen neun und 23 Millionen US-Dollar im Jahr weiterführen.⁴ Nach Auffassung einer Expertenkommission des „Kimberley Prozesses“, in der auch eine BICC-Mitarbeiterin mitgewirkt hat, gelangen diese Diamanten über die Nachbarstaaten der Elfenbeinküste auch weiterhin auf den Weltmarkt.

Gutes Ressourcenmanagement für Frieden und Entwicklung

Bei der Wiedervereinigung der Elfenbeinküste stellt die wirtschaftliche Integration der beiden Landesteile eine der schwierigsten Aufgaben dar. Die Führer der FN im Norden sind daran interessiert, die Kontrolle über alle wirtschaftlichen Aktivitäten zu behalten, da diese ihre wichtigste Einkommensquellen sind. Die Friedensvereinbarung sieht jedoch die Einrichtung einer einheitlichen staatlichen Autorität vor. Mittlerweile wurden kleine Schritte unternommen, um die staatliche Kontrolle über Handel und Steuern auch im Norden wiederherzustellen.

Zwei weitere Hürden auf dem Weg zu einem dauerhaften Frieden sind die Durchführung von Wahlen sowie die Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration (DD&R) aller Exkombattanten. Aus Sicht der FN sollte zuerst gewählt und dann entwapfnet und demobilisiert werden. Die Regierung zöge es dagegen vor, zunächst die Entwaffnung und Demobilisierung der FN abzuschließen und dann erst Wahlen durchzuführen. Die Friedensvereinbarung sieht nun vor, dass Wahlen und DD&R gleichzeitig stattfinden sollen, was ein Balanceakt und folglich ein langsamer Prozess sein wird.

Die BICC-Studie kommt zu dem Schluss, dass verbessertes Ressourcenmanagement ein wichtiger Faktor für die Entwicklung und auch den Friedensprozess in der Elfenbeinküste ist. Dabei geht es einerseits um die Verwendung der Einkünfte aus der Rohstoffgewinnung. Andererseits bedeutet gutes Ressourcen-

management auch Transparenz bei der gesamten Verwaltung aller Naturrohstoffe. Dies betrifft sowohl die Vergabe von Schürfrechten und Verträgen als auch die Verwendung der Erträge. Hierüber muss die Regierung der Gesellschaft Rechenschaft ablegen.

Nach einer Analyse der derzeitigen Situation in der Elfenbeinküste wird deutlich, dass das Land noch weit von einem solch idealen Zustand entfernt ist. Aber erste Schritte in Richtung größerer Transparenz und Verantwortlichkeit können identifiziert werden und geben ein wenig Hoffnung.

Lena Guesnet

Projekttitle:	EU NGOs – Aktionen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Entwicklungsfragen im Rahmen der „Fatal Transactions“ Kampagne
Laufzeit:	Seit Januar 2007
Gefördert durch:	Europäische Kommission (EU)
Projektleiter:	Wolf-Christian Paes
Projektmitarbeit:	Lena Guesnet, Jolien Schure
Publikationen:	s. Publikationsliste

⁴ United Nations, United Nations Group of Experts on Côte d'Ivoire. 2006. "Report of the Group of Experts submitted in accordance with paragraph 2 of resolution 1708 (2006)." S/2006/964

Nach Frieden schürfen: Private Unternehmen in Konfliktregionen

Am 21. und 22. November 2008 führte das BICC in Zusammenarbeit mit dem europäischen Aktionsbündnis *Fatal Transactions* in der Deutschen Welle in Bonn die internationale Konferenz „DIGGING FOR PEACE – *Private Companies and Emerging Economies in Zones of Conflict*“ durch. Vertreter aus Zivilgesellschaft, Unternehmen und Politik diskutierten die Rolle von Privatunternehmen in Konfliktregionen.

Welche Rolle spielen Privatunternehmen in Konfliktregionen? Welche Konsequenzen hat ihr Verhalten? Welche positiven Beiträge, im Sinne einer sozialen unternehmerischen Verantwortung (*corporate social responsibility*), können sie für Frieden und Entwicklung leisten? Um diese Fragen zu analysieren hatte das BICC Vertreter von Unternehmen, die in Konfliktregionen tätig sind, sowie Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Regierungen eingeladen. Besondere Aufmerksamkeit galt auch aufstrebenden Unternehmen aus Schwellenländern, vor allem aus China. Angestrebt wurde ein Austausch zwischen Wirtschaftsvertretern, zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren sowie Akademikern.

Aufbauend auf Erfahrungen aus den Ansätzen zur Regulierung des Diamantenhandels (*Kimberly Process*) und zur Transparenz im extraktiven Sektor (der *Extractive Industries Transparency Initiative*, EITI) sollten Handlungsoptionen gesucht werden. So nahm Peter Eigen, Vorsitzender von EITI und Gründer von *Transparency International*, als Schirmherr an der Konferenz teil.

Wie gutes Ressourcenmanagement zu Frieden und Entwicklung beitragen kann, erläuterte Festus Mogae, ehemaliger Präsident Botswanas.

Rohstoffförderung in Konfliktgebieten – Fallbeispiele aus Afrika

Die Probleme von Rohstoffförderung in Konfliktgebieten diskutierte die Konferenz an den Beispielen Liberia, Elfenbeinküste und Sudan.

Alfred Brownell von der liberianischen NGO *Green Advocates* stellte dar, wie die Ausbeutung natürlicher Rohstoffe, in Liberia insbesondere von Holz, zur Verschärfung von Konflikten um Landbesitz führen.

Jolien Schure, BICC, präsentierte den Fall Elfenbeinküste. Einnahmen aus Kakaowirtschaft und Diamanten-

handel finanzierten die kriegerischen Auseinandersetzungen im Jahr 2002. Ziel müsse sein, die Einnahmen gut zu verwalten und zur Entwicklung des Landes einzusetzen. Hier können Unternehmen, NGOs und Konsumenten positiv Einfluss nehmen und gutes Ressourcenmanagement einfordern.

James Ninrew, Exekutivdirektor der NGO *Assistance Mission for Africa*, arbeitete die Zusammenhänge zwischen Krieg, Ressourcenabbau und negativen Konsequenzen für die Bevölkerung im ölfreien Sudan heraus. Problematisch seien die Landverreibungen, für die bisher kein Schadensersatz an die Betroffenen gezahlt wurde.

Die Verantwortung von westlichen Unternehmen

Vertreter von internationalen Unternehmen reflektierten ihre Verantwortung in Konfliktregionen. Investitionssicherheit, Menschenrechtsfragen und Verhaltenskodizes standen dabei im Mittelpunkt. So machte Andrew Bone, Direktor für Internationale Beziehungen bei De Beers deutlich, dass Investitionen und Sicherheit zusammengehören. Nur wenn beides gegeben sei, könne Entwicklung stattfinden.

John O'Reilly, ehemals *Senior Vice President for External Affairs* bei *British Petroleum* forderte, dass Unternehmen Menschenrechte respektieren müssten. Es gebe Chancen für besser funktionierende Verhaltenskodizes in den kommenden Jahren. Verbindliche Vorschriften lägen jedoch noch in weiter Ferne.

Philip Sigley, Generaldirektor der *Federation of Cocoa Commerce* (FCC), stellte das FCC-Konzept zur kommunalen Infrastrukturentwicklung auf *Public-Private-Partnership*-Basis vor.

Salil Tripathi, *Senior Policy Adviser* bei *International Alert*, plädierte für mehr Selbstreflexion von Unternehmen in Konfliktregionen. Sie könnten nie als neutral, sondern immer nur als Akteur gesehen werden. Unternehmensentscheidungen sollten auf dieser Erkenntnis basieren.

Streitfall China – wer ist der bessere Investor in Afrika?

Ein weiterer wichtiger Fokus der Konferenz lag auf den komplexen Beziehungen zwischen Afrika, China und Europa.



Ana Cristina Alves, Wissenschaftlerin im *China in Africa Project* am SIIA (*South African Institute of International Affairs*), erläuterte das „Angola-Modell“. Danach biete China im Tausch für Rohstoffe Kredite für Infrastrukturentwicklung. In diesem Bereich läge das finanzielle Engagement Chinas in Afrika weit über dem von Weltbank, Frankreich und USA zusammengenommen.

Bo Kong, Direktor der *Global Energy and Environment Initiative*, wandte sich gegen die Vorwürfe, dass chinesische Unternehmen als Marionetten ihrer Regierung die neuen Kolonisatoren seien, die lediglich den Westen ausstechen wollten sowie Korruption und Instabilität förderten.

Felicien Mbikayi, von der NGO GAERN (*Groupe d'Appui aux Exploitants des Ressources Naturelles*), problematisierte die chinesischen Investitionen in der Demokratischen Republik Kongo. Der Bedarf an Investitionen, insbesondere im Bereich der natürlichen Rohstoffe, sei enorm. Für alle Investoren sollten zwar nationale und internationale Menschen- und Arbeiterrechte sowie Umwelt- und Transparenzstandards gelten. Da aber die Regierung der DRK selbst schwach sei, bestünde Anlass zur Sorge, dass gerade die chinesischen Investoren sich nicht hinreichend dazu veranlasst sähen, diese Regelungen auch zu berücksichtigen.

Anders Lustgarten, *Counterbalance*, hielt die westliche Kritik an China insofern für einseitig, als sich etwa auch die Europäische Investment Bank als einer der größten öffentlichen Geldgeber weltweit nicht an die Sozial- und Umweltstandards der EU hielte. Europäische Konsumenten seien gefordert, sich für ein verantwortungsvolles Handeln ihrer Institutionen einzusetzen.

Jonathan Holslag, BICCS (*Brussels Institute of Contemporary China Studies*), erläuterte die Politikansätze der Europäischen Union zum Umgang mit China in Afrika. Zwar habe es zunächst ambitionierte Vorschläge zu konstruktiver Zusammenarbeit und *ownership* für die afrikanischen Staaten gegeben, die jedoch u.a. auch auf Grund der unterschiedlichen Interessen der EU-Mitgliedstaaten gescheitert seien.

Wenran Jiang vom *China Institute* der Universität Alberta) und Alfred Brownell warnten schließlich vor

Heuchelei und Doppelstandards in Bezug auf China. Letztendlich müsse es die souveräne Entscheidung afrikanischer Staaten sein, ob sie mit China Geschäfte machen wollen.

Fatal Transactions fördert den Dialog

Die Konferenz bot eine Plattform für Begegnung und Dialog zwischen Zivilgesellschaft aus Nord und Süd, Privatunternehmen und Politik. Ein solcher Austausch zwischen den relevanten Akteuren sowie die Benennung und Diskussion von Problemen ohne Ausgrenzungen ist ein wichtiges Anliegen der Kampagne *Fatal Transactions*. Denn nur im Dialog können Lösungen gefunden werden, durch die der Abbau natürlicher Rohstoffe Frieden und Entwicklung in Afrika fördert statt Krieg und Zerstörung voranzutreiben.

Ein Fazit der Konferenz: Mit Initiativen wie EITI und dem *Kimberley Process* wurden Lösungsansätze geschaffen. Nun gilt es aus ihnen zu lernen und ihre Basis zu verbreitern. Das BICC wird *Fatal Transactions* dabei durch seine angewandte Forschungsarbeit auch weiterhin unterstützen.

Lena Guesnet

Projekttitle:	Digging for Peace: Private Companies and Emerging Economies in Zones of Conflict. International Fatal Transactions Conference 2008
Laufzeit:	September 2008 bis April 2009
Gefördert durch:	Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse in Bonn, Oxfam Novib, Europäische Kommission (EU)
Projektleitung:	Wolf-Christian Paes
Projektmitarbeit:	Lena Guesnet, Jolien Schure
Publikationen:	s. Publikationsliste www.fataltransactions.de www.fataltransactions.org

Messlatten für Konfliktmanagement in multiethnischen Föderationen

Von 2005 bis 2008 untersuchte ein von der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) finanziertes Projekt den ethnischen Föderalismus und fragte nach seinen institutionellen Voraussetzungen für Stabilität und Konfliktregelung. Als Beispiele dienten die vier multiethnischen Föderationen Russland, Indien, Nigeria und Spanien. Eine Buchpublikation ist in Vorbereitung und wird 2009 erscheinen.

Das Zusammenleben von ethnischen Gruppen innerhalb eines Staates führt immer wieder zu Konflikten. Das Projekt fragte nach der Fähigkeit zur Konfliktregelung innerhalb von multiethnischen Föderationen. Anhand von zehn „Messlatten“ untersuchte das Projekt, worin das deeskalierende bzw. präventive Potenzial des Ethnoföderalismus besteht und zog Bilanz für die analysierten Staaten.

Diskurse über Multinationalität

Das wohl bekannteste Gegengift zum Ethnonationalismus besteht in der Politik der Anerkennung, in öffentlichen Diskursen über Multinationalität und Multikulturalismus. Ethnoföderalismus gibt territorial konzentrierten, aber auch zerstreuten Gruppen ein Gefühl der Sicherheit. Multiethnische Symbolik ist hilfreich, für sich genommen jedoch zur Konfliktregelung noch nicht ausreichend.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Ethnische Föderationen drohen zu einer Ethnokratie zu mutieren, wenn bestimmte ethnische Gruppen sich den Staatsapparat aneignen. Einmal verfügbar, wird ethnischer Föderalismus dann zu einem Mittel exklusiver Macht- und Ressourcenverteilung, er fördert Gruppenprotektionismus und ethnischen Klientelismus. Insbesondere Indien und Nigeria, aber auch Russland bieten vielfältige Evidenz für diese ethnische Patronage. Ethnische „Elitokratie“, der Schutz patriarchalischer Ordnungen, die Abwertung und Intoleranz gegenüber „Minderheiten in der Minderheit“ sind besonders in einigen Regionen Russlands und Nigerias anzutreffen. Die empirischen Befunde belegen, dass ethnische Exklusivität und autoritäre Herrschaft sich wechselseitig stützen. Ethnische Konfliktregelung bedarf deshalb vor allem eines Wettbewerbs innerhalb ethnischer und religiöser Gruppen, nicht zwischen ihnen.

Barrieren gegen Zentralismus und ethnische Hegemonie

In multiethnischen Staaten ist die Zentralregierung häufig versucht, ihren Einfluss gegenüber den Regionen auszudehnen, insbesondere wenn die herrschende Partei Machteinbußen fürchtet. Umgekehrt sind regionale Eliten versucht, ihre Agenda in den Vordergrund zu drängen und nationale Politik zu schwächen. Zentralistischen Tendenzen kann durch Machtteilung in der Zentralregierung entgegengewirkt werden. Positiv heben sich in dieser Hinsicht Spanien und Indien ab. Machtbeteiligung und damit potentiell Machtbeschränkung ist in Nigeria zumindest durch die Vorgaben des „föderalen Charakters“ gegeben. Am schwächsten fällt in dieser Hinsicht die Bilanz in Russland aus.

Verhandlungsarenen

Die Annahme eines fundamentalen Gegensatzes von nationalen und regionalen Akteuren ist allzu vereinfachend, denn neben ethnischem Poker gibt es stets auch Anreize zur Kooperation. Arenen für exekutiven Föderalismus schaffen Foren für die Entscheidungsfindung. Positiv im Sinne Ergebnis offener intergouvernementaler Verhandlungsarenen heben sich Indien, Spanien und Russland unter Jelzin ab. In Nigeria stellt sich die Situation eher negativ dar.

Neutrale Schiedsrichter

Oberste bzw. Verfassungsgerichte können die Expansion der Zentralmacht bremsen, sofern sie unabhängig und neutral sind. Indien, Spanien und mit Einschränkungen Nigeria sind positive Beispiele für die Möglichkeit gerichtlicher Beschränkung der Zentralmacht. In Russland hat sich das Verfassungsgericht hingegen in fundamentalen Entscheidungen als abhängig, opportunistisch und willfährig gegenüber den Wünschen des Präsidenten erwiesen.

Fragmentierung und Segmentierung

Entgegen der Sicht, wonach es das Beste sei, regionale Grenzen so zu ziehen, dass Minderheiten zur regionalen Mehrheit werden, ist dies vielfach nur zum Preis ethnischer Vertreibung möglich. Multiethnizität



in den Regionen kann hingegen die Möglichkeit fördern, dass regionale statt ethnisch exklusive Identitäten entstehen.

Flexibilität

Je mehr die ethnischen Gruppen in ihrem Charakter differieren, umso differenzierter sollte auch ihr institutioneller Status ausfallen. Staatliche Unterstützung sollte somit nicht an der Rhetorik von Ethnopolitikern ausgerichtet sein, sondern an tatsächlicher Bedürftigkeit und demokratischer Repräsentation.

Ethnienübergreifende Interessen im Parteiensystem

Der Vergleich von Russland, Indien, Nigeria und Spanien zeigt, dass dem Parteiensystem eine entscheidende Bedeutung für die Einbeziehung regionaler Eliten zukommt. Multiethnisches Politikerverhalten ist umso wahrscheinlicher, je weniger absolute ethnische Mehrheiten zu erwarten sind und je mehr Verluste im eigenen Lager durch Stimmengewinne jenseits der eigenen Gruppe kompensiert werden können.

Öffentliche Güter

Die Einrichtung von ethnischen Regionen hat in einigen Fällen die Entwicklung spürbar gefördert. Die föderale Umverteilung ist jedoch häufig deshalb konfliktiv, weil sie nicht transparent, sondern an politischem Opportunismus orientiert ist. In Nigeria ist die Umverteilung extrem konfliktträchtig. In Russland waren und sind die Kriterien intransparent und abhängig von Opportunitätserwägungen. Auch in Indien sind die föderalen Umverteilungsmechanismen undurchsichtig. Das höchste Maß an entsprechender Vorhersehbarkeit war in Spanien anzutreffen.

Zeitliches Handeln

Jelzin ist den ethnischen Regionen Anfang der 1990er Jahre mit flexiblen Angeboten entgegengekommen, dies bot eine Alternative zur Sezession. In Spanien ist die Föderalisierung unmittelbar nach Franco beherrscht und flexibel angegangen worden. Die indische Unionsregierung reagierte jedoch meist erst auf Gewalt eskalation. Nigeria weist diesbezüglich eine Parallele zu Indien auf: Das System reagierte häufig erst, wenn sich Unmut gewaltsam äußerte.

Weder schlafende Schönheit noch monströser Frankenstein

Im Idealfall entsteht aus Ethnoföderalismus eine Regionalidentität, die sprachlich-kulturelle Affinitäten und Eigenheiten schützt, aber nicht zur einzigen Maßgabe politischer Identität überhöht. Ethnischer Föderalismus hat allerdings bisher für einige Konfliktlagen kaum Lösungen anzubieten. Dazu gehören besonders Spannungen, die durch Migration ausgelöst werden. Darüber hinaus zieht die Gewährung von Autonomie regelmäßig weitergehende Forderungen nach sich. Schließlich weiß Föderalismus keine Antwort auf das Problem, dass sich säkularer Nationalismus in religiösen Fundamentalismus transformieren kann, welcher mit territorialer Autonomie nicht zu befrieden ist.

Ethnischer Föderalismus ist für sich genommen weder eine schlafende Schönheit noch ein monströser Frankenstein. Er muss durch föderale Werte, Konstitutionalismus, demokratische Entscheidungsprozesse und ein integratives Parteiensystem gestützt werden.

Dr. Andreas Heinemann-Grüder

Projekttitel:	Ethnischer Föderalismus – Institutionelle Voraussetzungen für Stabilität und Konfliktregelung
Laufzeit:	2005 bis 2008
Gefördert durch:	Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF)
Projektleitung:	Dr. Andreas Heinemann-Grüder
Projektmitarbeit:	Kooperationspartner in den Untersuchungsländern
Publikationen:	s. Publikationsliste

Geschäftsbericht

Das BICC (Internationales Konversionszentrum Bonn – Bonn International Center for Conversion) wurde 1994 als gemeinnützige GmbH auf Initiative des damaligen NRW-Ministerpräsidenten Johannes Rau und des Wissenschaftsministeriums gegründet. Seit numehr 15 Jahren forscht, berät und unterstützt das BICC die Vereinten Nationen, die Europäische Union, Regierungen, Kommunen und gesellschaftliche Gruppen bei der Umsetzung der Abrüstung und allen Fragen an der Schnittstelle zwischen Frieden und Entwicklung.

Internationales Konversionszentrum Bonn - Bonn International Center for Conversion (BICC) GmbH

An der Elisabethkirche 25, 53113 Bonn,
Telefon: 0228-911 96-0, Fax: 0228-241215,
E-Mail: bicc@bicc.de, Internet: www.bicc.de
Geschäftsführer: Peter J. Croll
Prokurist: Michael Dedek
Handelsregister: Bonn HRB 6717
Steuernummer: 5202/5783/0483
VAT Umsatzsteueridentifikationsnummer: DE811913398

Gesellschafter des BICC:

Land Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf:	85%
Land Brandenburg, Potsdam:	15%

Die BICC GmbH hat seit November 2008 nur noch zwei Gesellschafter – das Land NRW und das Land Brandenburg. Die Gesellschaftsanteile der LEG Landesentwicklungsgesellschaft NRW GmbH und NRW.BANK wurden in der Folge der Umstrukturierung der beiden Unternehmen vom Land NRW übernommen. Damit dokumentiert der Hauptgesellschafter sein Engagement für Entwicklung und Frieden nachhaltig.

Das BICC hat einen Aufsichtsrat, der die Gesellschafter berät und die Geschäftsführung überwacht. Er besteht aus sieben Mitgliedern, die von der Gesellschafterversammlung bestellt werden. Der Aufsichtsrat ist u.a. zuständig für die Genehmigung der jährlichen Arbeitsprogramme und Finanzplanungen.

Die Aufsichtsratsmitglieder im April 2009

1. Dr. Michael Stückradt, Vorsitzender des Aufsichtsrates, Staatssekretär, Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
2. Michael Deitmer, Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
3. Theo Goßner, Direktor, NRW.Bank, Düsseldorf
4. Franz Meiers, Geschäftsführer LEG Stadtentwicklung GmbH & Co. KG, Düsseldorf
5. Winfried Mengelkamp, Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
6. Dirk Reitemeier, Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg, Potsdam
7. Helmut Rubin, Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Das BICC und insbesondere die Geschäftsführung werden in allen wissenschaftlichen, politischen und auch akquisitorischen Fragen von einem internationalen Kuratorium beraten. Dieses Kuratorium macht Vorschläge zum Arbeitsprogramm, kommentiert die Publikationen des BICC und gibt inhaltliche Anregungen. Die Mitglieder werden von der Gesellschafterversammlung berufen.

Um seine vielfältigen Aufgaben und Dienstleistungen in den Bereichen anwendungsorientierte Forschung, Beratung und Training erbringen zu können, vertraut das BICC auf eine internationale Belegschaft. Im Jahr 2008 waren durchschnittlich 34 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, davon zwölf in Vollzeit sowie 22 in Teilzeit (inkl. fünf studentische Hilfskräfte, drei wissenschaftliche Hilfskräfte und zwei geringfügig Beschäftigte).

Das Konversionszentrum bietet Praktikantinnen und Praktikanten die Möglichkeit der Mitarbeit in einem international tätigen Zentrum. Die inhaltliche Arbeit in den Projekten profitiert sehr häufig davon. Zwischen



Das Internationale Kuratorium im April 2009

1. Dr. Sverre Lodgaard (Norwegen), Vorsitzender des Internationalen Kuratoriums, eh. Direktor des Norwegischen Institutes für Internationale Politik (NUPI)
2. Prof. Dr. Hans Blix (Schweden), Vorsitzender der *International Commission on Weapons of Mass Destruction*
3. Anke Brunn (Deutschland), Ministerin a. D. und Mitglied des Landtages des Landes Nordrhein-Westfalen
4. Jayantha Dhanapala (Sri Lanka), Untergeneralsekretär a. D., *United Nations Department for Disarmament Affairs* (UNDDA)
5. Prof. Dr. Wolfram Hilz (Deutschland), Geschäftsführender Direktor, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Rheinische-Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
6. Karin Kortmann (Deutschland), Parlamentarische Staatssekretärin, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
7. Dr. Patricia Lewis (Großbritannien), Stv. Direktorin, *James Martin Center for Nonproliferation Studies* (CNS)
8. Prof. Dr. Volker Rittberger (Deutschland), Vorsitzender des geschäftsführenden Vorstandes, Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF)
9. Dr. Michael Stückradt (Deutschland), Staatssekretär, Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen
10. Prof. Ramesh Thakur (Kanada), *Distinguished Fellow, Centre for International Governance Innovation* (CIGI) und Professor der Politikwissenschaften, Universität Waterloo, Kanada
11. Dr. Reinhard Weise (Deutschland), Geschäftsführer, Berlin-Brandenburger Flächenentwicklungs GmbH
12. Dr. Theodor Winkler (Schweiz), Direktor, *Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces* (DCAF)

Januar 2008 und März 2009 waren mehr als 18 Praktikantinnen und Praktikanten aus sechs Ländern am BICC tätig.

Wirtschaftliche Entwicklung

Die Finanzen der GmbH basieren auf zwei Säulen: Das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) unterstützt das Konversionszentrum als Hauptgesellschafter mit einer Hauptzuwendung. Diese ermöglicht es im Rahmen des sogenannten Drittgeschäftes, Aufträge und Förderungen anderer Geldgeber zu akquirieren. Die Aufgaben, die mit diesen Mitteln verbunden sind, reichen von Forschung über Beratung und *Capacity Building* bis hin zu sonstigen Dienstleistungen. Das BICC ist stets bemüht, das Volumen dieses Drittgeschäftes zu steigern. Im Jahr 2008 konnten diese Umsätze weitgehend so konstant gehalten werden, dass sie erneut fast die vom Land NRW bereitgestellten Mittel erreichten.

Die Verstärkung der Drittmittelakquisition und die weitere Konsolidierung aller Kostenkategorien waren für die betriebswirtschaftliche Orientierung und das Handeln der Geschäftsleitung zentral. Es galt, die erneute Kürzung der Hauptzuwendung (minus 4,6 Prozent) aufzufangen. Dies ist dank erheblicher Anstrengungen fast gelungen. Die Betriebsleistung war zwar gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig (minus 0,9 Prozent). Dieser Rückgang konnte allerdings durch eine Reduktion der Betriebsaufwendungen um 1,1 Prozent aufgefangen werden. Das BICC musste nur einen leichten Fehlbetrag ausweisen.

Damit wurde die erneute Kürzung der Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen durch einen Anstieg des durchschnittlichen Deckungsbeitrags der Projekte des Drittgeschäftes aufgefangen. Dies ist u.a. darauf zurückzuführen, dass es gelungen ist, verstärkt anwendungsorientierte Projekte zu akquirieren, die über die direkten Projekteinzelnkosten hinaus einen Deckungsbeitrag zu den Gemeinkosten des Hauses erbringen. Die Akquisitionsbemühungen werden sich weiterhin in diese Richtung bewegen. Dies eröffnet die Chance, die Ertragsituation in einzelnen Projekten zu verbessern.

Tendenziell geht dieser Trend zu Lasten der Forschungsarbeit, da hier oft nur die direkten Einzelkosten

Die wichtigsten Projekte 2008/2009 im Überblick:

Anwendungsorientierte Forschung		Auswahl Produkte/ weitere Informationen
DIASPEACE – Diaspora für Frieden: Muster, Trends und Potential von Diasporabeteiligung in Konfliktsituationen. Fallstudien am Horn von Afrika	seit März 2008	Projekt im Rahmen des 7. Forschungsrahmenprogramms der EU – siehe www.diaspeace.org
Die Rolle des Sicherheitssektors für die Stabilität und Herrschaftsdynamik der Regimes in Zentralasien	seit Juli 2006	Forschungsprojekt, finanziert von der Volkswagenstiftung
Söldneridentitäten – Zum Selbstverständnis von Angestellten militärischer Sicherheitsfirmen im Irak	seit September 2008	explorative Forschungsstudie, finanziert von der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF)
Traditionelle Konfliktlösungsmechanismen und Kleinwaffen als Faktor für Entwicklung	seit November 2008	Forschungsvorhaben mit Fallstudien zu Ghana, Uganda und Ost-Timor, finanziert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Vergewaltigung und Krieg – Sexualisierte Gewalt gegen Frauen in bewaffneten Konflikten	seit November 2008	Pilotstudie mit Feldforschung in El Salvador und Bosnien für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Verkehrsinfrastruktur in Deutschland und ihre Bedeutung für Sicherheitstechnologien und Arbeitsplätze	bis November 2008	Kurzstudien im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung
Beteiligung des BICC am jährlichen Friedensgutachten	seit 1999	Buchveröffentlichung siehe www.friedensgutachten.de
Beratung		
Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte	seit Mai 2002	Datenbanken und Länderberichte mit Grunddaten zu Rüstung, Militär, Sicherheit, Menschenrechten und Regierungsführung in 170 Ländern www.ruestungsexport.info
Kleinwaffen-Survey in der Demokratischen Republik Kongo	seit November 2008	Erhebung und Auswertung in Zusammenarbeit mit GRIP, Belgien, im Auftrag des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP)

Förderung von Entwicklung und Umsetzung eines zivilen SALW-Trainingsprogrammes in Westafrika	bis September 2008	Beratung für ein Pilottraining am <i>Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre</i> (KAIPTC)
Weitere Beratung im Themenfeld Kleinwaffen	seit September 2008	z.B. Beratung der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) zur Kleinwaffenkontrolle in der <i>East African Community</i> (EAC)
Die Beratung des Hochkommissariats für Wiedereingliederung in Kolumbien	seit Juni 2008	Unterstützung des Demobilisierungs- und Reintegrationsprozesses in Kolumbien durch die Beratung der zuständigen Regierungsbehörde im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)

Kapazitätsaufbau (Capacity-Building)

Kapazitätsaufbau für Kleinwaffenkontrolle und Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration (DD&R) im Südsudan	bis März 2008	in Zusammenarbeit mit örtlichen Partnern, Angehörigen der Zivilgesellschaft und der Regierung des Südsudan – siehe www.bicc.de/sudan
Mitarbeit im Netzwerk <i>Fatal Transactions</i> (FT), Lobby- und Bildungsarbeit zum Thema Ressourcen und Konflikte – Ausrichtung der Jahreskonferenz 2008: <i>“Digging for Peace – Private Companies and Emerging Economies in Zones of Conflict”</i> , 20. - 21. November 2008	seit Jan 2007	wissenschaftliche Unterstützung Veranstaltungen, Website, PR-Arbeit, Ausstellungen, Exertengespräche – siehe www.bicc.de/fataltransactions/
Rohstoffe für eine gerechte Welt – Fotoausstellung	seit April 2008	Beitrag zur entwicklungspolitischen Bildung, finanziert von Internationale Weiterbildung und Entwicklung (InWEnt) aus Mitteln des BMZ, siehe auch www.rohstoffgerechtigkeit.de
Internationale Konferenzen: <i>“The Security-Migration Nexus I: Challenges and Opportunities of African Migration to EU Countries”</i> sowie <i>“Migration and Displacement in Sub-Saharan Africa. The Security-Migration Nexus II”</i>	bis Mai 2009	22. - 23. Februar 2008 sowie 13. - 14. Februar 2009 in Bonn, finanziert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Dokumentation des <i>Global Media Forum</i> der Deutschen Welle, Ausrichtung eines Workshops: Ressourcen, Konflikte und die Rolle der Medien, 2. - 4. Juni 2008	bis August 2008	Durchführung eines Workshops, siehe auch dw-gmf.de/archive/2008/1174.php



(z.B. die Personalkosten des Bearbeiters, die Kosten für Reisen) nicht aber Teile der Gemeinkosten (z.B. Infrastruktur) von Projekten gefördert werden.

Problematisch bleibt auch die Finanzierung etwaiger Eigenanteile bei EU-Projekten. So sind z.B. bei vielen für das BICC inhaltlich attraktiven Förderlinien des Amtes für Zusammenarbeit EuropeAid der EU-Kommission Förderquoten von nur 75 Prozent der Einzelkosten vorgesehen. Jedes dieser Projekte benötigt mithin eine signifikante Subvention aus anderen Erlösquellen des BICC. Bei einer sinkenden Hauptzuwendung engt sich dann auch zwingend der Akquisitionsspielraum ein.

Damit wird deutlich, dass das BICC ohne eine weitere Unterstützung des Landes NRW oder anderer Partner solche Vorhaben nur sehr begrenzt bearbeiten kann.

So vielfältig wie die Aufgaben und Projekte des BICC, so divers sind auch die Finanzquellen. Zu den Mittelgebern zählt die Bundesregierung, die Europäische Union ebenso wie das Entwicklungshilfeprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) oder Stiftungen, Unternehmen und andere Körperschaften.

Michael Dedek

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2008 bis zum 31. Dezember 2008

	Ist 2008
Umsatzerlöse	
a) Hauptzuwendung des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes NRW	980.600
b) Projekteinnahmen aus abgeschlossenen Projekten	896.451
c) Kostenerstattungen und sonstige Einnahmen	21.530
Bestandsveränderung bei unfertigen Projekten (HfA)	40.621
Sonstige betriebliche Erträge	17.316
	Betriebsleistung 1.956.517
Materialaufwand in Projekten	391.099
Personalaufwand	1.235.134
Planmäßige Abschreibungen	11.712
Übrige Betriebsaufwendungen (Raumkosten etc.)	338.306
	Betriebsaufwendungen 1.976.251
Finanzergebnis	11.799
	Geschäftsergebnis = Jahresfehlbetrag -7.935

Publikationsliste (Januar 2008 bis April 2009)

Briefs

brief 39. Fischer, Clara und Ruth Vollmer, Hg. 2009. "Migration and Displacement in Sub-Saharan Africa. The Security-Migration Nexus II." *brief 39*. Bonn: BICC.

brief 38. Guesnet, Lena, Jolien Schure und Wolf-Christian Paes, Hg. 2009. "Digging For Peace: Private Companies and Emerging Economies in Zones of Conflict." *brief 38*. Bonn: BICC.

brief 37. Wirkus, Lars und Ruth Vollmer, Hg. 2008. "Monitoring Environment and Security Integrating concepts and enhancing methodologies." *brief 37*. Bonn: BICC.

brief 36. Sommer, Jerry und Andrea Warncke, Hg. 2008. "The Security-Migration Nexus: Challenges and Opportunities of African Migration to EU Countries." *brief 36*. Bonn: BICC.

Bulletins

BICC bulletin, No. 49, January-March 2009
Feature: 15 years BICC, Peter J. Croll and Susanne Heinke.

BICC bulletin, No. 48, October-December 2008
Feature: A Development-oriented Approach—Resource Governance in Botswana, H.E Festus Mogae.

BICC bulletin, No. 47, July-September 2008
Feature: A light at the end of the tunnel?, Peter J. Croll.

BICC bulletin, No. 46, April-June 2008
Feature: Conflict and Violence: The Limitations of Northern Academic Perspectives, Kevin Clements.

BICC bulletin, No. 45, January-March 2008
Feature: The Security-Migration Nexus, Andrea Warncke.

BICC-Focus

BICC Focus 8. *Conflict diamond and peace process in Côte d'Ivoire; Diamants de conflit et processus de paix en Côte d'Ivoire.* Fatal Transactions, Juni 2008.

BICC Focus 7. *'Yellow Imperialism' or 'successful wealth creation formula, How the trade in natural resources is changing Chinese-African relation*
Peter J. Croll, Andreas Lebzien, Wolf-Christian Paes, Mai 2008.

BICC Papers

Dehéz, Dustin. 2009. "The Scarcity of Land in Somalia. Natural Resources and their Role in the Somali Conflict." *Occasional Paper III*. Bonn: BICC, April.

Radeke, Helen. 2009. „Sierra Leone: Mit Sicherheit eine gute Wahl? Eine Zwischenbilanz der demokratischen Friedenskonsolidierung." *Occasional Paper II*. Bonn: BICC, April.

Sommer, Jerry, Hg. 2009. "New Chances for a Compromise in the Nuclear Dispute with Iran?" *Occasional Paper I*. Bonn: BICC, März.

Heinze, Marie-Christine. 2008. „Die Peacebuilding Commission der Vereinten Nationen. Ein Generalschlüssel für den Frieden?" *Konzeptpapier*. Bonn, BICC, März.

Newsletter Diaspora

Newsletter No. 2: Diaspora – Migration – Peacebuilding. BICC, Februar 2009 (englisch)

Newsletter No.1: Diaspora – Migration – Peacebuilding. BICC, Oktober 2008 (deutsch und englisch)

Newsletter Fatal Transactions

Newsletter No. 3, Dezember 2008.

Newsletter No. 2, März 2008.

Newsletter No. 1, Januar 2008.

Andere BICC Publikationen

Isikozlu, Elvan, Ananda Millard und Sebastian Gerlach. 2009. "Wartime Rape and Post-conflict Research. A BICC Project." Project Overview. Bonn: BICC, März.

Heinemann-Grüder, Andreas, Jochen Hippler, Markus Weingardt, Reinhard Mutz und Bruno Schoch, Hg. 2008. *Friedensgutachten 2008*. Münster: LitVerlag.

Ashkenazi, Michael, Christine Beeck, Elvan Isikozlu, Hg. 2008. *TRESA-Modul. Marking and Tracing Small Arms and Light Weapons*. Bonn: BICC.

Küchle, Hartmut. 2008. „Kritische Infrastruktur: Sicherheitstechnologische Lösungen zum Schutz der Bahnhöfe vor Anschlügen und ihr Arbeitsplatzpotenzial." Enderbericht, Bonn: BICC, Oktober.

Küchle, Hartmut. 2008. „Seehäfen als neuralgische Zone der kritischen Infrastruktur. Sicherheitstechnologische Lösungen und Arbeitsplätze am Beispiel des Hamburger Hafens.“ Endbericht. Bonn: BICC, Mai.

South Sudan Action Network on Small Arms (SSANSA). Newsletter Update, März 2008.

Küchle, Hartmut. 2008. „Innovationen zum Schutz deutscher Flughäfen vor Anschlägen. Sicherheitstechnologien und Arbeitsplätze am Beispiel des Düsseldorfer Flughafens.“ Endbericht. Bonn: BICC, Februar.

Newsletter: Capacity-building on small arms control and DD&R in Southern Sudan. Wolf-Christian Paes, Januar 2008.

Weitere Veröffentlichungen

Ashkenazi, Michael. 2008. „Kazakhstan : where surplus arms are not a problem.“ *Contemporary Security Policy*. London, 29, April, S. 129-150.

Ashkenazi, Michael. 2009. „Made in the Developed World: Piraterie, Fischfang und Giftmüll in Somalias Gewässern.“ In Jochen Hippler et al., Hg. *Friedensgutachten 2009*. Berlin, Münster: LitVerlag (i.E.).

Böge, Volker. 2008. „Bougainville: Krieg, Friedenskonsolidierung und Staatsbildung.“ Neuendettelsau: Pazifik-Informationsstelle, S. 17, Lit. - (Dossier / Pazifik-Informationsstelle; Nr. 84).

Böge, Volker. 2009. „Transboundary Water Governance in Regions of Weak Statehood.“ In Larry A. Swatuk und Lars Wirkus, Hg. *Transboundary Water Governance in Southern Africa: Examining Underexplored Dimensions*. Baden-Baden: Nomos.

Croll, Peter J. 2008. „Gesicherte Entwicklung. Eine Verhältnisbestimmung von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik in kritischer Perspektive.“ Online-Texte der Evangelischen Akademie Bad Boll. Verfügbar unter <<http://www.ev-akademie-boll.de/fileadmin/res/otg/670108-croll.pdf>> (aufgerufen am 08.04.2009).

Croll, Peter J. 2008. Rede anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Rohstoffe für eine gerechte Welt“ am 21. November 2008 in der Deutschen Welle, Bonn. Verfügbar unter <<http://www.rohstoffgerechtigkeit.de/wp-content/uploads/2008/11/rede-croll.pdf>> (aufgerufen am 08.04.2009).

Croll, Peter J. 2008. „Five Years of Synergy, Mutual Understanding and Innovative Cooperation.“ *2003-2008. Five Years UNU in Bonn*. Bonn: UNU.

Croll, Peter J. 2008. 3 Fragen. „Wille zur Abrüstung fehlt.“ *loyal*, Nr. 06, S. 19.

Croll, Peter J. 2008. „Licht am Ende des Tunnels?“ *Africa Positive* Nr. 31, S. 14-15.

Heinemann-Grüder, Andreas, Bruno Schoch, Jochen Hippler, Reinhard Mutz und Markus Weingardt, Hg. 2008. *Friedensgutachten 2008*. Berlin, Münster: LitVerlag.

Heinemann-Grüder, Andreas. 2008. „Federal Discourses, Minority Rights, and Conflict Transformation.“ In Cameron Ross und Adrian Campbell, Hg. *Federalism and Local Politics in Russia*. London, New York: Routledge.

Heinemann-Grüder, Andreas. 2008. „Neue Hochrüstung: Ursachen und Alternativen.“ In Andreas Heinemann-Grüder et al., Hg. *Friedensgutachten 2008*. Münster: LitVerlag.

Heinemann-Grüder, Andreas. 2008. „Democratizing the European Union: With or Without Popular Sovereignty?“ In Jose Cipurut, Hg. *Democratizations. Comparisons, Confrontations, and Contrasts*. Cambridge: MIT Press.

Heinemann-Grüder, Andreas. 2008. „Auslandseinsätze der Bundeswehr – Anspruch und Wirklichkeit“. In Hans-Joachim Giessmann und Götz Neuneck, Hg. *Streitkräfte zähmen, Sicherheit schaffen, Frieden gewinnen*. Baden-Baden: Nomos.

Heinemann-Grüder, Andreas. 2008. „Auslandseinsätze der Bundeswehr.“ In Corinna Hauswedell, Hg. *Welche Sicherheit, für wen und mit welchen Mitteln?* Rehbürg-Loccum: Loccumer Protokolle 76/06.

Heinemann-Grüder, Andreas. 2009. „Wie enden Kriege?“ In Hans J. Gießmann, Hg. *Armee im Einsatz – Grundlagen, Strategien und Ergebnisse einer Beteiligung der Bundeswehr*. Baden-Baden: Nomos. (Demokratie, Sicherheit, Frieden; Bd. 191).

Heinemann-Grüder, Andreas und Irina Busygina, Hg. 2009. *Föderalismus und Multiethnizität in Russland*. Moskau: Rosspen (Buchpublikation auf Russisch).

Heinemann-Grüder, Andreas und Irina Busygina. 2009. „Unity and Diversity in Russia's Federalism.“ In Forum of Federations, Hg. *Unity and Diversity in Multiethnic Federations*. Ottawa: McGill-Queen's University Press (i.E.).

Heinemann-Grüder, Andreas. 2009. „Federalism as Conflict Management.“ In Michael Brzoska und Axel Krohn, Hg. *Securing Peace in a Globalized World*. London (i.E.).

Heinemann-Grüder, Andreas. 2009. „Mit UNO-Einsätzen zum Frieden?“ In Jochen Hippler et al., Hg. *Friedensgutachten 2009*. Berlin, Münster: LitVerlag (i.E.).

Heinemann-Grüder, Andreas. 2009. „Föderalismus in Nigeria.“ In Europäisches Zentrum für Föderalismusforschung, Hg. *Jahrbuch des Föderalismus 2009*. Baden-Baden: Nomos (i.E.).

Hippler, Jochen, Christiane Fröhlich, Margret Johannsen, Bruno Schoch und Andreas Heinemann-Grüder, Hg. 2009. *Friedensgutachten 2009*. Berlin, Münster: LitVerlag (i.E.).

Kantel, Verena und Wolf-Christian Paes. 2008. „Coltan – Der Fluch des ‚schwarzen Goldes.‘“ In Manfred Schulz, Hg. *Entwicklungsträger in der DR Kongo – Entwicklungen in Politik, Wirtschaft, Religion, Zivilgesellschaft und Kultur*. Spektrum 100. Lit. Berliner Reihe zu Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in Entwicklungsländern.

Küchle, Hartmut. 2008. „Conversion of Military Sites. Lessons learned in Germany.“ Vortrag zum Anlass des 7. Workshop on Military Base Conversion. Zagreb.

Küchle, Hartmut. 2008. „Rüstungspolitik im Rahmen strategischer Außenpolitik.“ Vortrag am 5. März, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Berlin.

Küchle, Hartmut. 2009. „Bedrohungen und Schutz der kritischen Infrastruktur an Häfen, Flughäfen und Bahnhöfen.“ *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik (ZfAS)*, Nr. 1/2009.

Küchle, Hartmut und Peter Schaaf. 2009. „Technologie und Arbeitsplatzpotenzial des Eurofighters.“ *Strategie & Technik*, Februar.

Küchle, Hartmut. 2009. „Konversion militärischer Anlagen und Produktion – ein Rückblick.“ Vortrag auf der Arbeitstagung der Evangelischen Kirche Stuttgart „Schwerter zu Pflugscharen – Rüstungsexport und Rüstungskonversion“. Stuttgart, 21. April.

Millard, Ananda S. 2009. „Children of War and Peace: The impact of small arms and Light Weapons.“ In United Nations. *UNODA Occasional Papers. No. 14. Conflict of Interests: Children and Guns in Zones of Instability. Panel discussion at the United Nations*. 15th July. New York: United Nations.

Schmidt, Christoph, Wilfried Solbach und Marc von Boemcken, Hg. 2008. *Media in Peacebuilding and Conflict Prevention*. Bonn: Deutsche Welle.

Sommer, Jerry. 2008. „Der Export von Atomkraftwerken – Schritt zu Weiterverbreitung von Nuklearwaffen?“ Norddeutscher Rundfunk, Sendung „Streitkräfte und Strategien“ vom 1. November. Verfügbar unter <<http://www.ndrinfo.de/programm/sendungen/streitkraef-tesendemanuskript120.pdf>>, aufgerufen am 08.04.2009.

Sommer, Jerry. 2009. „Atomkonflikt mit dem Iran – Internationalisierung der Urananreicherung als Kompromiss?“ Norddeutscher Rundfunk, Sendung „Streitkräfte und Strategien“ vom 10. Januar. Verfügbar unter <<http://www.ndrinfo.de/programm/sendungen/streitkraef-tesendemanuskript130.pdf>>, aufgerufen am 08.04.2009.

Sommer, Jerry. 2009. „Kontrollieren statt sanktionieren.“ *Tageszeitung*, Berlin, 19. März.

Sommer, Jerry. 2009. „NATO und Rüstungskontrolle/ Abrüstung. Rückblick und 16 Empfehlungen für eine Abrüstungspolitik der NATO.“ (i.E. auf <www.paulschaefer.info>.)

Swatuk, Larry A. und Lars Wirkus. 2009. "Transboundary Water Governance in Southern Africa: An Introduction." In Larry A. Swatuk und Lars Wirkus, Hg. *Transboundary Water Governance in Southern Africa: Examining Underexplored Dimensions*. Baden-Baden: Nomos.

Swatuk, Larry A. und Lars Wirkus. 2009. "Transboundary Water Governance in Southern Africa: Beyond the State?" In Larry A. Swatuk und Lars Wirkus, Hg. *Transboundary Water Governance in Southern Africa: Examining Underexplored Dimensions*. Baden-Baden: Nomos.

Swatuk, Larry A. und Lars Wirkus, Hg. 2009. *Transboundary Water Governance in Southern Africa: Examining Underexplored Dimensions*. Baden-Baden: Nomos. (Sustainable Peace and Global Security Governance; Vol. 2).

von Boemcken, Marc. 2008. „Network Centric Warfare oder die Automatisierung des Krieges.“ In Niklas Schörnig und Jan Helmig, Hg. *Die Transformation der Streitkräfte im 21. Jahrhundert*. Frankfurt/Main: Campus Verlag.

von Boemcken, Marc. 2008. „Hochrüstung in armen Staaten? Differenzierung von Rüstungsdynamiken in Afrika südlich der Sahara.“ In Andreas Heinmann-Grüder et al., Hg. *Friedensgutachten 2008*. Münster: LitVerlag.

von Boemcken, Marc. 2008. „Das Private Militärgewerbe: Ursachen, Typen und Probleme.“ In Walter Feichtinger, Wolfgang Braumandl und Nieves-Ersebet Kautny, Hg. *Private Sicherheits- und Militärfirmen. Konkurrenten – Partner – Totengräber?* Wien: Böhlau Verlag.

von Boemcken, Marc. 2008. „Sicherheit. Öffentliches Gut oder Privatsache?“ In Corinna Hauswedell, Hg. *Welche Sicherheit, für wen und mit welchen Mitteln?* Loccum: Evangelische Akademie Loccum.

von Boemcken, Marc. 2008. „Deutsche Waffen nach Südamerika. Eine kritische Bestandsaufnahme.“ *Matices-Zeitschrift zu Lateinamerika, Spanien und Portugal*, Nr. 57.

von Boemcken, Marc. 2008. „Sicherheit als Wirtschaftsfaktor: Eine kritische Reflexion.“ Papier für die Tagung „Privatisierung im Sicherheitssektor. Neue sicherheitspolitische Risiken – Neue Synergien“, Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BakS), Potsdam: 20.-21. Februar.

von Boemcken, Marc. 2009. „Condottieri der Gegenwart: Die Globalisierung des privaten Sicherheitsgewebes.“ In Stig Förster und Christian Jansen, Hg. *Die Rückkehr der Condottieri? Das Problem der Privatisierung von Kriegen*. Paderborn: Schöningh-Verlag (Reihe: Krieg in der Geschichte) (i.E.).

von Boemcken, Marc. 2009. „UN Arms Embargoes in the Great Lakes, 1994-2004.“ In Michael Brzoska und George A. Lopez, Hg. *Putting Teeth in the Tiger. Improving the Effectiveness of Arms Embargoes*. London: Emerald (i.E.).

von Boemcken, Marc. 2009. „Arms Embargoes against Eritrea and Ethiopia.“ In Michael Brzoska und George A. Lopez, Hg. *Putting Teeth in the Tiger. Improving the Effectiveness of Arms Embargoes*. London: Emerald. (i.E.).

von Boemcken, Marc. 2009. *Machinic Extimacy: A Critical Meditation on the Dialectics of Technological Apocalypse*. Saarbrücken: VDM Verlag.

Warnecke, Andrea, Hg. 2009. "Diaspora Networks in Europe." Summary report of initial data collection on Somali, Ethiopian and Eritrean Diaspora Organisations in Finland, France, Germany, Italy, the Netherlands, Norway and the United Kingdom, Bonn. (i.E.).

Fotos

- S. 4 Verfügbar unter <<http://www.innovation.nrw.de/ministerium/innovationsminister/index.php>>; 05.03.09
- S. 5 BICC
- S. 7 The NewYorkTimes/Redux/laif. Der ehemalige US-Präsident Bush mit libyschen Gaszentrifugen zur Urananreicherung
- S. 9 Roger L. Wollenberg/UPI/laif. US-Präsident Obama mit Außenministerin Clinton und Verteidigungsminister Gates
- S. 11 UN-Photo. J. Dhanapala vor der UN-Kleinwaffenkonferenz
- S. 13 Christian Aid/Brenda Hayward. Protestaktion Trafalgar Square, London
- S. 17 Smokeonit. Bundeswehr SAR Hubschrauber. Verfügbar unter <<http://www.flickr.com/photos/smokeonit/2442277920/>>; 05.03.09
- S. 19 BICC. „Korruption ist tödlich“. Südsudan
- S. 20 UPI/laif. Der französische Präsident Sarkozy vor dem neuesten Atom-U-Boot „Le Terrible“
- S. 24 Schure/BICC. Kinder in der Elfenbeinküste
- S. 27 mai-bee. Kinder in Kolumbien. Verfügbar unter <<http://www.flickr.com/photos/mai-bee/2477671078/>> 05.03.09
- S. 29 Marie Dorigny/UNFPA. Flüchtlingsfrauen in Afrika.
- S. 31 Jaspers/BICC. Soldat im Südsudan
- S. 33 UNDP. Waffeneinsammlung Liberia
- S. 35 Deutsche Welle/Müller. Podium der internationalen Konferenz am 4. Dezember 2008
- S. 37 UPI/laif. Protestschild gegen den privaten Sicherheitsdienst Blackwater
- S. 39 Thomas Gross/BICC. Migrationskonferenz 2009
- S. 41 Doyle Saylor. African Diaspora in Alameda, United States. Verfügbar unter <http://www.flickr.com/photos/doyle_saylor/431724488/>; 05.03.09
- S. 43 Heinke/BICC. Fotoausstellung beim UN-Tag in Bonn
- S. 45 Schure/BICC. Kinder in der Elfenbeinküste
- S. 47 Deutsche Welle/Müller. Konferenz "Digging for Peace"
- S. 49 Gumtau. Fassade in Irkutsk, Russland. Verfügbar unter <<http://www.flickr.com/photos/gumtau/2124342147/>>; 05.03.09
- S. 51 Deutsche Welle/Müller. Peter J. Croll, Peter Eigen, Festus Mogae und Adolf Kloke-Lesch (v.l.) bei der Konferenz "Digging for Peace"
- S. 54 Heinke/BICC. BICC-Infostand beim UN-Tag in Bonn

Impressum

BICC

Bonn International Center for Conversion – Internationales Konversionszentrum Bonn GmbH

An der Elisabethkirche 25 • 53113 Bonn • Tel.: +49-228-911 96-0 • Fax: +49-228-24 12 15

E-Mail: bicc@bicc.de • Internet: www.bicc.de

Direktor: Peter J. Croll • Herausgeber: Susanne Heinke • Publishing Management: Heike Webb

Frieden und Entwicklung durch anwendungsorientierte Forschung, Beratung und Training

Als unabhängige, gemeinnützige Organisation fördert das BICC Frieden und Entwicklung.

Die Aufgabe

Durch seine Arbeit will das BICC helfen, gewaltsame Konflikte zu verhindern, und zu ihrer konstruktiven Transformation beitragen.

Abrüstung setzt Mittel frei, die zur Bekämpfung der Armut genutzt werden können. Konversion sorgt dafür, dass diese Ressourcen zielgerichtet umgewidmet und bestmöglich genutzt werden können.

Die Arbeit

- **Frieden und Entwicklung:** Das BICC berät bei Demobilisierung und Reintegration (DD&R), evaluiert die damit verbundenen Prozesse sowie Frieden schaffende Instrumente, forscht zur Rolle des Sicherheitssektors, untersucht die Schnittstellen von Entwicklung und Frieden sowie die Früherkennung von Krisen.
- **Rüstung - Globale Trends, Exporte und Kontrolle:** Das BICC untersucht globale Trends bei Verteidigungsausgaben, Streitkräftestärken und Militarisierung, stellt Zusammenhänge zwischen Rüstungsexporten, Entwicklungshilfe und Menschenrechte her und setzt sich für weltweite Rüstungskontrolle ein.
- **Kleinwaffenkontrolle:** Das BICC berät und trainiert weltweit im Bereich der Kleinwaffenkontrolle, berät zu Markierung und Nachverfolgung sowie zur sicheren Lagerung von Kleinwaffen und Munition, erhebt Daten zu ihrer Verbreitung und evaluiert ihre Kontrolle.
- **Rohstoffe und Konflikte:** Das BICC erforscht den Zusammenhang zwischen Rohstoffen und Konflikten. Das Zentrum und macht entwicklungspolitische Lobby- und Bildungsarbeit zu diesem Thema.
- **Migration und Konflikte:** Das BICC untersucht Zusammenhänge von afrikanischer Migration und Sicherheit, diskutiert Herausforderungen der Binnenmigration in Afrika südlich der Sahara und beschäftigt sich mit der afrikanischen Diaspora – in NRW, in Deutschland und in der EU.
- **Liegenschaftskonversion:** Das BICC verfügt über 15 Jahre Konversionserfahrung und ist auch international in Sachen Liegenschaftskonversion aktiv.

Die Dienstleistungen

- Anwendungsorientierte Forschung (wissenschaftliche Beiträge, Hintergrund- und Evaluationsstudien, *Impact Analysis*, Indikatorenentwicklung, Datenerhebung und -analyse sowie Projektbegleitung und -durchführung).
- Beratung (Hintergrundanalysen, Handlungsempfehlungen, Expertenworkshops).
- Kapazitätenbildung (*capacity-building*) durch die Ausarbeitung von Konzepten und Modulen für Bildung und Training.
- Öffentlichkeitsarbeit (Veröffentlichungen, Konferenzen und Veranstaltungen, Ausstellungen).

Die Auftraggeber und Partner

- internationale und UN-Organisationen
- Regierungen
- internationale und nationale Stiftungen
- internationale und nationale wissenschaftliche Einrichtungen
- internationale und nationale Nichtregierungsorganisationen (NGOs)
- Bundesländer und -ministerien

Die Organisation

Auf Grundlage von anwendungsorientierter Forschung leistet das BICC Beratungstätigkeit, gibt politische Empfehlungen und bildet aus. Der internationale Mitarbeiterstab führt eigene und von Förderern und Auftraggebern finanzierte Projekte durch.

Das BICC sammelt und veröffentlicht Informationen, erstellt Gutachten und Publikationen und stellt diese Materialien NGOs, Regierungen und privaten Organisationen zur Verfügung. Es ist Mitherausgeber einer internationalen wissenschaftlichen Schriftenreihe (*Sustainable Peace and Global Security Governance*) und des Jahrbuchs „Friedensgutachten“.

Das Konversionszentrum organisiert regelmäßig Ausstellungen, Konferenzen, Expertenworkshops und Vortragsveranstaltungen. Mit seiner Öffentlichkeitsarbeit möchte das BICC seine zentralen Themen stärker ins Bewusstsein der Menschen rücken.

Das BICC wurde 1994 mit Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) als gemeinnützige GmbH gegründet. Die Gesellschafter sind die Bundesländer NRW und Brandenburg. Die Gremien des BICC sind der Aufsichtsrat, die Gesellschafterversammlung und der Internationale Beirat.